

# Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 12 · 21. März 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €

## Aussicht auf eine neue Weltordnung

Über die jüngsten Entwicklungen auf den Schlachtfeldern des Ukrainekriegs und den Bühnen der internationalen Politik  
Seiten 2 und 3



Corona Erkenntnisse des BND über den Ursprung der Pandemie Seite 4



Inquisition Der Kampf des Ostpreußen Peter Zwicker für seine Kirche Seite 18

### AUFGEFALLEN

## Wo die PAZ von Anfang an richtig lag

Zwei Großthemen beherrschten in den vergangenen Jahren die Politik: die Corona-Pandemie und der Ukrainekrieg. In beiden Fällen entwickelte sich schnell ein Meinungs-Mainstream, der abweichende Meinungen nicht zuließ. In Sachen Corona wurden Thesen wie diejenige vom natürlichen Ursprung des Virus zu Einheitsmeinungen „der Wissenschaft“ und geradezu zu Dogmen erklärt, an denen zu rütteln zur gesellschaftlichen Verbannung führen konnte (Stichwort: Covidioten). Und im Ukrainekrieg gerieten all jene in Not, die für eine politische Lösung des Konflikts eintraten und nicht daran glaubten, Russland militärisch besiegen zu können.

Die PAZ hat dennoch einen anderen Kurs verfolgt. Schon im Februar 2020 berichtete sie, dass das Coronavirus wahrscheinlich aus einem chinesischen Labor stammte (siehe Seite 4) und setzte seitdem immer wieder Fragezeichen hinter staatliche Maßnahmen, die sich längst als wirkungslos erwiesen haben. Und in Sachen Ukrainekrieg vertrat sie die Ansicht, dass trotz aller Empörung über den russischen Angriff nur Verhandlungen zu einem Frieden führen werden.

In beiden Krisen wird diese Linie nun bestätigt. In Sachen Corona durch immer neue Enthüllungen, und in Sachen Ukraine durch den Kurs der Regierung Trump. Für die PAZ ist dies eine Bestätigung ihrer Arbeit – für die Bürger jedoch ein großes Ärgernis, dass politische Entscheider Offensichtliches allzu lange ignorierten. *neh*

### REGIERUNGSBILDUNG

## Der Politikwechsel bleibt vorerst aus

Mit ihrem historischen Schuldenpaket belasten Union, SPD und Grüne nicht nur künftige Generationen, sondern beschädigen auch das demokratische System

VON RENÉ NEHRING

Die Schlacht ist geschlagen. Mit der Zweidrittelmehrheit von CDU/CSU, SPD und Grünen hat der Deutsche Bundestag am Dienstag die umstrittene Änderung des Grundgesetzes beschlossen, die unter dem Namen „Sondervermögen“ künftigen Regierungen ermöglichen soll, kreditfinanziert hunderte Milliarden Euro schwere Investitionen in Verteidigung, Infrastruktur und „Klimaschutz“ zu tätigen. Auch die – bei Redaktionsschluss noch ausstehende – Zustimmung des Bundesrats schien zuletzt sicher.

Überraschen konnte der Triumph dieser ganz großen Koalition nicht. Souverän haben Christ- und Sozialdemokraten im Verbund mit den Grünen die ihnen zur Verfügung stehende Macht in Bund und Ländern genutzt, um im Eiltempo mit den Mehrheitsverhältnissen des alten Bundestags auf den Weg zu bringen, was nach dem Zusammentreten des neugewählten Parlaments kaum noch möglich wäre. Die – von ihnen ins Amt beförderten – Richter des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts ließen sie gewähren.

Damit hat insbesondere die Union alle Warnungen in den Wind geschlagen, dass ihr Vorgehen eine gigantische Wette auf die Zukunft und der erhoffte schuldenfinanzierte Aufschwung alles andere als sicher sei. In den Wind geschlagen wurden

auch alle Mahnungen, sich unter den künftigen Koalitionspartnern erst auf gemeinsame Projekte zu verständigen und den dafür erforderlichen Finanzierungsbedarf zu ermitteln, bevor man den Schuldenberg für künftige Generationen in schwindelerregende Höhen aufschüttet.

Dass die Union versichert, trotz des „Sondervermögens“ kräftig sparen zu wollen, wirkt wenig glaubwürdig. Warum sollten die künftigen Koalitionäre dies auch tun? Hätten sie wirklich die Absicht dazu, hätten sie sich erst darüber verständigt, welche aufgeblähten Apparate verkleinert und welche bürokratischen Hindernisse beseitigt werden müssen, damit die deutsche Wirtschaft nach Jahren des Niedergangs wieder wachsen kann. Dass sie sich stattdessen einen großen Kreditrahmen genehmigen, lässt nur den Schluss zu, dass eben nichts geändert werden soll und jeder Partner genug Spielgeld für die eigenen Lieblingsprojekte erhält.

### Schaden für die Demokratie

Mindestens ebenso folgenreich wie die geplante Verschuldung an sich ist auch das demokratiepolitische Signal, das von dem Vorgehen der künftigen Koalition ausgeht. Dass ein Kandidat vor der Wahl die Politik auf Pump geißelt, um dann unmittelbar nach der Wahl eine Verschuldung in nie dagewesenem Ausmaß auf den Weg zu bringen, wäre eigentlich schlimm genug. Noch bedenklicher ist,

was Kollege Gunnar Schupelius auf „Bild online“ so beschrieb: „Das gab es noch nie: Ein Mann, der noch gar nicht zum Kanzler gewählt ist, handelt mit Parteien, die die Wahl verloren haben, die größte Schuldenaufnahme in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland aus, in einem Bundestag, der längst aufgelöst wurde.“ Besser kann man die Vorgänge der letzten Tage kaum zusammenfassen.

Geradezu bedenklich ist der Einfluss von SPD und Grünen. Obwohl beide Parteien zuletzt zusammen nur noch 28 Prozent der Wählerstimmen bekamen und offensichtlich abgewählt wurden, bestimmen sie weiter den Kurs der Politik. Als Rot und Grün 1998 die Bundestagswahl gewannen und die Regierung stellten, kamen sie noch auf 47,6 Prozent der Stimmen (davon allein die SPD 40,9 Prozent). Falls angesichts dieses Niedergangs irgendjemand erwartet haben sollte, dass beide Parteien ihre Programmatik wieder stärker am Willen der Wähler ausrichten würden, dürfte er nun enttäuscht sein.

Andererseits: Warum sollten SPD und Grüne überhaupt in sich gehen? Die aktuelle Entwicklung zeigt ja, dass sie gar nichts zu ändern brauchen und auch mit deutlich weniger Mandaten bestimmen können, wohin sich unser Land entwickelt. Die Bürger freilich könnten auf die Idee kommen, dass es egal ist, was sie wählen. Denn am Ende bleibt alles beim Alten – oder es wird sogar noch schlimmer.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Das BSW im Dauerclinch zwischen Landesverbänden und Bundesspitze  
Seite 5

#### Kultur

500 Jahre „Salzwirker-Brüderschaft“ im Thale zu Halle“  
Seite 9

#### Das Ostpreußenblatt

Ein Lidl-Logistikzentrum in Dietrichswalde scheitert am Widerstand der Bevölkerung  
Seite 13

#### Lebensstil

Das menschliche Herz – Wunder- und Kraftwerk des Organismus und Sorgenkind  
Seite 21



#### Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite [paz.de](http://paz.de)



4 191814 304401 12  
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

IM GESPRÄCH MIT  
HARALD KUJAT

Nachdem seit Ausbruch des Ukrainekriegs naturgemäß militärische Aspekte im Vordergrund standen, bestimmen derzeit vor allem Ereignisse auf dem diplomatischen Parkett das Geschehen. Zeit für eine vertiefte Einordnung der aktuellen Nachrichten.

**Herr Kujat, welche Entwicklungen sind derzeit rund um den Ukrainekrieg zu beobachten?**

Die militärische Lage ist im Augenblick durch die Rückeroberung der russischen Region Kursk gekennzeichnet. Die ukrainische Führung glaubte, dieses Gebiet gegen russische Eroberungen ukrainischen Territoriums einzutauschen zu können. Eine Entscheidung mit gravierenden strategischen Konsequenzen. Denn durch den Abzug kampfstarker Verbände wurden die ukrainischen Streitkräfte an der eigentlichen Verteidigungsfront so stark geschwächt, dass sie dort nur noch in der Lage sind, den russischen Vormarsch zu verzögern.

Sie und ich haben seit Beginn des Ukrainekriegs stets dafür plädiert, jedoch nicht nur auf die militärischen Aspekte zu schauen, sondern vor allem auch die politische Entwicklung zu bedenken. Nach drei Jahren Krieg hat die neue US-amerikanische Regierung erste Schritte zur Realisierung eines Friedensplans unternommen. Mit beiden Kriegsparteien wurden exploratorische Gespräche geführt, um deren Positionen besser zu verstehen und mögliche Kompromisse auszuloten. Ich halte es jedoch für einen Fehler, den ukrainisch-amerikanischen Vorschlag für einen dreißigtägigen Waffenstillstand öffentlich gemacht zu haben, ohne ihn zuvor diskret mit Russland abzustimmen. Die Russen haben deshalb einem Waffenstillstand unter der Bedingung zugestimmt, dass zuvor noch Fragen zur Durchführung geklärt werden. Man kann davon ausgehen, dass in dem für diese Woche angekündigten Gespräch zwischen den Präsidenten Trump und Putin Klarheit geschaffen wird.

Denn ein Waffenstillstand macht eigentlich erst Sinn, wenn Friedensverhandlungen einen positiven Verlauf nehmen und sich beide Seiten auf Rahmenbedingungen einigen, die eine sichere Durchführung garantieren. Es zeigt sich, wie schwierig es ist, Verhandlungen überhaupt zu beginnen. Zumal von den europäischen Verbündeten keine Unterstützung, sondern Störfeuer kommt.

Die Verantwortlichen des Westens haben in den vergangenen drei Jahren die Politik praktisch suspendiert. Selbst nur daran zu erinnern, dass man für einen Frieden mit der anderen Seite sprechen muss, war verpönt. Ich möchte nur an die Istanbul-Verhandlungen des Frühjahrs 2022 erinnern. Wäre es damals zu einem Friedensschluss gekommen, hätte die Ukraine heute noch einiges mehr von ihrem einstigen Territorium unter Kontrolle und müsste weit weniger Tote und Schwerverletzte beklagen.

**Damals hieß es unter anderem, mit dem russischen Präsidenten Putin könne man nicht sprechen, da dieser ein Kriegsverbrecher sei.**

Nun wird behauptet, Russland müsse an den Verhandlungstisch gezwungen werden, obwohl Russland nicht nur die Istanbul-Verhandlungen vorgeschlagen, sondern immer wieder Verhandlungen gefordert hat. Ich erinnere daran, dass Henry Kissinger 2014 angesichts der russischen Annexion der Krim darauf hingewiesen hat, dass die Dämonisierung Putins keine Politik, sondern ein Alibi für das Fehlen von Politik ist. Trump sucht dagegen das Gespräch mit Russland und verhilft der Politik somit wieder zu ihrem Recht. Das ist ein Gewinn für uns alle und umso wichtiger, da es die Möglichkeit eröffnet, eine militärische Niederlage der Ukraine zu verhindern.

Aber es kommt noch etwas anderes hinzu. Trump hat mit seinem Telefonat mit Putin vom 12. Februar im Grunde eine neue Phase der Weltpolitik eingeleitet. Nach den bekanntgewordenen Inhalten befinden sich die beiden nuklearen Supermächte USA und



Auf dem Weg zur Kooperation? Während sich in den vergangenen Jahren eine Weltordnung der rivalisierenden Mächte und der antagonistischen Blöcke herausbildete, ist der neue US-Präsident Trump – hier im Gespräch mit Russlands Präsident Putin beim G20-Gipfel 2017 – dabei, das Verhältnis zu den Russen wieder zu normalisieren

## „Trump hat eine neue Phase der Weltpolitik eingeleitet“

Über die amerikanisch-russische Annäherung im Ukrainekrieg, die Konzeptionslosigkeit der Europäer angesichts einer grundlegenden Lageänderung und den Ruf nach deutschen Atomwaffen

Russland auf einem Weg der Kooperation, sowohl wirtschaftlich als auch politisch. Während wir in den vergangenen Jahren beobachten konnten, wie eine Weltordnung der rivalisierenden Mächte und der antagonistischen Blöcke entstand – China und Russland auf der einen Seite, die Vereinigten Staaten und Europa über die NATO auf der anderen Seite –, sehen wir jetzt, dass Trump das Verhältnis zu Russland wieder normalisiert und offenbar bereit ist, mit China – unabhängig von den wirtschaftlichen Problemen – eine politische Entspannung zu suchen.

Deshalb deute ich Trumps Ukraine-Politik als Bestreben, die Voraussetzungen für diese neue Phase der Weltpolitik zu schaffen. Und für Europa entsteht durch die Lösung des Ukrainekriegs die Möglichkeit, eine neue Sicherheits- und Friedensordnung auf unserem Kontinent aufzubauen.

**Die Europäer vermitteln jedoch eher nicht den Eindruck, als ob sie in den jüngsten Entwicklungen große Chancen sehen. Vielmehr interpretieren sie neben Russlands Agieren nun auch das Handeln der Trump-Regierung als Bedrohung. Die neue schwarz-rote Koalition begründet damit sogar ihre Pläne für eine umstrittene Staatsverschuldung zur Ertüchtigung unserer Streitkräfte.**

Trump hat im Wahlkampf regelmäßig erklärt, dass er den Krieg und das Töten beenden will. Die Europäer müssen nun feststellen, dass sie im Hinblick auf eine Beendigung des Krieges mit leeren Händen dastehen, während Trump bereits einen fertigen Plan hat.

Der Grund dafür ist, dass sie weder den Willen noch die Kraft für eine Friedenspolitik zur Beendigung des Ukrainekrieges aufgebracht, sondern den Krieg durch finanzielle und materielle Unterstützung genährt haben. Die Europäer haben sich durch die Friedensinitiative Trumps überrumpeln lassen und sind nun unfähig, ihren Kurs zu ändern, Trump zu unterstützen und auf diese Weise einen großen europäischen Krieg zu verhindern. So konnte es auch geschehen, dass wir uns aus moralischer tagespolitischer Erregung nach einem öffentlichen Streit zwischen Trump und dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj reflexhaft auf die Seite der Ukrainer gestellt und dafür sogar eine Verschlechterung unseres Verhältnisses zu den USA in Kauf genommen haben.

Ein großes Problem der deutschen wie der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ist auch die Vermischung transatlantischer, europäischer und ukrainischer Belange. Das sehen Sie an den Entschlüssen, die jetzt in Deutschland im Rahmen der Regierungsbildung gefasst werden. Da wird nicht differenziert zwischen dem, was wir für unsere eigene Sicherheit – etwa für die Bundeswehr und die Erfüllung der Bündnisverpflichtungen – brauchen, und dem, was für die Ukraine aufgewendet werden soll.

**Was treibt die Europäer an? Den verantwortlichen Akteuren muss doch klar sein, dass wir uns neben der bestehenden Zerstörung des Verhältnisses zu Russland nicht auch noch eine Beschädigung der Beziehungen zu den USA leisten können. Im-**

„Trump sucht das Gespräch mit Russland und verhilft der Politik somit wieder zu ihrem Recht. Das ist ein Gewinn für uns alle und umso wichtiger, da es die Möglichkeit eröffnet, eine militärische Niederlage der Ukraine zu verhindern“

**merhin würden wir damit riskieren, als mehr oder weniger unbewaffnete Nationen allein zwischen zwei atomaren Supermächten zu stehen.**

Fakt ist, dass wir derzeit in beide Richtungen konfliktorientiert argumentieren. Russland werden Absichten auf einen Angriff gegen die NATO unterstellt, weshalb wir uns dringend auf einen Krieg vorbereiten müssten. Den Amerikanern unterstellen wir, dass sie nicht mehr zu ihrem Beistandsversprechen stehen würden und somit Europa und Amerika sicherheitspolitisch auseinanderdriften.

Worüber wir jedoch nicht reden, ist, warum das Verhältnis zu Amerika gestört ist. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass Trump unser Feindbild „Russland und Putin“ nicht teilt. Und da der US-Präsident auch mit seinem innenpolitischen Kurs vielen europäischen Eliten ein Dorn im Auge ist, entwickeln die Europäer gerade das gemeinsame Feindbild „Putin und Trump“. Doch die verantwortlichen Politiker scheinen nicht zu bedenken, was es für Europa bedeutet, allein zwischen den beiden nuklearen Supermächten in diesem Spannungsfeld bestehen zu müssen.

Und so stehen wir heute – auch wenn ich nicht zu negativ klingen will – de facto vor einem Scherbenhaufen der europäischen Politik. Es gibt keinen konstruktiven Vorschlag, wie wir wieder eine stabile Friedens- und Sicherheitsordnung herstellen können – mit oder ohne die NATO, mit oder ohne die Vereinigten Staaten, mit oder gegen Russland.

**Zur Wahrheit in Bezug auf das Verhältnis zu den USA gehört allerdings auch, dass**

**Trump Gebietsansprüche auf Grönland erhoben hat – was eine direkte Bedrohung des NATO-Gründungsmitglieds Dänemark darstellt. Und im Ukrainekrieg haben die Amerikaner die Versorgung der ukrainischen Streitkräfte mit wichtigen Aufklärungsinformationen eingestellt. Ist es da nicht verständlich, wenn die Europäer die Verlässlichkeit der alten Schutzmacht infrage stellen?**

Die vorübergehende Einstellung der Unterstützung der Ukraine war eine Folge des Eklat zwischen Trump und Selenskyj im Oval Office, bei dem klar wurde, dass der ukrainische Präsident nicht verhandlungsbereit ist. Trump wollte daraufhin Druck auf Kiew ausüben, um eine Verhandlungsbereitschaft herzustellen. Und damit war er auch erfolgreich.

Die Grönland-Problematik ist meiner Ansicht nach eine Folge des geopolitischen Denkens Trumps. Ich glaube, dass der US-Präsident in Hemisphären denkt. Er sieht beispielsweise den europäischen und den amerikanischen Raum jeweils als einzelne Hemisphären. Und deshalb betrachtet er Grönland, aber auch Kanada, als Teil des amerikanischen Einflusssraums.

Interessant ist, dass Trump offenbar auch Russland eine eigene Hemisphäre zugesteht. Das äußert sich dadurch, dass er bereit ist, die Ukraine zu einer neutralen Pufferzone zwischen den West- und Mitteleuropäern sowie Russland werden zu lassen. Er hat ja auch geäußert, dass er gut verstehen kann, dass die Russen keine NATO-Truppen vor ihrer Haustür haben wollen. Was wiederum der russischen Position seit den 1990er Jahren entspricht.

Die Europäer hingegen wollen die Ukraine weiterhin politisch und militärisch an sich binden, bis hin zur Mitgliedschaft in der EU. Doch damit wäre die Ukraine kein neutraler Staat mehr, sondern ein integrierter Teil eines westlichen Europas, das bis an die Grenzen Russlands reicht. Damit würde der gegenwärtige Konflikt weiter aufrechterhalten.

**Was sollten die Europäer Ihrer Meinung nach tun, um in der Welt wieder ein größeres Gewicht zu haben?**

Ich bin seit vielen Jahren der Meinung, dass die Europäer den Willen und die Kraft zur Selbstbehauptung aufbringen müssen – und zwar politisch, wirtschaftlich, technologisch und militärisch, jedoch nicht innerhalb der Rivalität der großen Mächte als vierte Weltmacht.

Heute müssen wir nüchtern erkennen, dass wir von einer solchen Position weit entfernt sind und im System der internationalen Großmächte keine Rolle spielen. Ein geopolitisches Gewicht haben wir auf absehbare Zeit allein im Verbund mit den Vereinigten Staaten als Teil der NATO. Deshalb sollten wir unsererseits alles dafür tun, dass das angespannte Verhältnis zur gegenwärtigen US-Regierung keine grundlegenden Risse in der Bündnisstruktur erzeugt. Das schließt nicht aus, besonnen und in Ruhe zu überlegen, was wir politisch und militärisch tun müssen, um unsere geostrategische Lage zu verbessern.

**Noch eine Frage zu Russland. Es gilt in unserer Öffentlichkeit fast schon als Tatsache, dass die Russen nach einem Sieg in der Ukraine als nächstes in NATO-Staaten wie den baltischen Ländern einmarschieren werden. Wären sie – gesetzt den Fall, dass sie tatsächlich die Absicht dazu haben sollten – nach drei Jahren Krieg überhaupt fähig zu einem solchen Angriff?**

Sie haben mit dieser Frage genau die richtigen Begriffe genannt. In unserer Öffentlichkeit wird seit einiger Zeit ständig von der russischen Bedrohung gesprochen, ohne jedoch zu erklären, worin diese besteht. Tatsächlich besteht eine Bedrohung aus zwei Teilen, nämlich aus der *Absicht*, einen Angriff durchzuführen, und aus der *Fähigkeit* dazu.

Was die Fähigkeit betrifft, ist die westliche Argumentation sehr ambivalent. Einerseits heißt es, die Russen haben ihre Rüstungsproduktion gewaltig ausgebaut, woraus dann die Absicht gedeutet wird, demnächst einen größeren Krieg beginnen zu wollen. Andererseits heißt es, die Russen hätten im Ukrainekrieg ihre Kriegsressourcen verbraucht. Ein sogenannter Experte der ETH Zürich

wollte im März 2023 genau berechnet haben: „Russland wird den Krieg im Oktober verloren haben.“ Das Gegenteil ist eingetreten.

Ich plädiere dafür, Russland unvoreingenommen auf der Basis von Fakten zu betrachten. Dazu gehört auch die Frage, ob das Land über eine strategische Ausgangslage verfügt, um einen erfolgreichen Krieg gegen die NATO führen zu können. Die Russen haben in der Ukraine erhebliche personelle und materielle Verluste hinnehmen müssen. Sie haben übrigens schon die Ukraine aus verschiedenen Gründen nicht vollends erobern wollen. Und das wäre eine wichtige Voraussetzung für eine günstige Ausgangslage gegen die NATO.

Falls Russland tatsächlich die Absicht hätte, einen NATO-Staat konventionell anzugreifen – wie viele meinen, vergleichbar dem Ukrainekrieg, in einer Mischung aus Stellungs- und Bewegungskrieg –, wären die Erfolgsaussichten nicht groß. Obwohl das Bündnis derzeit relativ schwach ist, steht im Hintergrund noch immer das Potential der Vereinigten Staaten mit ihren überlegenen Luft- und Seestreitkräften. Es würde zwar bis zu sechs Monate dauern, bis die Amerikaner Landstreitkräfte nach Europa verlegt hätten, aber insgesamt würde das immer noch ausreichen, einen russischen Angriff ins Stocken zu bringen. Die Russen müssten dann überlegen, ob sie weiter konventionell kämpfen oder ob sie sich in einer solchen Notlage befinden, dass sie zum Einsatz von Nuklearwaffen greifen.

Letzteres wäre auch umgekehrt eine Option, falls den Russen ein Durchbruch gelänge. Dann käme die NATO ebenfalls in die Lage entscheiden zu müssen, ob sie – bevor der gesamte Kontinent überrollt ist – zum Ersteinsatz von Nuklearwaffen greift. Beide Szenarien stellen für Russland eine relativ große Abschreckung gegen einen Angriff dar.

Zur Frage einer russischen Angriffsabsicht ist auch festzustellen, dass kein einziger Nachweis dafür erkennbar ist. Die Vereinigten Staaten veröffentlichen regelmäßig eine Bedrohungsanalyse ihrer Nachrichtendienste. Die zuletzt erschienene datiert vom 5. Februar 2024. Darin heißt es: „Russland will mit ziemlicher Sicherheit keinen direkten militärischen Konflikt mit den USA und der NATO.“ Wer andere Erkenntnisse hat, muss diese auf den Tisch legen. Es kann nicht sein, dass immer nur nebulös über eine drohende Kriegsgefahr spekuliert wird. Die Amerikaner, die sehr viel umfangreichere Aufklärungsmöglichkeiten haben als wir, sehen diese Gefahr jedenfalls nicht. Und deshalb bereiten sie sich auch nicht auf einen Krieg mit den Russen vor.

**Warum wird dann hierzulande permanent darüber gesprochen?**

Ich habe den Eindruck, dass es für manche Akteure vor allem darum geht, die bisherige Ukraine-Politik zu rechtfertigen. Gerade weil die Ukraine dabei ist, den Krieg militärisch zu verlieren, geht es darum, das eigene Handeln wenigstens moralisch zu legitimieren. Und ganz aktuell ist es auch der Versuch, eine Begründung dafür zu finden, dass wir mehr für unsere Verteidigung tun müssen.

Hierzu muss man jedoch sagen: Das erste ist nicht vernünftig – und das zweite ist unnötig. Denn unsere Verfassung schreibt in Artikel 87a ganz klar vor: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ Daraus folgt, dass diese Streitkräfte über die Fähigkeit zur Landes- und Bündnisverteidigung verfügen müssen. Es reicht also völlig aus zu tun, was die Verfassung verlangt.

Der gegenwärtige Zustand der Verteidigungsunfähigkeit ist eine Folge der „Neuausrichtung der Bundeswehr“ von 2011. Das war ein klarer Verfassungsbruch, mit dem wir bis heute leben.

**Stimmt bei dem „Sondervermögen“ die Reihenfolge, wenn eine Koalition sich erst einen Finanzrahmen schafft und dann überlegt, was sie damit unternehmen will?** Sie legen auch hier den Finger in die Wunde. Ich erkenne kein Gesamtkonzept zur Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit unserer Bundeswehr. Es ist zwar in den vergangenen Jahren einiges getan worden, das muss man zugeben. Aber letztlich wurde immer nur an einzelnen Stellschrauben gedreht, oh-



„Atomwaffen entfalten nur dann eine echte Abschreckung, wenn die Nuklearmächte über eine gesicherte Zweitschlagsfähigkeit verfügen“: Im Bild ein US-amerikanisches Atom-U-Boot Bild: US Navy

ne ein schlüssiges Reformkonzept, in dem festgelegt ist, über welche Fähigkeiten die Streitkräfte verfügen müssen, welchen Gesamtumfang und welche Struktur sie dafür benötigen und wie die Bewaffnung dazu aussehen muss. Dennoch beschließen wir einen Riesenbetrag für Militärausgaben. Wobei auch hier wieder verschiedene Aspekte zusammenfließen und nicht klar differenziert wird zwischen dem, was für die Bundeswehr aufgebracht werden soll, und beispielsweise dem, was über unsere Streitkräfte als Zwischenstation in die Ukraine gehen soll.

**Eine in diesen Tagen und Wochen oft zu hörende Forderung ist die nach eigenen deutschen oder europäischen Atomwaffen. Wenn wir uns nicht mehr auf das atomare Schutzversprechen der USA verlassen können, so die Argumentation, brauchen wir selbst „die Bombe“. Sie waren bei diesem Thema bislang sehr skeptisch. Hat sich daran etwas geändert?**

Eindeutig nein. Der Ruf nach deutschen oder auch europäischen Atomwaffen ist einer von vielen verbalen Bällen, die derzeit von Politikern verschiedenster Richtungen in die Luft geworfen werden. Der französische Präsident geht in dieser Frage besonders forsch voran.

Dazu ist zunächst zu sagen, dass auch die französischen Atomstreitkräfte in den Abstimmungsprozess der NATO – ich muss das hier etwas oberflächlich formulieren – integriert sind. Da Deutschland an diesem Prozess beteiligt ist, ergäbe sich für uns keine Änderung; es sei denn, die Franzosen würden sich mit ihren Nuklearwaffen aus dem NATO-Verbund lösen. Hinzu kommt, dass alle Nuklearstaaten in der NATO – neben Frankreich die USA und Großbritannien – für sich das letzte Entscheidungsrecht über den Einsatz von Nuklearwaffen beanspruchen. Somit ergäbe sich auch in dieser Hinsicht keinerlei Veränderung für uns.

Zur Frage, ob Deutschland eigene Nuklearwaffen besitzen sollte, ist zu bedenken, dass wir in mehreren völkerrechtsverbindlichen Verträgen auf den Besitz, die Verfügungsgewalt und die Herstellung von Nuklearwaffen verzichtet haben. Das können wir nicht einfach rückgängig machen.

**Die Befürworter von eigenen deutschen Atomwaffen dürften entgegen, dass uns Verträge nicht mehr binden, wenn deren Grundlagen entfallen sind. Ein weiteres Argument ist, dass in der Welt des 21. Jahrhunderts nur Nuklearmächte wirklich souverän sind.**

Das mag plausibel klingen, hilft uns aber in der strategischen Diskussion nicht weiter. Atomwaffen entfalten nur dann eine echte

„Ein geopolitisches Gewicht haben wir auf absehbare Zeit allein im Verbund mit den Vereinigten Staaten als Teil der NATO. Deshalb sollten wir unsererseits alles dafür tun, dass das angespannte Verhältnis zur gegenwärtigen US-Regierung keine grundlegenden Risse in der Bündnisstruktur erzeugt. Das schließt nicht aus, besonnen und in Ruhe zu überlegen, was wir politisch und militärisch tun müssen, um unsere geostrategische Lage zu verbessern“

Abschreckung, wenn die Nuklearmächte über eine gesicherte Zweitschlagsfähigkeit verfügen. Damit ist gemeint, dass jeder potentielle Angreifer weiß, dass ein angegriffenes Land auch nach dem Einsatz von Atomwaffen noch zu einem vernichtenden Gegenschlag in der Lage wäre und den Angreifer auslöschen könnte. Nur diese Fähigkeit schreckt davor ab, ein Land atomar anzugreifen. Doch darüber verfügen bislang nur die USA, Russland und bisher noch mit Einschränkungen China.

Insofern bietet uns allein der Schutz durch die Zweitschlagsfähigkeit der Vereinigten Staaten wirkliche Sicherheit. Auch wenn vermutet wird, dass er nicht mehr hundertprozentig gewährleistet ist – ist allein die Ambivalenz, ob er sicher ist oder nicht, ein hoher Abschreckungsfaktor. Alles andere sind Illusionen und Wunschträume.

**Also sollten die Europäer ihre Sicherheit eher auf Diplomatie stützen als auf Waffensysteme?**

Dieser Aspekt kommt noch hinzu. Aufrüstung allein bringt keine Sicherheit. Ich halte es zwar für wichtig, dass wir – sobald die oben erwähnten konzeptionellen Grundlagen geklärt sind – ein militärisches Gleichgewicht auf dem europäischen Kontinent herstellen, also vor allem die Europäer mehr in ihre Verteidigung investieren. Denn bei einem Gleichgewicht verspürt keine Seite das Verlangen, die andere anzugreifen. Das ist für eine stabile Friedensordnung eine *notwendige* Voraussetzung.

Aber es ist keine *hinreichende* Voraussetzung für einen Frieden. Diese entsteht erst dadurch, dass man mit der anderen Seite im Gespräch ist, dass man deren Interessen und Absichten kennt sowie auch, dass man politisch und militärisch vertrauensbildende Maßnahmen ergreift. Wozu vor allen Dingen Rüstungskontrolle und Abrüstung gehören sowie auch Verabredungen, das militärische Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau festzulegen.

Das sollten wir auch im Hinblick auf die Ukraine bedenken. Diese fordert derzeit Sicherheitsgarantien. Doch die größte Garantie für die Ukraine ist, wenn wir eine stabile europäische Sicherheits- und Friedensordnung haben, in der sowohl die Ukraine als auch Russland ihren Platz haben, und indem wir gemeinsam dafür eintreten, dass diese Sicherheitsarchitektur erhalten bleibt.

Das Interview führte René Nehring.

● **General a. D. Harald Kujat** war von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.

## ● MELDUNGEN

## Polens Ultras blocken Grenze

Frankfurt/Oder – Polnische Ultra-Nationalisten haben am 8. März zeitweise den Grenzverkehr zwischen Frankfurt/Oder und der östlichen Dammvorstadt [Śluby] blockiert. Die Protestaktion richtete sich gegen die deutsche Migrationspolitik. Laut der Regionalzeitung „Gazeta Lubuska“ trugen Teilnehmer der Blockadeaktion ein Transparent, auf dem zu lesen war: „Widerstand gegen die Migrationspolitik der Regierung von Donald Tusk“. Der polnische Nationalist Robert Bąkiewicz schrieb auf X: „Heute haben wir an der Grenze zu den Deutschen Barrieren errichtet. Wenn die Regierung uns nicht verteidigt, werden wir uns selbst verteidigen.“ Einige Kommentatoren wiesen darauf hin, dass im brandenburgischen Eisenhüttenstadt ein sogenanntes Dublin-Zentrum seine Arbeit aufgenommen hat. Aufgabe des Zentrums ist es, Rückführungen von Asylbewerbern in andere EU-Länder zu organisieren. H.M.

## SPD-Bartels will Wehrpflicht

Berlin – Der Ex-Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels (SPD) hat sich dafür ausgesprochen, die Rückkehr zur Wehrpflicht in den Koalitionsvertrag von Union und SPD aufzunehmen. Mit 180.000 Soldaten sei die Bundeswehr dramatisch zu klein, so Bartels. Der Plan von Noch-Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) sieht vor, ab 2026 mit einem neuen freiwilligen Wehrdienstprogramm Personal für die Bundeswehr zu gewinnen. Das ifo-Institut hatte bereits 2024 eine Untersuchung zu den volkswirtschaftlichen Kosten einer Wiedereinführung der Wehrpflicht vorgelegt. Laut der Studie wäre es für den Bund deutlich günstiger, Wehrgeld anstatt Löhne für Berufssoldaten zu zahlen. Gemäß ifo-Institut muss jedoch bei einer Wehrpflicht, die den gesamten Jahrgang betrifft, mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung von 1,6 Prozent beziehungsweise knapp 70 Milliarden Euro gerechnet werden. H.M.

## Bezahlkarte ausgetrickst

Potsdam – Seit Mai 2024 gibt es im Landkreis Märkisch-Oderland Bezahlkarten für Asylsucher. Nun folgen die Landkreise Oder-Spree und Oberspreewald-Lausitz. Der monatlich in bar abhebbare Betrag ist in Brandenburg auf 50 Euro für Erwachsene und 25 Euro für Minderjährige begrenzt. Seit Jahresbeginn stehen einem allein-stehenden Asylsucher 441 Euro zu, die als Guthaben auf die Karte kommen. Die Leistungen sollen den Bedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts decken. Mit der Bezahlkarte soll verhindert werden, dass Asylsucher Geld an Schlepper oder Familie und Freunde im Ausland überweisen. Der Flüchtlingsrat Brandenburg organisiert in Seelow und in Strausberg indes Tauschaktionen. Der Trick: Die Asylsucher erwerben in Supermärkten mit ihrer Bezahlkarte Gutscheine, die ihnen anschließend Aktivisten in Bargeld umtauschen. Die Stadt Potsdam will sich an dem Bezahlkartensystem erst gar nicht beteiligen. F.B.



Ein lebensgefährlicher Ort: Das Wuhan Institute of Virology wird verdächtigt, das Covidvirus künstlich gefährlich gemacht zu haben

## POLITSKANDAL

## Geheimakte Corona

Für den BND stammte das Virus zu 95 Prozent aus dem China-Labor in Wuhan

VON WOLFGANG KAUFMANN

Als die *Preußische Allgemeine* im Februar 2020 erstmals über das Coronavirus berichtete und dabei den Verdacht äußerte, dass dieses aus einem Forschungslabor der Chinesischen Akademie der Wissenschaften in Wuhan stammen könnte, galt diese These noch als „Verschwörungstheorie“.

Allerdings lagen schon damals etliche Indizien für einen nicht natürlichen Ursprung des Erregers vor. Und diese waren ganz offensichtlich auch dem Bundesnachrichtendienst (BND) bekannt, wie Gespräche von Reportern der „Zeit“ und der „Süddeutschen Zeitung“ „mit diversen Beteiligten in Regierung und Geheimdiensten sowie Experten“ ergaben. Denn der deutsche Auslandsnachrichtendienst soll auf Anweisung des Bundeskanzleramtes bereits „in den ersten Wochen des Jahres 2020“ brisante, aber dennoch öffentlich zugängliche Informationen über das SARS-CoV-2 zusammengetragen haben.

Und davon gab es in der Tat, wie man weiß, mehr als genug.

So schrieb Roujian Lu vom chinesischen Institut für die Überwachung und Vorbeugung von Viruserkrankungen Ende Januar 2020 im Fachblatt „The Lancet“, eine natürliche Mutation sei „wahrscheinlich nicht der Grund für das Auftauchen des neuen Coronavirus“. Zur gleichen Zeit berichteten indische Forscher um Prashant Pradhan auf der Vorveröffentlichungsplattform BioRxiv über markante Erbgutsegmente im Spike-Protein des Erregers, die dort augenscheinlich gezielt eingefügt worden seien. Darüber hinaus bezeichneten Experten aus den USA wie der Virologe Alan Cantwell und der Fachmann für biologische Kriegführung Francis Boyle das neu aufgetauchte Coronavirus ohne Umschweife als außer Kontrolle geratene Biowaffe. Das – und vieles andere mehr – kann dem BND schwerlich entgangen sein.

Nach Angaben der beiden Blätter führte der Dienst zudem die Geheimoperation „Saaremaa“ zur Beschaffung von

wissenschaftlichen Unterlagen aus chinesischen Forschungseinrichtungen durch. Dabei soll er herausgefunden haben, dass am Wuhan Institute of Virology (WIV) sogenannte Gain-of-Function-Experimente unternommen wurden, deren Zweck darin bestand, ohnehin bereits gefährliche Viren noch gefährlicher zu machen. Außerdem erfuhr der BND von schwerwiegenden Sicherheitsmängeln im WIV, das offensichtlich zeitgleich für das chinesische Militär arbeitete. Aufgrund all dessen schätzte der deutsche Auslandsgeheimdienst die Wahrscheinlichkeit einer Laborherkunft des Erregers SARS-CoV-2 gleich zu Beginn der Pandemie auf 80 bis 95 Prozent.

## Virus noch gefährlicher gemacht

Dennoch, so die „Zeit“ und die „Süddeutsche“ weiter, habe Bundeskanzlerin Angela Merkel entschieden, die Ergebnisse der BND-Recherchen nicht öffentlich zu machen, sondern sie hinter verschlossenen Türen zu lassen. Daraufhin schlug dann die Stunde des Charité-Virologen Chris-

tian Drosten, der immer wieder behauptete, das Coronavirus stamme höchstwahrscheinlich „aus der Tierwelt“. Dabei wusste Drosten spätestens seit dem 1. Februar 2020, dass etliche seiner Fachkollegen zu den gleichen Schlussfolgerungen gelangt waren wie der BND.

Was die beiden Medien unerwähnt lassen, ist ein weiterer Fakt, der sich in den Protokollen der Sitzungen des Corona-Krisenstabes im Robert-Koch-Institut (RKI) findet. Das Gremium wurde am 5. Februar 2020 vom Leiter der Charité-Arbeitsgruppe Virusdiagnostik, klinische Virologie, Ökologie und Evolution zoonotischer Viren, Victor Corman, über „eine zusätzliche multibasische Furin-Spaltstelle“ in SARS-CoV-2 informiert, welche klar darauf hindeutet, dass man den Erreger ganz gezielt ansteckender gemacht hatte. Damit bestand ebenfalls berechtigter Grund zu der Annahme, dass das Virus aus dem Labor stamme. Angesichts der Verankerung des RKI im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit ist stark davon auszugehen, dass der damals zuständige Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und ebenso auch die Bundeskanzlerin hierüber in Kenntnis gesetzt worden sind.

## CIA änderte ihre Einschätzung

Das Geheimhalten der Rechercheergebnisse des BND sowie weiterer Institutionen über den Corona-Ursprung setzte sich nach dem Regierungsantritt von Olaf Scholz trotz einer erneuten Unterrichtung des Kanzleramtes durch den BND-Präsidenten Bruno Kahl ungehindert fort. Letztlich wurde der Bericht des BND nicht einmal an das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestages zur Beaufsichtigung der drei deutschen Geheimdienste weitergeleitet, welches über alle Vorgänge von besonderer Bedeutung zu unterrichten ist. Im Herbst 2024 soll der BND dann aber den US-amerikanischen Auslandsgeheimdienst Central Intelligence Agency (CIA) eingeweiht haben. Und tatsächlich änderte dieser seine Einschätzung über die Herkunft des Virus Anfang 2025 und verlaublich, er halte eine künstliche Entstehung des Erregers nunmehr für erheblich wahrscheinlicher als eine natürliche.

Das Ganze ist höchst skandalös: Obwohl der dringende Verdacht bestand, dass mit dem Coronavirus ein in China gezüchteter Mikroorganismus in Deutschland grassierte, wurden die entsprechenden Belege unter Verschluss gehalten und jeder, der öffentlich die richtige Spur verfolgte, als „Verschwörungstheoretiker“ diffamiert. Insofern müssten nun eigentlich konkrete juristische Schritte gegen die Verantwortlichen auf der Tagesordnung stehen.

## NEUES PARLAMENT

## Die neue Linkspartei als bunter Polithaufen

Von unerfahrenen Neulingen, Pragmatikern, Antisemiten, Putin-Freunden und Fundamentaloppositionellen

Der linke Altmeister soll mit einem repräsentativen Posten belohnt werden. Der frühere Ministerpräsident Thüringens, Bodo Ramelow, soll daher Vizepräsident des Deutschen Bundestags werden. Die neue Linksfraktion im Parlament hat sich auf ihn verständigt. Die Ex-SED-Kommunisten waren nach einer Parteisplaltung fast abgeschrieben. Doch dann gelang ihnen ein fulminanter Aufstieg. Nun sitzen immerhin 64 Abgeordnete im neuen Bundestag. 51 Neulinge sind dabei, manche ohne jegliche Erfahrung.

„Die Fraktion ist mit 42 Jahren im Schnitt die jüngste im Bundestag, zu mehr als der Hälfte weiblich und ziemlich zufällig zusammengewürfelt“, schrieb die linke „taz“ daher auch und fragte skeptisch: „Wie homogen wird die neue Mannschaft zusammenarbeiten?“

Denn die Linksfraktion ist keine reine Ost-Truppe mehr, die einige West-Leute integrieren muss. Eine spürbare Veränderung sei, dass das alte Ost-West-Gefälle nivelliert werde, bilanzierte das „Neue Deutschland“. In den westdeutschen Flächenländern Hessen, Niedersachsen und NRW war die Linke mit jeweils mehr als acht Prozent fast genauso stark wie in Sachsen-Anhalt mit 10,8 oder Sachsen mit 11,3 Prozent. Doch das bringt Probleme mit sich. Die Linke könnte erneut in alte Grabenkämpfe abrutschen, schrieb das Nachrichtenmagazin „Spiegel“. Problematisch seien vor allem die Positionen zu Israel und dem Ukrainekrieg.

## Sozial und kräftig antisemitisch

Spitzenkandidatin Heidi Reichinnek wurde als Social-Media-Star über Nacht zu

einer neuen linken Ikone. Sie möchte eine Fundamentalopposition. Andere wie Ramelow oder Gregor Gysi fühlen sich an den Tafeln der Etablierten dagegen ganz wohl. Sie wollen ein linkes Korrektiv sein, gerne auch Verantwortung übernehmen.

Und dann gibt es noch Leute wie Ferat Kocak, der einzige Linke, der in Neukölln ein westdeutsches Direktmandat ergattern konnte. Problem: Sein Bezirksverband fällt seit Jahren mit antisemitischen Ausfällen auf. Im Wahlkampf hatte sich die Partei geschlossen präsentiert und die Kampagne auf soziale Themen verengt. Das wird im parlamentarischen Alltag nicht mehr reichen. Im Berliner Landesverband eskalierte die Situation im Herbst 2024. Ein Antrag, der den linken Antisemitismus verurteilen sollte, fand keine Mehrheit. Führungsfiguren wie Klaus Le-

derer und Elke Breitenbach verließen die Partei. Der Berliner Verband galt als radikale Sekte. Dann kam die Wiederauferstehung der Partei. Und mit ihr Menschen wie Ferat Kocak. Wie der „Spiegel“ berichtet, hat der Verfassungsschutz bereits ein Auge auf ihn geworfen, weil er eine linksextreme Gruppe unterstützt.

Und es gibt ein weiteres Problem. Parteichef Jan van Aken gibt sich gern als Friedensaktivist, lehnt Aufrüstung ab. Bei einer Umfrage kurz nach der Bundestagswahl erklärten aber knapp 80 Prozent der Linken-Wähler, dass sie eine größere militärische Unterstützung in der Ukraine durchaus befürworten. Der Parteivorstand hat Russlands Krieg gegen die Ukraine mittlerweile verurteilt. Ramelow gefällt das. „Wir müssen ein bisschen Nachdenklichkeit zeigen.“ Peter Entinger

## PARTEIPOLITIK

## Das BSW versinkt im Dauerclinch

Streit zwischen Landesverbänden und Bundesspitze – Steht die Thüringer Koalition auf der Kippe?

VON HERMANN MÜLLER

Steht in Thüringen die Brombeer-Koalition aus CDU, SPD und BSW wenige Monate nach ihrem Start bereits wieder vor dem Aus? Diese Frage drängt sich seit einem Interview auf, das der Thüringer BSW-Co-Chef Steffen Schütz dem Magazin „Stern“ gegeben hat. Schütz beklagt sich in dem Gespräch über „Bestrebungen in der Bundespartei, aber auch innerhalb des Landesverbandes, die Regierungsbeteiligung in Thüringen zu beenden“.

Er übt auch direkte Kritik an Parteigründerin Sahra Wagenknecht: Es treffe ihn persönlich, so der Thüringer BSW-Chef, wenn die Bundesvorsitzende nur zehn Wochen nach Amtsantritt der BSW-Minister unwidersprochen erkläre, „dass wir in Thüringen nicht einmal in der Lage seien, ein kostenfreies Mittagessen für Schüler möglich zu machen“.

Seit das BSW knapp den Einzug in den Bundestag verpasst hat, läuft in der Partei die Suche nach Schuldigen. Im Zentrum der Kritik steht dabei Katja Wolf, neben Schütz Co-Chefin in der Doppelspitze des Thüringer BSW. Sie regiert in Erfurt seit vergangener Dezember als Vizeministerpräsidentin und Finanzministerin in einer Brombeerkoalition zusammen mit CDU und SPD.

## „Der Osten hat nicht geliefert“

Bundesparteichefin Wagenknecht hatte sich bereits in die Koalitionsverhandlungen eingemischt. Sie bemängelte damals im Einklang mit weiteren BSW-Bundespolitikern vor allem die Nachgiebigkeit des Thüringer BSW gegenüber CDU und SPD in friedenspolitischen Fragen. Der BSW-Bundesvorstand fasste vergangenen Herbst sogar einen Beschluss, in dem der Thüringer Landesverband aufgefordert wurde, die außenpolitischen Positionen in den Koalitionsverhandlungen zu konkretisieren – oder in die Opposition zu gehen.

Das knappe Scheitern des BSW an der Fünf-Prozent-Hürde bei der Bundestagswahl hat den parteiinternen Streit nun wieder aufflammen lassen. Die „Frankfurter Allgemeine“ zitierte unlängst aus einem E-Mail-Wechsel, dem zufolge der rheinland-pfälzische BSW-Vorsitzende Alexander Ulrich der Thüringer Landeschefin Wolf den Rücktritt nahegelegt haben soll. Mit Blick auf die Bundestagswahl



Fürchten Attacke der Bundespartei: Thüringens BSW-Chefs Katja Wolf und Steffen Schütz

Bild: imago/Funke Foto Services

hat Ulrich laut dem Bericht geklagt: „Der Osten hat leider nicht geliefert.“

Bei der Kritik geht es nicht nur um die Frage, ob Wolf im Vorfeld der Bundestagswahl zu wenig Wahlkampfengagement gezeigt hat. Im Hintergrund schwingt oft Grundsätzliches mit: Etwa die Frage, ob das Thüringer BSW durch seine Regierungsbeteiligung CDU und SPD die Möglichkeit bietet, ihre altbekannte Politik fortzusetzen, während das BSW eigentlich für eine neue Politik stehen will.

Sympathisanten des BSW weisen in sozialen Medien auch darauf hin, dass Wolf als Thüringer Finanzministerin fordere, „Steuergelder ziel- und passgenauer einzusetzen“, aber bei der Förderung für die sogenannte Zivilgesellschaft und beim Verfassungsschutz bislang nicht den Roststift angesetzt habe. In Brandenburg sieht sich Finanzminister Robert Crumbach (BSW) wiederum scharfer Kritik ausgesetzt, weil er zum Stopfen von Haushaltslöchern prüft, auf Reserven der Altersvor-

sorge für Landesbedienstete zurückzugreifen (die PAZ berichtete).

Innerhalb des Thüringer BSW wächst inzwischen die Befürchtung vor einer Zuspitzung des Machtkampfs mit Wagenknecht auf dem Landesparteitag Ende April. Spekuliert wird im Landesverband, dass der Bundesvorstand um Wagenknecht am Landesvorstand vorbei neue Mitglieder aufnimmt. Unterstellt wird dabei, dass mithilfe von Neumitgliedern auf dem Parteitag der Ausstieg aus der Thüringer Landesregierung beschlossen werden soll. Der Thüringer BSW-Chef Schütz wollte dies auf Nachfrage des „Stern“ weder bestätigen noch dementieren.

## Drahtseilakt im Erfurter Landtag

Ein Ende der Koalition in Thüringen würde Ministerpräsident Mario Voigt (CDU) in eine Lage bringen, die noch prekärer wäre als die aktuelle Situation: CDU, SPD und BSW kommen im Thüringer Landtag nur auf 44 Stimmen. Die Opposition aus

AfD und Linkspartei zählt ebenfalls 44 Sitze. Steigt das BSW aus der Koalition aus, bliebe Voigt die Möglichkeit weiterzuregieren, indem er sich durch BSW und Linkspartei dulden lässt. Wegen der Patt-Situation im Parlament ist der CDU-Ministerpräsident schon jetzt faktisch auf die Unterstützung der Linkspartei angewiesen.

Theoretisch hätte es das BSW auch in der Hand, mit seinen 15 Stimmen im Landtag der AfD-Fraktion (32 Mandate) zu helfen, Björn Höcke zum neuen Thüringer Ministerpräsidenten zu wählen. Allerdings ist diese Variante praktisch ausgeschlossen. Der Schritt wäre für die BSW-Mitglieder vermutlich dermaßen polarisierend, dass die Weiterexistenz der Partei als Ganzes auf dem Spiel stehen könnte. Auch Parteichefin Wagenknecht hatte vergangenes Jahr erklärt, sie benötige keinen Verfassungsschutz, um zu erkennen, dass „Björn Höcke und dessen Umfeld rechtsextrem“ seien.

## KRIMINALITÄT

## Diebeszug auf Berlins Friedhöfen geht weiter

Diebe entwenden Tafeln und Statuen – zuletzt auch auf dem „Sozialistenfriedhof“ in Friedrichsfelde

Auf den Zentralfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde sind am 10. März mehrere Diebstähle entdeckt worden. Acht Metalltafeln, die auf dem „Sozialistenfriedhof“ an kommunistische Repräsentanten erinnern sollen, sind weg. Es fehlen die Platten von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Walter Ulbricht, Otto Grotewohl, John Schehr, Franz Mehring, Franz Künstler und die des Schriftstellers Franz Carl Weiskopf. Die Tafeln bestehen aus Kupfer und Messing.

Zur Höhe der Schäden und zum Wert der Tafeln seien noch keine Angaben möglich, so die Polizei. Hinweise auf Tatverdächtige gibt es nach Angaben der Beamten bisher auch nicht. Aus dem Umfeld der Linkspartei ist von Friedhofsschändung die Rede. Tatsächlich kam es aber seit dem vergangenen Herbst auch auf anderen

Friedhöfen zu einer ganzen Serie von Diebstählen. Vom Friedhof Wannsee II haben Unbekannte zwischen dem 2. November und 17. Dezember die Skulptur „Die Trauernde“ entwendet.

Die Bronzeplastik „Ernst Thälmann“ wurde zwischen dem 30. Dezember und 2. Januar von einem Grundstück in Niederschönhausen entfernt. Die Skulptur „Ruhendes/trauerndes Mädchen“ wurde zwischen dem 4. und 6. Januar vom Friedhof Humboldtstraße in Hohen-schönhausen gestohlen.

Und die Serie wurde noch länger: Der Diebstahl der Bronzeskulptur „Liegende“ vom Friedhof Pankow III wurde am 6. Februar bemerkt. Ebenfalls gestohlen wurde laut Polizei zwischen 29. Januar und 3. Februar eine 100 Kilogramm schwere Kirchenglocke vom Städtischen Friedhof

Heiligensee. In der Nacht vom 20. auf den 21. Februar haben Diebe aus dem Franckepark in Berlin-Tempelhof die Bronzestatue „Knabe mit Tintenfisch“ vom Sockel abgebaut und abtransportiert.

## Polizei: Kein politischer Hintergrund

Die Polizei sieht auch hinter dem Plaketendiebstahl auf dem „Sozialistenfriedhof“ daher keinen politischen Hintergrund. Bislang werde somit bislang allein wegen Diebstahls ermittelt. Der polizeiliche Staatsschutz sei nicht zuständig. Die Öffentlichkeit wurde aufgefordert, sachdienliche Hinweise, die zur Wiederbeschaffung der entwendeten Gegenstände führen könnten, an die Polizei Berlin weiterzuleiten.

Die Polizei will wissen, ob Skulpturen etwa Kunst- und Altmetallhändlern be-

reits zum Kauf angeboten wurden. Ein Kommissariat für Kunstdelikte beim Landeskriminalamt (LKA) ermittelt. Da die entwendeten Gegenstände bekannt sind, vermuten Beobachter, dass die Skulpturen und Platten bereits eingeschmolzen wurden.

Bislang ist der Polizei ein Zusammenhang der verschiedenen Diebstähle unklar. „Wir können da noch keinen Zusammenhang herstellen, das wäre noch viel zu früh“, heißt es. Metalldiebstähle auf Friedhöfen sind keine Seltenheit. Metall-diebe hatten 2011 eine Grabplatte des Politikers und Gewerkschaftsführers Carl Legien entwendet. Zu allen Vorfällen sind bei der Polizei keinerlei Hinweise aus der Bevölkerung eingegangen. Auch damals gab es keine Aufklärung.

Frank Bücker

## KOLUMNE

## Nichts klappt

VON THEO MAASS

Die schwarz-rote Koalition im Land Berlin wird nicht müde, eine „Verkehrswende“ zu propagieren, durch die der Autoverkehr durch Diskriminierung, Zwangsmaßnahmen und Polizeiaktionen zurückgedrängt werden soll. Das diene dem Klimaschutz, heißt es aus der Senatskanzlei. Doch welche Alternativen bieten sich? Die Berliner U-Bahn misst beispielsweise bloß 155 Kilometer Streckenlänge. Zwischen 2026 und 2031 soll eine Linie um knapp einen Kilometer verlängert werden. Zum Vergleich: Paris hat 245,6 Kilometer U-Bahn, 164 weitere sind im Bau, London 402 und Moskau sogar 472 Kilometer.

Aber selbst dieses unter den europäischen Metropolen bescheidene U-Bahn-Netz leidet unter gravierenden Einschränkungen. Von den neun Berliner Linien werden 2025 nicht weniger als drei wegen Reparaturarbeiten gesperrt. Die Linie 2 sogar gleich dreimal. Auf die Fahrgäste der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) kommen damit in diesem Jahr erhebliche Belastungen zu. Warum nicht versucht wird, Gleisbauarbeiten bei laufendem Betrieb auszuführen, ist unverständlich. Dazu kommt, dass seit dem November 2022 die Linie 6 zwischen den U-Bahnhöfen Kurt-Schumacher-Platz und Alt-Tegel gesperrt ist, weil eine Brücke ausgetauscht werden musste und bei der Gelegenheit der gesamte Bahnkörper neu gebaut wird. Zunächst hieß es, dass im Frühjahr 2025 die Züge wieder fahren, nun ist das zweite Halbjahr 2026 vorgesehen.

Witzbolde spotten, in Berlin klappen nur noch die Türen. Was den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV – umgangssprachlich liebevoll Öffis genannt) angeht, sind wir nicht weit davon entfernt. Das eigene Auto hingegen rollt zuverlässig, und wenn es doch mal stehen bleibt hilft der ADAC. Solange der ÖPNV nicht mindestens das Niveau anderer europäischer Metropolen erreicht hat, sollte der regierende Senat alle seine Aktionen für eine Verkehrswende besser aufschieben.

## MELDUNG

## Mann verwüstet linkes „Café“

Belzig – In der Nacht zum 1. März ist in der Kreisstadt Belzig (Potsdam-Mittelmark) ein Info-Café „gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ über eine Stunde lang verwüstet worden. Bei dem Tatverdächtigen soll es sich um einen 34-jährigen ehemaligen Mitarbeiter handeln, der am Vortag entlassen worden war. Herbeigerufene Polizeibeamte mussten dem Treiben zunächst tatenlos zusehen, da der Täter von innen alle Zugangsmöglichkeiten verbarrikiert hatte. Erst nach anderthalb Stunden meldete sich der Randalierer telefonisch über den Polizeinotruf und kündigte an, er werde das Gebäude freiwillig verlassen. Bei dem Vorfall entstand an der Inneneinrichtung des „Infozentrums für Toleranz“ erheblicher Sachschaden. Der Wüterich besprühte auch die Fenster des Info-Cafés mit Farbe. Da die Polizei von einem psychischen Ausnahmezustand des Täters ausging, veranlasste sie die Einlieferung des Mannes in eine Klinik.

H.M.

## ● MELDUNGEN

## Marokko im Pakt mit Israel

Rabat – Israel und Marokko vertiefen ihre militärische Zusammenarbeit. 2022 nahmen israelische Soldaten am US-amerikanisch-marokkanischen Großmanöver „Afrikanischer Löwe“ teil. 2024 unterzeichnete das Königreich dann einen Vertrag mit Israel Aerospace Industries über den Kauf eines Aufklärungssatelliten der Serie Ofek. Nun haben die Streitkräfte des Maghreb-Staates 36 selbstfahrende Panzerhaubitzen des Typs Atmos 2000 bestellt, die vom israelischen Rüstungskonzern Elbit Systems produziert werden. Die beiden letzteren Käufe sind dabei ein klarer Affront gegen Frankreich. Der vormals wichtigste Waffenlieferant der Forces Armées Royales (FAR) von König Mohammed VI., das Rüstungsunternehmen KNDS France, hat der FAR 2022 mangelbehaftete Artilleriesysteme vom Modell CAESAR geliefert und sich nachfolgend außerstande gezeigt, die auflaufenden Reklamationen zeitnah zu bearbeiten. W.K.

## Aus für bizarre Märtyrer-Rente

Ramallah – Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) will künftig auf die Auszahlung der sogenannten Märtyrer-Renten verzichten. Dabei handelt es sich um Geld für Familien von inhaftierten oder getöteten palästinensischen Terroristen in Höhe von bis zu 1070 Euro. Die Entscheidung der PA fiel aufgrund des Drucks aus den USA. Präsident Donald Trump hatte klargemacht, dass er den Taylor Force Act vom März 2018, der jegliche Zahlungen an die PA untersagt, wenn diese Terroristen finanziert, konsequent zur Anwendung bringen werde. Die Europäische Union sponserte die Märtyrer-Renten bislang ebenfalls auf indirekte Weise. So flossen allein von 2021 bis 2023 fast 1,2 Milliarden Euro aus Brüssel an die PA, die im Januar 2024 rund 25.000 weitere Namen auf die Liste der „Gefangenen und Gefallenen“ setzte – auch etliche Täter des Massakers vom 7. Oktober 2023. W.K.

## Netzwerk der WHO am Ende

New York – Eines der größten globalen Labornetzwerke der Weltgesundheitsorganisation (WHO) steht vor dem Aus. Grund hierfür ist der Finanzierungsstopp durch die USA, die den Verbund bisher im Alleingang mit acht Millionen US-Dollar bezuschussten. Das Netzwerk umfasst 760 Labore rund um die Welt und schürmerte sich zunächst vorrangig um die Zurückdrängung der Masern und Röteln. Dazu kam in jüngster Zeit noch die „Pandemievorbereitung“. In diesem Zusammenhang wurden auch Kapazitäten für die Früherkennung von Krankheiten wie COVID-19, Dengue, Ebola, Lassa-Fieber, Gelbfieber, Vogelgrippe und Affenpocken sowie Infektionen mit Rotaviren und Respiratorischen Synzytial-Viren bereitgestellt. Nun warnt die WHO vor schweren Rückschlägen bei der Gesundheitsversorgung auf allen Kontinenten, wenn sich keine alternative Finanzierung finde. Experten hoffen, dass WHO-Großsponsor Bill Gates in die Bresche springen wird. W.K.

## SYRIEN

## Neue Machthaber lassen die Maske fallen

Wiederkehr des Bürgerkriegs? – Nach Assads Sturz metzelt islamistische Regierung dessen Anhänger nieder

VON BODO BOST

Der Westen Syriens, die ehemalige Hochburg von Ex-Diktator Bashar Al Assad, erlebte vor knapp zwei Wochen drei Tage lang die schlimmsten Zusammenstöße seit dem Sturz des Assad-Regimes im Dezember 2024, bei denen Hunderte von Menschen aus der alawitischen Gemeinschaft getötet wurden. Seit dem 6. März kämpfen die Sicherheitskräfte der neuen syrischen Regierung, die von der ehemaligen (sunnitischen) dschihadistischen Bewegung Hayat Tahrir Al-Sham (HTC) dominiert werden, und ihre Verbündeten gegen Kämpfer der alawitischen Minderheit, darunter Militärs und Kader des früheren Terror-Regimes.

Die Kämpfe beschränkten sich zunächst auf Latakia, das sogenannte alawitische Kerngebiet, und breiteten sich dann auf die benachbarten Regionen Homs und Tartus aus, wo diese Volks-

gruppe, der auch Assad angehört, lebt und wo es in den letzten Monaten zu Dutzenden außergerichtlichen Hinrichtungen gekommen war.

## In eine tödliche Falle gelockt

Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte (SOHR) berichtete Anfang März, dass 830 alawitische Zivilisten von syrischen Sicherheitskräften und verbündeten Dschihadisten bei Kämpfen mit Anhängern des gestürzten Präsidenten Assad im Westen des Landes getötet worden seien. Die Zahl der Gewaltopfer stieg auf 1311, darunter 481 Angehörige der Sicherheitskräfte und Kämpfer, die dem Assad-Clan treu ergeben sind. Das Gros der Opfer sind jedoch Zivilisten.

Alles begann damit, dass eine Polizeipatrouille auf der Suche nach einem ehemaligen hochrangigen Offizier im Dorf Beit Ana, einige Kilometer von Latakia entfernt, von bewaffneten Anhängern des alten Regimes in einen Hinterhalt gelockt

wurde, wobei 13 Kämpfer des neuen Regimes getötet und mehrere verletzt wurden. Ein Teil der Anhänger des gestürzten Diktators hatte seit dessen Sturz in dieser Küstenregion Zuflucht gefunden.

Die syrische NGO Etana stellte fest, dass es sich um einen „großen Test“ für

die neuen Machthaber handelte, die das Land noch immer nicht vereinen konnten. Der Angriff wurde von einem bislang unbekanntem „Militärrat für die Befreiung Syriens“ unter der Leitung von Ghiath Dalla, einem Ex-Kommandeur Assads, angeführt. Mit der Ausbreitung auf alle alawitischen Gebiete haben die Auseinandersetzungen ihren Charakter verändert. Die Regierung bestreitet, dass ihre Kämpfer in alawitische Orte eingedrungen sind, auf Fahrzeuge geschossen, Häuser niedergebrannt und Zivilisten getötet haben.

## Aufruf zur nationalen Einheit

Junge Alawiten gingen mit gezogenen Waffen auf die Straße, um ihre Häuser und Familien zu verteidigen. Sie hielten die Einfahrt nach Latakia einige Stunden, bevor Tausende von Männern als Verstärkung eintrafen. Aufseiten der syrischen Regierung kämpfen ausländische Dschihadisten, mehrere Generäle der syrischen Regierungstruppen sind noch immer Ausländer, darunter ein Chinese und ein Türke. Um die Wogen zu glätten, kündigte das Verteidigungsministerium Maßnahmen an, um diesen „Missbräuchen“ ein Ende zu setzen. Kurz darauf rief der islamistische Interimspräsident, der bereits viele dschihadistische Kampfnamen führte und sich derzeit Al Scharaa nennt, in einer Moschee in Damaskus zur „nationalen Einheit“ auf und kündigte die Bildung einer unabhängigen Untersuchungskommission an.

Die neuen syrischen Behörden hatten den Alawiten, Christen und Drusen vor drei Monaten versprochen, dass sie unter ihrer Herrschaft sicher sein würden und dass es keine Rachemorde geben würde. Die Ermordung Hunderte alawitischer Zivilisten durch Sicherheitskräfte der Regierung hat jedoch Wellen der Angst unter den religiösen Minderheiten ausgelöst.

Der Bürgerkrieg scheint weiterzugehen. Der israelische Außenminister Gideon Sa'ar, der Syrien besser kennt als der Westen, sagte: „Dschihadisten bleiben Dschihadisten, auch wenn sie sich einen Nadelstreifenanzug anziehen.“ Das neue Syrien scheint damit das alte Assad-Syrien zu sein, das wieder nur Gewalt kennt.

„Dschihadisten bleiben Dschihadisten – auch wenn sie sich einen Anzug anziehen“

Gideon Sa'ar  
Außenminister Israels



Syriens Machthaber Al Scharaa (Mitte): Zeigt sich gern als frommer Moslem, seine Truppen aber wüten blutrünstig unter Zivilisten

## GROSSBRITANNIEN

## Labour kämpft gegen illegale Immigration

Anders als deutsche Sozialdemokraten wollen die Briten gegensteuern – der Erfolg steht noch aus

Wie so viele Länder leidet auch Großbritannien unter einer hohen irregulären Immigration. Die in großer Zahl über den Ärmelkanal fahrenden kleinen Schlauchboote sorgen immer wieder für Schlagzeilen. Im vergangenen Jahr machten sich fast 37.000 Menschen auf die gefährliche illegale Überfahrt von Frankreich nach Südengland. Vor allem Afghanen, gefolgt von Syrern, Iranern, Vietnamesen und Eritreern kommen auf den Booten.

Seit Beginn der Statistik 2018 sind mehr als 150.000 Migranten, überwiegend Männer, vereinzelt auch Frauen und Kinder, über die Meerenge gefahren. Die Migranten sitzen zusammengequetscht in den wackeligen Wasserfahrzeugen. Immer wieder kentern Schlauchboote, es kommt zu tödlichen Unfällen. Die 16 Jahre regierenden Konservativen übertrafen sich in markigen Ansagen und Ideen, wie die „Small Boat“-Krise einzudämmen sei. Doch sie scheiterten daran.

Auch die seit acht Monaten regierende sozialdemokratische Labour-Partei von

Premier Keir Starmer hat zumindest verbal eine harte Gangart gegen den Menschenschmuggel mit den Schlauchbooten eingeschlagen. Starmer sprach wiederholt von einem „Smash the Gangs“-Plan (Zerschlagung der Banden). Diese Organisierte Kriminalität sollte hart bekämpft werden. Ein neues Gesetzespaket stärkt die Befugnisse der Grenzschutzkräfte und Polizei. Das soll die Boote-Mafia abschrecken.

Es gibt aber große Zweifel, ob das alles wirklich reicht. Die Rhetorik von Starmer wirkt bislang nicht. Laut Innenministerium haben in den ersten elf Wochen des Jahres bis Mitte März schon mehr als 3700 Menschen die Überfahrt gemacht, das waren elf Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Allein in der zweiten Märzwoche kamen rund 1500 Migranten über den Ärmelkanal. Frankreich will die Patrouillen an den Küsten um Calais herum verstärken. Doch die französische Polizei stoppt die Einwanderer nur an Land. Sobald sie in einem Boot im Wasser sind, lässt sie diese fahren.

Die britische Innenministerin Yvette Cooper hat im Februar ihren französischen Amtskollegen Bruno Retailleau getroffen und weitere Maßnahmen vereinbart. Dazu gehört die Gründung einer neuen Spezialeinheit in Dünkirchen. Außerdem sollen vermehrt Drohnen zur Überwachung der Küste eingesetzt werden, um Boote abzufangen.

## Reformer extrem im Aufwind

Immerhin zeigt die Labour-Regierung den Willen, die illegale Migration zu stoppen. Das liegt auch daran, dass sie aus der Bevölkerung und von der Opposition starken Druck spürt. Nicht nur die Konservativen lassen das Thema nicht ruhen. Die illegale Migration ist für die Reform-Partei von Nigel Farage das am stärksten mobilisierende Thema. Die Partei ist laut Umfragen in einem sensationellen Aufwind. Seit Wochen steht sie bei 25 Prozent Wählerzustimmung, teils sogar knapp vor Starmers Labour-Partei. Farages Partei ist zudem deutlich an den Konservativen von

Oppositionsführerin Kemi Badenoch vorbeigezogen. Sie alle beklagen auch die Milliarden-Kosten, die durch das Asylsystem entstehen. 2024 beantragte eine Rekordzahl von 108.000 Migranten Asyl im britischen Königreich – was allerdings noch weit unter der Zahl von mehr als 250.000 Asylanträgen in Deutschland, 165.000 in Spanien und rund 159.000 in Frankreich lag.

Anders als in Deutschland, wo die Brandmauer jede Zusammenarbeit von CDU/CSU und AfD verhindert, existiert eine solche Ausgrenzung der migrationskritischen Reform-Partei im Vereinigten Königreich nicht. Bei den anstehenden Kommunalwahlen könnte Farages Partei stark zulegen. Die Konservativen überlegen schon, ob sie unter Umständen künftig mit Farages Partei einen Wahlpakt eingehen müssen. Denn in einer Konkurrenzsituation profitiert nur Labour. Das Migrationsthema dürfte in den kommenden Wahlkämpfen definitiv eine Rolle spielen. Claudia Hansen

VON HERMANN MÜLLER

Deutschland befindet sich in der längsten Wirtschaftskrise seit 1949. Bereits mit der Coronakrise 2020 hat die Wirtschaft den langfristigen Wachstumstrend verlassen, so die Diagnose des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW). Trotz der jahrelangen Flaute suchen überall Handwerksbetriebe nach Arbeitskräften.

Nach Angaben des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) waren Ende Dezember des vergangenen Jahres bundesweit im Bereich Handwerk 125.500 offene Stellen bei den Arbeitsagenturen gemeldet. Der ZDH geht sogar von einem Bedarf im Bereich von deutlich über 200.000 Fachkräften aus, da nicht alle Handwerksbetriebe auch alle offenen Stellen an die Bundesagentur melden. Obendrein blieben vergangenes Jahr 19.000 Lehrstellen mangels geeigneter Bewerber unbesetzt.

Zum Vergleich: Bundesweit werden derzeit rund eine Million Betriebe mit rund 5,6 Millionen Beschäftigten zum Handwerk gezählt. Vor dem Hintergrund einer seit vier Jahren dauernden Wirtschaftsfalte ist die aktuelle hohe Zahl von Jobangeboten und Ausbildungsmöglichkeiten eigentlich erstaunlich. Andere Branchen melden Stellenabbau und Verlagerungen ins Ausland.

Auch der Zentralverband des Deutschen Handwerks beklagt ein „stilles Sterben“ von Handwerksbetrieben. Neben Bürokratie und Energiekosten, etwa im Bäckerhandwerk, spielt dabei auch das Fehlen von Handwerksmeistern eine Rolle, die einen bestehenden Betrieb weiterführen wollen. Wie viele andere Bereiche der deutschen Gesellschaft wird auch das Handwerk das Ausscheiden der sogenannten Boomer-Generation aus dem Arbeitsmarkt mit voller Wucht zu spüren bekommen. Der ZDH schätzt, dass bereits bis 2030 etwa 125.000 Handwerksbetriebe einen neuen Chef suchen müssen. Bis 2045 werden es nach Verbandsangaben sogar rund 450.000 Betriebe sein, für die ein Nachfolger gefunden werden muss.

#### KI und Digitalisierung sind keine Bedrohung für das Handwerk

Auch aus einem anderen Grund kann es für junge Menschen eine kluge Entscheidung sein, einen Handwerksberuf zu erlernen: Das Handwerk ist weit weniger als die Industrie von der Verlagerung ins Ausland betroffen. Die Produktion eines Autzulieferers lässt sich einfach in ein Billiglohndland verlagern. Ein Friseur oder ein Dachdecker wird immer die örtliche Nähe zu den Kunden benötigen.

Zudem werden Digitalisierung und Künstliche Intelligenz die Berufsaussich-



Ran an die Werkbank: Azubis werden in allen Bereichen des Handwerks dringend gesucht, die Karriere-Perspektiven sind bestens

#### HANDWERK

## Volle Auftragsbücher trotz längster Wirtschaftsflaute

Während in anderen Branchen Jobabbau und Arbeitsplatzverlagerung ins Ausland drohen, sucht das Handwerk händeringend Nachwuchs und Fachkräfte

ten im Handwerk weit weniger beeinflussen als etwa im Bereich akademischer Berufe. Eine Studie der US-Denkfabrik Brookings Institution kam schon 2019 zu dem Schluss, dass die Jobs von studierten Arbeitnehmern in Zukunft sehr viel stärker gefährdet sein werden als die von Arbeitskräften ohne akademische Ausbildung. Routinemäßige geistige Arbeiten lassen sich viel leichter durch Künstliche Intelligenz ersetzen als etwa die Reparatur einer Wasserleitung.

Dessen ungeachtet ist der Trend zu einer akademischen Ausbildung noch immer ungebrochen. Viele Eltern wollen, dass ihre Kinder Abitur machen und ein Studium absolvieren. Wie sich vor Kurzem in Berlin gezeigt hat, passiert dies zum Teil sogar auf Biegen und Brechen. Als im April 2023 die CDU-Politikerin Ka-

tharina Günther-Wünsch das Bildungsressort übernahm, stellte allein schon dieser Schritt für hauptstädtische Verhältnisse eine Revolution dar. Das Bildungsressort war nämlich seit Januar 1998, also 27 Jahre lang, immer mit SPD-Politikern besetzt gewesen.

Günther-Wünsch, die selbst Studienrätin an einer Neuköllner Schule war, hat als Schulsenatorin eine Entscheidung getroffen, die ein Teil der Eltern offenbar als Ungeheuerlichkeit empfindet: Sie hat die Zugangsvoraussetzungen für die Berliner Gymnasien verschärft. Um das Niveau der gymnasialen Ausbildung zu verbessern, hat die Bildungsverwaltung festgelegt, dass Schüler mindestens einen Durchschnitt von 2,2 aufweisen müssen. Bislang war ein Schnitt von zumindest 2,7 gefragt. Für Schüler mit schlechterem

Durchschnitt hat die Senatsbildungsverwaltung die Möglichkeit geschaffen, im Rahmen eines Probeunterrichts eine Gymnasialempfehlung zu erhalten.

#### Fürs Gymnasium völlig ungeeignet

Das Ergebnis des Tests fiel desaströs aus: 97,4 Prozent schafften die Hürde des Probeunterrichts nicht. Von 1937 Grundschulern genügten nur 50 den Anforderungen fürs Gymnasium. Linkspartei, Grüne und die Lehrgewerkschaft GEW übten aber nicht Kritik an den Fehlentwicklungen im Schulsystem. Kritisiert wurde Schulsenatorin Günther-Wünsch. Es war von einem unverantwortlichen Experiment die Rede; viele Eltern wollen sich nun den Gymnasialzugang für ihre nicht geeigneten Kinder gerichtlich einklagen. Genau das ist das Dilemma.

#### ENERGIEVERSORGUNG

## Ukrainischer Drohnenangriff auf Gas-Pipelines

Warum wollte Kiew den letzten Rest an russischer Gasversorgung für die EU zerstören?

Ungeachtet der massiven Unterstützung der Ukraine durch die Europäische Union hat Kiew in den letzten Wochen zwei schwere Drohnenangriffe gegen Öl- beziehungsweise Gas-Pipelines gestartet, welche für die Energiesicherheit der EU von zentraler Bedeutung sind.

Zuerst traf es die Gasleitung TurkStream, die von der südrussischen Küstenstadt Anapa quer durch das Schwarze Meer bis nach Lüleburgaz im europäischen Teil der Türkei verläuft und dort an das Ferngasnetz auf dem Balkan anschließt. Damit versorgt die rund 1100 Kilometer lange Pipeline im Besitz des russischen Gazprom-Konzerns weite Teile Süd- und Südosteuropas. Nach dem Ausfall der Jamal-Pipeline durch Weißrussland und Polen und dreier Nord-Stream-Stränge auf dem Grunde der Ost-

see sowie dem Stopp des Gastransports durch die Ukraine zum 31. Dezember 2024 ist TurkStream die einzige Leitung, über die noch russisches Erdgas nach Europa gelangt, wobei sie nun 31 Prozent der Gesamtbedarfs der EU deckt. Die ukrainische Attacke auf die Pipeline erfolgte mit neun Drohnen, die eine Hauptkompressorstation in der Region Krasnodar zerstören sollten. Der Schlag gegen die europäische Energieversorgung misslang aber.

Anders verhält es sich hingegen im Fall der Leitung des Caspian Pipeline Consortiums (CPC), durch die Rohöl vom kasachischen Tengiz-Feld am Kaspischen Meer quer durch Südrussland zum Exportterminal des russischen Schwarzmeer-Hafens Noworossijsk fließt. Bei dem ukrainischen Angriff auf die Pumpstation Kropotkinskaja unweit von Arm-

avir mit sieben Drohnen wurde ein immenser Schaden verursacht. Trotzdem gelang es den Betreibern, den Öltransport über Ersatz-Stränge aufrechtzuerhalten – zum Preis einer um 30 bis 40 Prozent reduzierten Durchleitungsrate.

#### Kein ersichtlicher Grund

Die Pipeline, durch die bislang neun Zehntel der kasachischen Ölexporte abgewickelt wurden, befindet sich zu 44 Prozent in der Hand der russischen Unternehmen Transneft, LukArco B.V. und Rosneft. Die übrigen CPC-Anteile werden von der kasachischen KazMunayGas sowie US-amerikanischen und europäischen Konzernen wie Chevron, Mobil, GB und Eni gehalten.

Dass die Ukraine die beiden Pipelines ins Visier genommen hat, gab die Regie-

rung in Kiew sofort zu, wobei sie den Grund für die Attacken aber offen ließ. Beim Angriff auf TurkStream könnte das Motiv die Erschwerung der europäisch-russischen Annäherung nach einem Ende des Krieges in der Ukraine gewesen sein, während die Sabotage der CPC-Pipeline im Mitbesitz von US-Konzernen möglicherweise als Drohbotschaft an Washington gedacht war.

Auf jeden Fall wären die militärisch anspruchsvollen Drohneinsätze kaum ohne die präzisen Daten US-amerikanischer Aufklärungssatelliten möglich gewesen. Das ist dann vielleicht eine Erklärung dafür, warum US-Präsident Donald Trump die zeitweise Einstellung der geheimdienstlichen Zusammenarbeit zwischen Kiew und den USA verfügte.

Wolfgang Kaufmann

#### MELDUNGEN

## Schweiz als neue Seemacht

Genf – Die Schweiz ist zur größten Containerschiff-Nation der Welt aufgestiegen. Hinter dieser Entwicklung steht die weltgrößte Reederei Mediterranean Shipping Company (MSC). Der Sitz dieser Firma ist in Genf. MSC hat viele neue Containerschiffe bauen lassen und ist vergangenes Jahr auch bei der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) eingestiegen. Laut Gaby Bornheim, der Präsidentin des Verbands Deutscher Reeder, hat die MSC auch durch den Aufkauf deutscher Containerschiffe sehr viel Tonnage übernommen. Dies führte mit dazu, dass Deutschland nach Jahrzehnten seinen bisherigen Rang als größte Containerschiff-Nation verloren hat. Es liegt nach der Schweiz und China nur noch auf Platz drei. Die starke Position chinesischer Reeder liegt laut Verband Deutscher Reeder an den gewachsenen innerasiatischen Verkehren, die China mit vielen kleinen Containerschiffen bedient. H.M.

## Cargobull in Schlesien aktiv

Oppeln – Schmitz Cargobull AG, Europas Marktführer im Nutzfahrzeugbau aus dem Münsterland, hat mit GT Trailers, einem führenden Hersteller von Anhängern aus der schlesischen Region Oppeln, einen Vertrag über eine strategische Partnerschaft unterzeichnet. Beide Familienfirmen haben vereinbart, dass Cargobull einen Anteil von 48 Prozent an GT Trailers übernimmt. Beide Unternehmen wollen ihre Kompetenzen bei Konstruktion und Bau von Lkw-Aufbauten auf Fahrgestellen, einschließlich Planen-, Koffer- und Kühllösungen, zusammenführen. Der Einstieg von Cargobull bei GT benötigt noch die Zustimmung der Wettbewerbsbehörden. Erst 2024 hatte Cargobull die Übernahme der Anhängersparte von Van Hool in Belgien bekannt gegeben. Als Unternehmen im Familieneigentum hatte Cargobull im Geschäftsjahr 2023/24 einen Umsatz von rund 2,4 Milliarden Euro erwirtschaftet. H.M.

## Missouri klagt gegen China

Jefferson City – Der Generalstaatsanwalt von Missouri, Andrew Bailey, hat vor einem Bezirksgericht des US-Bundesstaates ein Urteil gegen die Kommunistische Partei und die Nationale Gesundheitskommission Chinas, das Pekinger Katastrophenschutzministerium sowie die Chinesische Akademie der Wissenschaften erwirkt, dem zufolge die Beklagten im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie Schadensersatz in Höhe von fast 25 Milliarden US-Dollar leisten müssen. Die Klage war damit begründet worden, dass Missouri wegen der Zurückhaltung von Informationen über den Ausbruch von Covid und wegen des gezielten Hortens von medizinischen Schutzsaureinstellungen durch die chinesische Seite Mehrkosten in Höhe von acht Milliarden Dollar entstanden seien. Diese Schadenssumme verdreifachte der zuständige Richter Stephen Limbaugh. Der Bundesstaat will die ihm zugesprochene Entschädigung nun per Beschlagnahme von chinesischem Eigentum eintreiben. WK

## ZWISCHENRUF

## 551 Fragen – und alle bleiben offen

VON ROBERT MÜHLBAUER

Vor drei Wochen sorgte eine „Kleine Anfrage“ der Unionsfraktion mit 551 Fragen zur staatlichen Finanzierung von links-grün orientierten Vereinen für helle Aufregung in der sogenannten Zivilgesellschaft. SPD, Grüne und Linke gaben sich empört. Die CDU/CSU wollte – vor dem Hintergrund der Großdemonstrationen vor der Bundestagswahl – wissen, welche Organisationen wie viele Mittel erhalten und ob die als gemeinnützig anerkannten Organisationen das Gebot parteipolitischer Neutralität verletzen. In der Anfrage zielte die Union auf Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Aktivistenvereine von Attac bis „Omas gegen Rechts“. Auch die berühmte Amadeu Antonio Stiftung aus Berlin, einst von einer Ex-Stasi-Spitzelin gegründet, die Deutsche Umwelthilfe und das tendenziöse Medienhaus „Correctiv“ hatte die Anfrage zum Ziel. Endlich, so schien es, blickte die CDU/CSU kritisch auf den Sumpf der NGOs, die im links-grünen Sinne Stimmung machen und üppig mit Steuergeld alimentiert werden.

Aber dann die Wende: Offenbar haben sich Union und SPD hinter den Kulissen geeinigt, die Kleine Anfrage geräuschlos abzuschließen – um die Koalitionsverhandlungen nicht zu gefährden. Das SPD-geführte Finanzministerium hat am 11. März den Fragenkatalog mit völlig nichtssagenden Antworten zurückgeschickt. Zu fast allen Fragen hieß es, dazu lägen „keine Informationen“ vor oder man könne in der Kürze der Zeit keine Informationen beschaffen. Im Übrigen lobte das SPD-geführte Ministerium das „zivilgesellschaftliche Engagement“ und stellte es als wichtig für die Demokratie heraus. Auffällig ist, dass die Union sich damit zufriedengab, wie ihre kritische Anfrage zu den steuergeldalimentierten NGOs sang- und klanglos beerdigt wurde.

Dieses Muster kennt man schon aus früheren „Großen Koalitionen“. Noch in der Merkel-Zeit wurde vom damals SPD-geführten Familienministerium das Programm „Demokratie leben“ begonnen, dessen Budget von anfangs 40 Millionen Euro inzwischen auf 182 Millionen Euro im Jahr gewachsen

ist. Die scheidende grüne Ministerin Lisa Paus hat das Programm bis 2032 verlängert. Und es gibt weitere Förderpöfle. Mit diesen Unsummen an Steuergeld wird ein kaum noch überschaubares Geflecht von Vereinen, Initiativen, Projekten, NGOs, Aktivistengruppen und angeblicher Forschung finanziert.

Zu 90 Prozent stehen sie für linke Politik. Seien es die Amadeo Antonio Stiftung, die „Neuen deutschen Medienmacher\*innen“ (von Ferda Ataman, der heutigen Antidiskriminierungsbeauftragten, gegründet), die „Neuen deutschen Organisationen – das postmigrantische Netzwerk“, Antidiskriminierungsverbände, Migrantenlobbyorganisationen oder diverse LGBT-Verbände.

Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen: Während die offizielle Parteienfinanzierung auf 187 Millionen Euro gedeckelt ist, haben rote und grüne Politiker sehr geschickt einen gigantischen Nebentopf zur Finanzierung ihrer Vorfeldorganisationen geschaffen.

**Union ist selbst das Abschussziel**

Nur wenige kritische Stimmen in der Union haben sich dagegen erhoben. Die frühere Familienministerin Kristina Schröder (CDU), die heute in der Denkfabrik R21 mitarbeitet, beklagte, dass die Union viel zu lange blind war. Mit mehr als 200 Millionen im Jahr finanziert der Staat NGOs, die angeblich die Demokratie verteidigen. Dass sich deren „Kampf gegen Rechts“ auch gegen die CDU richtet, habe ihre Partei viel zu spät erkannt, gab sie zu. Lange glaubte die Union offenbar, dass die linke NGO-Schattenarmee vor allem der AfD schade – und das war ihr durchaus recht.

Dabei verschiebt der seit mehreren Jahrzehnten betriebene, mit Steuergeld mitfinanzierte „Kampf gegen Rechts“ das politische Koordinatensystem in einer Weise, dass zum Schluss auch die Union ins Schussfeld kommt. Das hat sie anlässlich der Großdemonstrationen im Januar sehr spät bemerkt. Nur wenige Abgeordnete, etwa der Hamburger CDU-Mann Christoph Ploß, wollen wirklich etwas ändern und den NGO-Sumpf trockenlegen. Doch die Gefahr ist groß, dass die Finanzflüsse in der neuen Koalition mit der SPD einfach weiter erfolgen.



Eine von vielen fragwürdigen Corona-Maßnahmen: Die Maskenpflicht

Bild: mauritius images/Chromorange

## LEITARTIKEL

## Der rote Faden der Pandemie

RENÉ NEHRING

Es soll wie eine große Enthüllungsgeschichte klingen. Mit den Worten „Berlins bestgeheimes Geheimnis“ und „Achtung, streng geheim“ kündigten „Zeit“ und „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) in der vergangenen Woche auf ihren Titelseiten Beiträge an, die davon erzählen, dass der Bundesnachrichtendienst (BND) schon im Frühjahr 2020 der Bundesregierung berichtete, dass das damals neuartige Coronavirus seiner Ansicht nach aus einem chinesischen Labor entwichen war (siehe hierzu auch die Seite 4 dieser Ausgabe).

Damit kommt nun auch in den reichweitenstärksten Leitmedien an, was im Grunde seit Jahren klar war, wenn man es denn sehen wollte: dass die Corona-Pandemie – anders als weithin verkündet – sehr wahrscheinlich keines natürlichen Ursprungs war. Der eigentliche Skandal in den Geschichten von „Zeit“ und „SZ“ ist jedoch, dass das Bundeskanzleramt die Erkenntnisse seines Geheimdienstes offenbar seit Jahren unter Verschluss hält.

Man kann, wie es einige Medien auch taten, das Verhalten der Regierung so deuten, dass sie die Bevölkerung nicht verunsichern wollte. In der Tat hätte die Nachricht, dass eine chinesische Bio-Waffe um die Welt zieht, einiges Chaos auslösen können. Doch reiht sich die Meldung, dass die Spitzen der deutschen Politik von Beginn der Pandemie an über deren Ur-

sprung informiert waren, ein in ein immer klarer werdendes Muster – dass die Entscheidungsträger offensichtlich nicht sehen wollten, was damals vor sich ging, und Fakten systematisch ausblendeten.

**Die lange Liste der Versäumnisse**

Es ging damit los, dass einzelne Virologen wie der Institutsdirektor der Charité, Christian Drosten, gemeinhin als „die Wissenschaft“ hingestellt wurden, deren Aussagen nicht anzufechten seien, während weltweit angesehene Koryphäen wie der Epidemiologe Klaus Stöhr (immerhin jahrelang Leiter des Globalen Influenza-Programms und SARS-Forschungs-Koordinator der Weltgesundheitsorganisation) oder der Professor für Epidemiologie und Bevölkerungsgesundheit an der Stanford University, John Ioannidis, die zu ganz anderen Bewertungen und Empfehlungen kamen, von Politik und Leitmedien nahezu vollständig ignoriert wurden.

Es ging damit weiter, dass Maßnahmen wie die allgemeine Maskenpflicht oder für Millionen Menschen das Verbot von Aufenthalten in der Öffentlichkeit beschlossen wurden, obwohl die Infektionszahlen früh zeigten, dass diese keinen Einfluss auf den Verlauf der Pandemie hatten. Es ging damit weiter, dass der Staat immer wieder hart gegen all jene vorging, die gegen das Geschehen demonstrierten. Und es ging damit weiter, dass seriöse Hinweise auf die negativen Folgen der Corona-Politik wie die des Pressesprechers des

Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte, Jakob Maske, der die verheerenden Auswirkungen der Maßnahmen für die Entwicklung der jüngsten Mitbürger schilderte, oder des Generationenforschers Bernd Raffelhüschen, der darauf hinwies, dass die Lockdown-Politik zu einem Verlust an Lebenserwartung führen würde, ausgeblendet wurden.

Wenn nun im Raum steht, dass die Bundesregierung früh über den Ursprung der Pandemie informiert war und dies der Öffentlichkeit verschwiegen, zeigt das einmal mehr, dass die Verantwortlichen offensichtlich nicht wissen wollten, was seinerzeit vor sich ging. Das ist der rote Faden der Corona-Pandemie.

Bleibt die Frage nach dem Warum. Schon früh sprachen Kritiker von einer „Plandemie“, also von einer gezielten Kampagne von Eliten in Politik, Wirtschaft, Gesundheitswesen und Medien mit dem Ziel eines radikalen Umbaus unserer Gesellschaft. Wenn die Verantwortlichen der Corona-Zeit diesen Vorwurf entkräften wollen, sollten sie endlich umfassend erklären, auf welcher Basis sie wann welche Entscheidung getroffen haben. Und sie sollten, wo dies der Fall war, auch Irrtümer eingestehen. Andernfalls brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn sie als Verschwörer in die Geschichte eingehen.

Die Wahrheit immerhin, das zeigen die jüngsten Enthüllungen von „Zeit“ und „Süddeutsche Zeitung“, kommt auch so nach und nach ans Licht.

## PORTRÄT

## Liberaler Zwischenlösung

Als Premierminister schien Justin Trudeau nicht mehr wegzudenken. Fast zehn Jahre lang regierte er Kanada, galt als der Messias der Liberalen, Liebling vor allem mancher deutscher Politiker von Merkel bis Scholz und Heilsbringer der Frauen-, Gender- und Minderheitenbewegung.

Doch das ist vorbei. Die Kanadier haben Trudeau wegen gestiegener Inflation und Lebenshaltungskosten fallen lassen. Vor den noch in diesem Jahr anstehenden Parlamentswahlen sackten die Umfragergebnisse für seine Liberale Partei derart in den Keller, dass der Sohn des ebenfalls eine Ewigkeit regierenden kanadischen Premierministers Pierre Trudeau die Reißleine zog und sowohl als Partei- wie auch als Regierungschef zurücktrat.

Nachfolger in beiden Ämtern ist der sechs Jahre ältere Mark Carney. Auf den Ökonom und früheren kanadischen Zentralbankdirektor, der am 16. März seinen 60. Geburtstag feiern konnte, kommt eine

undankbare Aufgabe zu. Er soll in kurzer Zeit das Ruder für die Liberalen herumreißen. Schafft er es gegen die Konservativen bis zu den Wahlen im Herbst nicht, dann wird er lediglich als Übergangspräsident in Erinnerung bleiben.

Ungewollte Schützenhilfe bekommt Carney ausgerechnet aus den USA. Weil deren Präsident Donald Trump die Kanadier Strafzöllen ausgesetzt hat, die er später teilweise wieder zurückzog, und er

damit phantasiert, Kanada zum 51. US-Bundesstaat machen zu wollen, erlebt das Land eine Welle des Patriotismus. Und die kommt auch Carney zugute, der sich mit allem wehrt, was Trump gegen die Kanadier aufführt. Vor allem seine Wirtschaftskompetenz kann er dabei zu Felde führen. Carney hat an den Elite-Universitäten Harvard in den USA und Oxford in England Ökonomie studiert.

Nach Beschäftigungen als Investmentbanker unter anderem bei Goldman Sachs hatte er Kanada als Chef der Zentralbank von 2008 bis 2013 so gut durch die Finanzkrise geführt, dass ihm die Briten während der „Brexit“-Phase als erstem Ausländer die Leitung der Bank of England anvertrauten. Wegen Trump dürfte Carney nun die Nähe zu Großbritannien und der EU suchen. Warum nicht auch die zu Grönland, das sich Trump einverleiben will? Die Insel liegt schließlich Kanada viel näher als den USA. Harald Tews



Kanadas Premier: Mark Carney

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)**Verantwortliche Redakteure:** Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Juli 2024:

Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 4,40 Euro.**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.**Konto:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2504 0000 0634 2307 01, BIC: COBADE33XXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51**Internet:** www.paz.de**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

## Gesalzenes Kulturerbe

Den Hohenzollern innig verbunden – 500 Jahre „Salzwirker-Brüderschaft im Thale zu Halle“

VON VEIT-MARIO THIEDE

Die Erzeugung von Siedesalz machte Halle an der Saale reich. Noch immer besteht dort die „Salzwirker-Brüderschaft im Thale zu Halle“. Sie hat um die 50 Mitglieder. Zwar betätigen sich die auch als „Halloren“ bezeichneten Brüder nur noch beim Schausieden als Salzwirker. Aber sie halten die Traditionen der Salzwirker-Brüderschaft lebendig. Das trug ihnen die Aufnahme ins bundesweite Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes ein. Überdies hüten sie das materielle Erbe. Das verzeichnet noch immer Neuzugänge: So überreichte Halles der seinerzeit stellvertretende Oberbürgermeister Egbert Geier der Brüderschaft zum 500-jährigen Bestehen eine Fahne.

Das genaue Gründungsdatum der Brüderschaft ist unbekannt. Aber immerhin ist das Jahr überliefert. Der Königlich Preußische Geheime Regierungsrat und Salzgraf Johann Christoph von Dreyhaupt berichtet in seiner 1749 erschienenen Chronik, dass die Salzwirker mit Erlaubnis des Landesherrn Kardinal Albrecht von Brandenburg „Anno 1524 eine neue Brüderschaft zu Ehren der Jungfrau Marien angerichtet, und dazu allerley Ornat an silbernen Geschirren, Altar-Tüchern und Maßgewandten angeschafft“ hatten.

Aber schon bald sorgte Albrecht für grundlegende Veränderungen: Er ließ sich den Ornat aushändigen und wandelte die 1524 gegründete Betgemeinschaft 1525 in eine fromme Berufsgenossenschaft um, deren Mitglieder einander beistehen sollen. Das tun sie noch heute.

Der Salzgraf übte als Statthalter des Landesherrn die Aufsicht sowie die oberste Gerichtsbarkeit über die Salzarbeiter und deren „Pfänner“ genannte Dienstherren aus. Das Erzstift Magdeburg, zu dem Halle gehörte, fiel 1680 an das Kurfürstentum Brandenburg, das somit erstmals über eigene Solequellen verfügte. Allerdings waren die Methoden der Produktion von Siedesalz in den mehr als 100 „Kothlen“ genannten kleinen Siedehütten im Thale zu Halle rückständig.



Am Halloren- und Salinemuseum von Halle (Saale): Zwei Halloren mit einem von Friedrich dem Großen gestifteten Silberbecher

Zwei in der Wunderkammer der Franckeschen Stiftungen aufbewahrte Modelle aus dem frühen 18. Jahrhundert überliefern uns das Aussehen der Siedekothen.

König Friedrich Wilhelm I. eröffnete in Konkurrenz zur Saline im Thale zu Halle 1721 auf einer Insel in der Saale die mit großen Siedehallen ausgestattete Königlich Preußische Saline. Sie wurde 1868 der Pfännerschaft übergeben, die nun die Salzproduktion im Thale zu Halle aufgab. Seitdem ist der heute „Hallmarkt“ genannte Platz unterhalb der Marktkirche bis auf den mit Figuren aus Halles Geschichte geschmückten Brunnen wie leer gefegt. Die mit szenischen Reliefs ausgestatteten Bodenplatten aus Messing markieren die Lage der fünf stillgelegten Solebrunnen.

Der Sitz des Salzgrafen war das „Thalamt“. Von dem sind das um 1616 ausge-

schmückte Festzimmer und das 1594 verfallene Gerichtszimmer erhalten. Präsentiert werden sie im Kunstmuseum Moritzburg. In einer Vitrine des Gerichtszimmers sind historische „Hallorengläser“ zu sehen.

### Geschenk vom Großen Kurfürsten

Die einst beim festlichen Umtrunk genutzten Gläser sind mit einem Halloren-umzug in bunten Festkleidern, Salzwirkern in leichter weißer Arbeitskleidung oder einem Leichenbegängnis in schwarzer Tracht bemalt. Bis heute kann man Mitglieder der Salzwirker-Brüderschaft zum Grabgeleit engagieren.

König Friedrich Wilhelm IV. verbriefte der Brüderschaft 1843 das Recht zum Tragen einer Festkleidung. Die besteht aus einem schwarzen Dreispitz, einer „Latz“ genannten Weste mit 18 kugelförmigen

Silberknöpfen, deren unterster mit der schwarzen Kniebundhose verknüpft wird, und dem als „Pelz“ bezeichnetem blauen oder roten Mantel, den lediglich ein am Kragen sitzender Haken zusammenhält. Dazu werden weiße oder blaue Strickstrümpfe und schwarze Lederschuhe mit Silberschnalle getragen.

An Abwandlungen erkennt man Halloren mit besonderem Amt. Der Hauptmann zum Beispiel hat weiße Reihferdern am Rand des Dreispitzes und trägt weiße Schnallenschuhe. Er behält seinen Rang auf Lebenszeit. Hingegen wird der Erste und Regierende Vorsteher alle zwei Jahr neu gewählt. Er trägt einen schwarzen „Pelz“, an dem der der Brüderschaft von König Friedrich Wilhelm III. 1814 verliehene Verdienstorden 1. Klasse hängt.

Die Wahl der Vorsteher erfolgt in ungeraden Jahren und wird sodann beim

„Pfungstbier“ gefeiert. Bei diesem Fest führen blumenbekränzte Halloren den „Zappeltanz“ auf. Die Tanzpaare stemmen die Hände in die Hüften, hüpfen umeinander herum und versuchen, dem Gegenüber ein Bein zu stellen. Beim Umtrunk kommen die kostbaren Becher aus dem Silberschatz der Halloren zum Einsatz. Die 95 Becher sind Geschenke zum Dank für geleistete Hilfe oder vom neuen Landesherrn, nachdem die Halloren ihm gehuldigt hatten. Begründer dieser Sitte war 1681 der Große Kurfürst: Friedrich Wilhelm schenkte nach seiner Huldigung zwei mit Münzen gefüllte Silberbecher.

Öffentliche Auftritte hat die Brüderschaft alljährlich beim Laternenfest mit Fischerstechen und dem Salinefest mit Schausieden. In geraden Jahren feiern die Halloren das „Sonnen“. Dabei werden die Fahnen und historischen Waffen wie die ihnen von Friedrich dem Großen verliehenen Degen in die Sonne gelegt.

Mit dem Preußenkönig begann der Brauch, dass eine Abordnung der Halloren dem Landesherrn Neujahrsgrüße sowie geräucherte Wurst, „Schlackwurst“ genannt, und eine Pyramide aus Siedesalz mit hineingesteckten Soleiern überbringt. In unseren Tagen kommen die Neujahrsgrüße mindestens einmal dem amtierenden Bundespräsidenten sowie alljährlich Halles Oberbürgermeister und dem Rektor der Universität zu.

Nach Kräften trägt die Brüderschaft zum Erhalt der baufälligen gotischen Moritzkirche bei. Zu besonderen Anlässen wie der Wahl neuer Vorsteher versammeln sich die Halloren mit ihren Familien in der Kirche. Am Sonnabend vor dem dritten Advent gedenken sie hier ihrer Verstorbenen. Früher bewahrten sie in der Sakristei ihre wertvolle Habe auf. Derzeit werden zwei große Hallen der 1967 stillgelegten Saline als Salinemuseum hergerichtet, das Ende dieses Jahres mit den Schätzen der Salzwirker-Brüderschaft eröffnet werden soll.

● [www.hallore.de](http://www.hallore.de), [www.salinemuseum.de](http://www.salinemuseum.de), [www.kunstmuseum-moritzburg.de](http://www.kunstmuseum-moritzburg.de), [www.francke-halle.de](http://www.francke-halle.de)

### AUSSTELLUNG

## Ein farbiges „Ausschwärmen ins Leben“

Prämierte Naturaufnahmen – Das Landesmuseum Darmstadt präsentiert die schönsten Fotos von großen und ganz kleinen Wildtieren

Eine Auswahl der besten Tier- und Naturfotografien des vergangenen Jahres zeigt derzeit das Hessische Landesmuseum Darmstadt. Erstmals 1965 zeichnete das Natural History Museum in London die besten Naturfotografen im Rahmen des Wettbewerbs „Wildlife Photographer of the Year“ aus. Anlässlich des 60. Jubiläums gehört das Darmstädter Museum zu den ausgewählten Häusern, welche die 100 besten Beiträge des aktuellen Wettbewerbs präsentieren dürfen. Unter fast 60.000 Einreichungen aus 117 Ländern wurden die Preisträger von einer internationalen Jury ausgewählt. Die Fotografien stammen sowohl von Profis wie Hobbyfotografen. Sogar Kinder und Jugendliche hatten sich beteiligt, sodass in der Schau auch engagierte Arbeiten von zehn- bis 17-Jährigen zu sehen sind.

„Naturfotograf des Jahres“ wurde der Fotojournalist Shane Gross. Der Kanadier ist ein Spezialist für Unterwasserfotogra-

fie und zudem Mitglied in der internationalen Vereinigung für Naturschutzfotografie. Seine Arbeit „Ausschwärmen ins Leben“ zeigt einen großen Schwarm von

Kaulquappen unter einem Teppich aus Seerosen. Vorausgegangen war harte Arbeit: Mehrere Stunden hatte Gross für die Aufnahme in einem See geschnorchelt.

Als „Junger Naturfotograf des Jahres“ wurde der 17-jährige Alexis Tinker-Tsavalas ausgezeichnet. Der junge Berliner entdeckte während des COVID-Lockdowns die Natur seiner Nachbarschaft. Er wurde Mitglied der Wissenschaftsplattform „iNaturalist“ und koordiniert seither die „Berlin City Nature Challenge“. Seit 2021 beschäftigt er sich mit Makrofotografie. Und so zeigt sein Wettbewerbsbeitrag einen nur zwei Millimeter großen Kugelspringer neben dem Fruchtkörper eines Schleimpilzes, den er beim Umdrehen eines Baumstamms entdeckte.

Die Arbeiten sind thematisch sehr vielfältig und durchweg beeindruckend. So erschuf der Australier Justin Gilligan ein Mosaik aus den 403 Plastikteilen, die im Magen eines Seevogels gefunden wurden. Der Brite Matthew Smith fing einen unter dem antarktischen Eis neugierig zuschwimmenden Seeoparden ein. Der Spanier Jaime Culebras erwischte einen

Frosch, der sich einen Frosch einer anderen Gattung einverleibte. Ein Sinnbild für das Fressen und Gefressen-Werden. Danu Pharan fotografierte eine friedlich schlafende Gruppe von Elefanten in Südindien aus der Luft. Igor Metelskyi fing einen sich in der Abendsonne streckenden russischen Luchs ein. Wächterschnepfen kamen Agnieszka Florczyk am schlesischen Fluss Bartsch vor die Linse. Und Jan Leßmann aus Mecklenburg-Vorpommern zeigt eine niedrig über Seerosenblätter gleitende Rauchschnepfe. Jedes einzelne Foto ist eine faszinierende Hommage an die Natur.

Claus-M. Wolfschlag



Ein nur zwei Millimeter großer Winzling: Kugelspringer vor einer Schleimpilzfrucht

● Die Ausstellung „Wildlife Photographer of the Year“ ist noch bis 30. März im Landesmuseum Darmstadt, Friedensplatz 1, zu sehen. Geöffnet ist Dienstag, Donnerstag und Freitag von 10 bis 18 Uhr, Mittwoch bis 20 Uhr und am Wochenende bis 17 Uhr. Eintritt: 6 Euro. [www.himd.de](http://www.himd.de)

## AFRIKA UND ASIEN

# Warum die Arabische Liga so machtlos ist

22 Mitglieder mit zusammen über 400 Millionen Einwohnern: Vor 80 Jahren wurde die Organisation in Kairo gegründet

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nach der Französischen Revolution gewann der Nationalismus im 19. Jahrhundert zunehmend an Bedeutung. Das gilt auch für Arabien. Der arabische Nationalismus richtete sich insbesondere gegen die als Fremdherrschaft begriffene Herrschaft der Osmanen. Die Westmächte machten sich das im Ersten Weltkrieg zunutze. Sie versprachen den Arabern Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, wenn sie denn die Entente im Kampf gegen das Osmanische Reich unterstützten. Nach dem Kriegsende bekamen die Araber von den Siegermächten jedoch nicht ein eigenes Reich, sondern britische und französische Kolonialherrschaft sowie jüdische Immigranten.

Im Zweiten Weltkrieg versuchten die Briten in gewisser Weise ihre Strategie vom Ersten zu wiederholen. Wieder versuchten sie, die Araber auf ihre Seite zu ziehen, diesmal allerdings nicht gegen die Osmanen, sondern gegen die in Nordafrika vorrückenden Deutschen und Italiener. Hierzu ermunterte der britische Außenminister Anthony Eden die Araber, eine politische Einheit zu bilden. Er verband damit die Hoffnung, dass diese den langfristigen Interessen des Empire in der Region diene.

Allerdings hatten die einzelnen arabischen Staaten sehr unterschiedliche Vorstellungen von ihrem Zusammenschluss. Schließlich gelang es dem Königreich Ägypten, eine Vermittlerrolle einzunehmen und die Schaffung einer lockeren multifunktionalen Föderation in die Wege zu leiten. Die Gründung dieser Liga der Arabischen Staaten (LAS, Arabische Liga) erfolgte am 22. März 1945 mit der Unterzeichnung ihrer Charta, die am 11. Mai des Jahres in Kraft trat.

## Dreimal so groß wie die EU

Gründungsmitglieder waren neben Ägypten der Irak, Saudi-Arabien, der Jemen, Transjordanien, Libanon und Syrien. Dazu kamen bis 1993 noch 14 weitere Länder in Afrika und Vorderasien sowie die von 146 UN-Mitgliedern als Staat anerkannten Palästinensergebiete. Damit nehmen die Staaten der Arabischen Liga heute eine Fläche ein, die dreimal so groß ist wie die der Europäischen Union,



Am Nachmittag des 22. März 1945 in Kairo: Die saudische Delegation unterzeichnet die Charta der Arabischen Liga

jedoch zum erheblichen Teil aus Wüstengebieten besteht.

Zwar verfügt die Arabische Liga über gigantische Erdöl- und Erdgasvorkommen – so stammt fast die Hälfte des weltweit geförderten Rohöls aus Mitgliedstaaten wie Saudi-Arabien, dem Irak und Kuwait –, doch konnte sie diesen Ressourcenreichtum bislang nicht dazu nutzen, um ihr politisches Hauptziel, die Vernichtung Israels zugunsten eines größeren Palästinenserstaates, zu erreichen. Die drei großen Kriege der Arabischen Liga gegen Israel in den Jahren 1948/49, 1967 und 1973 endeten allesamt mit Niederlagen, welche die internationale Position der arabischen Seite immer mehr schwächten und zudem noch schwere innere Krisen auslösten. Da half es auch nichts, dass die Arabische Liga unablässig an ihrer Politik der „Drei Neins“ festhielt: Nein zum Frieden mit Israel, Nein zur Anerkennung Israels und Nein zu Verhandlungen mit Israel.

Und auch sonst ist das politische Gewicht der Liga, die inzwischen über 400 Millionen Menschen repräsentiert, eher gering, obwohl sie zahlreiche Unterorganisationen wie den Rat für Arabische Wirtschaftseinheit, die Arabische Wirt-

schaftsentwicklungsbank und den Arabischen Währungsfonds zur Einführung einer einheitlichen Währung aus der Taufe hob, um auf der Weltbühne mitspielen zu können.

Ein Grund für das eher geringe politische Gewicht ist das ebenfalls eher niedrige Bruttoinlandsprodukt (BIP). Zum Vergleich: Das BIP der Europäischen Union ist etwa sieben Mal so hoch.

Eine weitere Schwachstelle ist die Stabilität beziehungsweise Instabilität der Mitgliedstaaten. In fast allen gibt es innere Probleme, die teilweise sogar zu Bürgerkriegen führten. Das liegt unter anderem am Vorhandensein autoritärer Regime und den zahlreichen unauflösbaren sozial-religiösen Spannungen.

Ein dritter Grund für die vergleichsweise geringe Schlagkraft der Arabischen Liga ist die Unterschiedlichkeit ihrer Mitglieder. Katar, Oman und Saudi-Arabien sind nach wie vor absolute Monarchien, während in Bahrain, Jordanien, Kuwait

und Marokko die Macht der Könige oder Emire nun zumindest durch eine Verfassung eingeschränkt ist. Dem gegenüber stehen Präsidentialrepubliken wie Algerien, Dschibuti, der Jemen, die Komoren, Mauritien, Somalia und Tunesien sowie die parlamentarischen Republiken Irak und Libanon. Dazu kommen nicht demokratisch legitimierte Übergangsregierungen in Ägypten und Syrien sowie die Wahlmonarchie in den Vereinigten Arabischen Emiraten und der von einer Militärjunta beherrschte Sudan.

## Ein Siebtel des EU-BIP

Aus diesem Gemenge ganz unterschiedlicher politischer Systeme mit stark divergierenden Vorstellungen über den Kurs der Arabischen Liga resultieren zahlreiche Streitigkeiten innerhalb der Organisation. Selbst in der Frage der Haltung gegenüber Israel herrscht schon lange keine Einigkeit mehr, seit der ägyptische Präsident Anwar as-Sadat 1979 einen Friedensvertrag mit dem jüdischen Staat schloss.

Sehr unterschiedlich sind die Mitglieder der Arabischen Liga nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch. Das BIP von Saudi-Arabien betrug 2024 rund eine Billion US-Dollar, während die Komoren gerade einmal auf 1,3 Milliarden kamen. Ebenfalls groß sind die Unterschiede beim Pro-Kopf-Einkommen. Dieses liegt im Falle des Spitzenreiters Katar bei 80.000 US-Dollar pro Jahr und beim Schlusslicht Somalia bei etwa 600.

Eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit könnte für eine Erhöhung und eine Angleichung des Wohlstands sorgen. Dem stehen jedoch nationale Eigeninteressen gegenüber. Da stellen bislang eingeleitete Projekte wie die Arab Gas Pipeline von Ägypten nach Jordanien und Syrien sowie in den Libanon und die Greater Arab Free Trade Area (GAFTA) zur Erleichterung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten der Arabischen Liga Ausnahmen dar, welche die Regel bestätigen. Vor diesem Hintergrund dürfte auch das nun von der Arabischen Liga abgesegnete ägyptische Konzept für den Wiederaufbau des Gazastreifens durch die arabischen Staaten, das einen Gegenentwurf zu Donald Trumps Vorschlägen darstellen soll, wenig Chancen auf Realisierung besitzen.



In Grün: Die Mitglieder der Arabischen Liga

Bild: Danalmoos

## RUKLA

# Wo die Bundeswehrbrigade in Litauen stationiert sein soll

Im Litauens größtem Militärstandort wurde 1930 eines der größten Militärlager des Landes eingerichtet – Die Rote Armee folgte

Die NATO Multinational Battlegroup Lithuania ist ein Kampfverband des Nordatlantikpaktes im litauischen Rukla, der seit Mai 2017 besteht. Er setzt sich aus rotierenden Truppenteilen aus den USA, Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Kroatien, Norwegen und Luxemburg zusammen. Die Einsatzgruppe steht unter Führung der Bundeswehr, die ebenfalls Truppenteile des Verbandes stellt.

Die Entscheidung von 2023, eine deutsche Brigade dauerhaft nach Rukla zu verlegen, war eine historische, sowohl für Deutschland als auch für Litauen. Sie spiegelt die Verpflichtung der NATO zur kollektiven Verteidigung wider und ist Teil der regionalen Verteidigungspläne des Bündnisses, die auf dem NATO-Gipfel in Wilna im Juli 2023 gebilligt wurden.

Die 45. Panzerbrigade der Bundeswehr wird mit drei Manöverbataillonen und allen notwendigen Unterstützungseinheiten einschließlich Kampfunterstützungs- und Versorgungseinheiten nach Litauen verlegt und dort dauerhaft stationiert. Die Verlegung der 3000 Soldaten zählenden Brigade wird schrittweise bis 2026 erfolgen. Die volle Kampffähigkeit der Brigade soll im Jahr 2027 erreicht sein.

Rukla ist Litauens größte Militärstandort. Bereits 1930 wurde dort eines der größten Lager der litauischen Armee eingerichtet. Während der sowjetischen Besetzung war Rukla der größte Stützpunkt erst der Roten und dann der Sowjetarmee in Litauen. Eine Panzerbrigade, ein Infanteriebataillon und eine Flieger-einheit waren dort stationiert. Die Stadt war ein Ausbildungszentrum für Solda-

ten, die für den Einsatz in Afghanistan vorgesehen waren. Während der Sowjetzeit wurde Rukla besondere Aufmerksamkeit zuteil. Dort entstand ein Wohnblock nach dem anderen für die Familien der sowjetischen Militäroffiziere. Die Stadt wurde abgeriegelt, und Zivilisten durften sie nicht betreten.

Nach dem Zerfall der UdSSR 1991 gingen einige der Gebäude in Privatbesitz über und einige der Wohnblocks wurden soziale Brennpunkte, die von der Gemeinde übernommen wurden. Dort wuchsen Kriminalität, Rechtlosigkeit und Arbeitslosigkeit, eine Gefahr für die öffentliche Ordnung. Heute sind in Rukla vier litauische Militäreinheiten stationiert, welche die Garnison Rukla bilden. Die Stadt hat heute zweieinhalbtausend Einwohner. Dreimal so viele Pendler arbeiten dort.

Zu Sowjetzeiten gab es auf dem Gelände des Armeestützpunkts kein Gotteshaus, und hätte es dort nach der Sowjetideologie auch gar nicht geben dürfen. Stattdessen befand sich die Kirche (Kappelle) der Heilig-Geist-Pfarrei in Rukla auf dem Gelände des städtischen Kulturhauses. Die Messen werden heute auch in einer Halle des Ausbildungsregiments Rukla gefeiert. Seit 2001 wird die Heilig-Geist-Gemeinde in Rukla von Pater Arnoldas Valkauskas geleitet, der als Major zugleich Militärseelsorger der Garnison ist. Valkauskas ist in ganz Litauen nicht nur als Geistlicher, sondern zudem als Exorzist (Teufelsausreiber) bekannt. Tausende Menschen strömen zu seinen Gottesdiensten.

In Rukla ist in den 1990er Jahren in den leeren sowjetischen Wohnblöcken ein Auffanglager für Asylsucher eingerich-

tet worden. Zunächst kam das Gros der Asylsucher aus Tschetschenien. Häufig verursachte das Probleme mit der einheimischen Bevölkerung. Seit einigen Jahren kommen die meisten Asylsucher aus Syrien und dem Nahen Osten. Seitdem sind Konflikte seltener geworden, aber Zwischenfälle mit Asylsuchern und Einheimischen gibt es weiter. „Für die Flüchtlinge ist Litauen ein Sprungbrett in andere Länder. Deshalb erfinden sie, solange sie hier sind, oft imaginäre Vorfälle und Konflikte, um zu beweisen, dass sie, wenn sie schon nicht in ihrem Heimatland, so doch in ihrem erstem Aufnahmeland Litauen verfolgt wurden“, sagte der Bürgermeister von Rukla kürzlich einer litauischen Zeitung. Alles in allem birgt der Bundeswehrstützpunkt in Rukla ein hohes Potential an Konflikten. Dabei ist der drohende militärische nur einer von vielen. *Bodo Bost*

VON JENS EICHLER

Zu wählen ist ein demokratisches Grundrecht. Es ist eine Basis der Demokratie und damit Recht und ebenso ein Stück weit Bürgerpflicht eines jeden Staatsbürgers, der das Glück hat, in einer funktionierenden Demokratie zu leben. Während in Deutschland allein bei der Bundestagswahl 2025 rund 20 Prozent der 59,2 Millionen Wahlberechtigten nicht zur Wahl gingen – das entspricht knapp zwölf Millionen –, würden andere für dieses Recht wiederum sogar ihr Leben opfern. Wie beispielsweise Jimmy Lee Jackson, ein junger Schwarzer aus Selma im US-Bundesstaat Alabama.

US-Präsident Lyndon B. Johnson hatte noch im Juli 1964 den Civil Rights Act unterzeichnet. Ein Bürgergesetz, das Diskriminierung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder Herkunft verbietet und insbesondere das Wahlrecht diesbezüglich mit einbezieht. Doch sah die Realität oftmals anders aus. Gerade die Südstaaten mit ihrer langjährigen Geschichte der Sklavenehaltung von schwarzen Menschen taten sich schwer mit der Umsetzung des Gesetzes, vielmehr versuchten die Weißen die gesetzlichen Vorschriften zu umgehen.

So knüpfte man in Alabama beispielsweise an die Wahlberechtigung ein paar Bedingungen und ließ sich perfide Tests einfallen: Die Steuerklasse wurde ebenso bewertet wie Lese- und Schreibkenntnisse sowie Wissens- und Verständigungsprüfungen. Ziel war es, schwarze Wähler aufgrund des niedrigen Bildungsniveaus von der Wahl fernzuhalten. Und sollte es doch mal einer schaffen, dann half der Ku-Klux-Klan (KKK) schlagkräftig nach. Auch die Polizei ging nicht zimperlich zu Werke, sondern knüppelte eisenhart auf Schwarze ein, die nur ihr Wahlrecht ausüben oder sich registrieren lassen wollten. Von damals rund 1,3 Millionen in Alabama lebenden Schwarzen waren nur 15.000 – eben wegen der Steuerklasse – auf dem Papier wahlberechtigt, doch nur 300 Schwarzen registriert.

Als eine Gruppe Afroamerikaner im Februar 1965 gegen die Repressalien friedlich demonstrieren wollte, gingen Polizei und KKK-Anhänger derart brutal auf die Demonstranten los, dass der Diakon Jimmy Lee Jackson an den Folgen seiner ihm zugefügten schweren Verletzungen starb.

Es brodelte. Denn was nützten Gesetze, wenn die Mehrheit nicht davon profitieren konnte? Eine Volkszählung in Alabama hatte nur wenige Monate zuvor deutlich gemacht, wer in diesem Bundesstaat die Mehrheit besaß: Rund 57 Prozent der Einwohner waren Schwarze.

#### Polizei als Horde brutaler Schläger

Der Widerstand formierte sich bereits wenige Tage nach dem Tod von Jackson. Man wollte die Unterdrückung und das Verweigern der Grundrechte zulasten der Schwarzen nicht mehr länger erdulden. Kurzerhand wurde man am 7. März aktiv. Ein friedlicher, unbewaffneter Protestmarsch setzte sich in Selma Richtung Alabamas Hauptstadt Montgomery in Bewegung. Doch weit kamen die versammelten etwa 600 Bürgerrechtler nicht. Kurz hinter der Edmund-Pattus-Brücke, die ironischerweise nach einem KKK-Mitglied benannt ist und wenige Kilometer hinter der Stadtgrenze Selmas als Highway 80 über den Alabama River führt, war Schluss.

Denn dort wartete John Cloud, der Bürgermeister von Selma. Er forderte die Menge zum Umkehren auf und erinnerte sie daran, dass die Versammlung nicht genehmigt sei. Als die Demonstranten nicht sofort umdrehten, schlug Sheriff Jim Clark, der eine Eskalation der Situation kaum erwarten konnte, mit seinen Kollegen zu. Clark, ein hasserfüllter Rassist, Mitglied der Demokratischen Partei (bis zu seinem Tod 2007) und absoluter Verfechter der Rassentrennung, ließ ohne Vorwarnungen brutal auf die in Panik geratenden Demonstranten einprügeln. So



Im dritten Anlauf klappte es: Der Marsch am 21. März 1965 mit Martin Luther King (Mitte) kurz vor dem Ziel, dem State Capitol Building in Alabamas Hauptstadt Montgomery  
Bild: picture-alliance/dpa/UPI

#### US-BÜRGERBEWEGUNG

## Vier-Tage-Marsch in die Freiheit

Wille, Glaube und das Recht siegten beim berühmten Marsch von Selma nach Montgomery über blutigen Rassismus

gar unter Strom stehende Viehtreiber kamen zum Einsatz ebenso wie Tränengas. Frauen, Jugendliche, wehrlose auf dem Boden liegende Männer – immer wieder traten und schlugen die Beamten rücksichts- und hemmungslos zu. Nicht umsonst ging dieser für die USA traurige Tag als „Bloody Sunday (blutiger Sonntag) in die Geschichte ein.

Doch auch nach diesem furchtbaren Geschehnis will man sich nicht unterkriegen lassen, will Rechtlosigkeit nicht mehr länger hinnehmen. Und so versuchen es die Protestler nur zwei Tage später, am 9. März, erneut. Gleiche Route, gleiches Ziel – man will nach Montgomery vor das dortige Rathaus ziehen. Einen Unterschied gibt es allerdings beim zweiten Anlauf doch. Diesmal ist der berühmte Friedensnobelpreisträger und Bürgerrechtler Martin Luther King mit von der Partie und läuft in der ersten Reihe.

Doch auch vor seiner Anwesenheit knicken die Offiziellen von Selma, allen voran Sheriff Clark und seine blutrünstige Beamtenmeute, nicht ein. Die Demonst-

ration wird gestoppt, eingekesselt, und bevor die Situation erneut eskaliert, drehen die Protestler um. Dabei werden laut Gebete aufgesagt und gesungen.

#### Vom Richter genehmigter Marsch

Doch immer noch ist Aufgeben keine Option. Und auch King sowie andere namhafte schwarze Bürgerrechtler bleiben treu an der Seite der sich formierten Bewegung. Am 21. März soll es dann im dritten Anlauf endlich klappen. Wieder startet der Marsch von Selma nach Montgomery. Tausende sind auf der Straße. Diesmal aber nicht nur Schwarze, auch Weiße mischen sich unter die Demonstranten. Priester, Funktionäre und ebenso anständige weiße Bürger aus allen Teilen der USA. Noch etwas ist diesmal anders: Ein Richter hat den Marsch offiziell genehmigt und in Washington ist man hellhörig geworden und hat Armee und Nationalgarde zum Schutz der Demonstranten nach Alabama geschickt. Und diesmal kommen sie alle an – heil, unversehrt. Am 24. März wird das Ziel nach 86 Kilometern

erreicht. 25.000 Menschen stehen nun vor dem State Capitol Building von Montgomery und hören ihr Idol, Martin Luther King Jr., sagen: „... die Welt weiß heute, dass wir hier sind und vor den Mächtigen in Alabama stehen. Und niemand wird uns dazu bringen umzukehren!“

Fünf Monate später unterzeichnete Präsident Johnson ein neues Wahlrechtsgesetz – den Civil Voting Act. Es war ein Erfolg, der dem Durchhalten der Bürger von Selma zu verdanken ist. Es war ein erster Schritt, wenngleich der Weg noch weit war. Denn im Zusammenhang mit den Märschen starben zwei weitere Menschen. Der Geistliche James Reeb wurde nach dem zweiten Marsch von KKK-Mitgliedern ermordet. Später werden die Täter von einer komplett weißen Jury freigesprochen. Am 25. März ermorden Mitglieder des Klans zudem Viola Fauver Liuzzo. Sie hatte Teilnehmer des dritten Marsches von Montgomery nach Selma zurückgefahren. Ihre Mörder wurden wegen „Verletzung ihrer Bürgerrechte“ zu jeweils zehn Jahren Haft verurteilt.



„Bloody Sunday“: Am 7. März 1965 knüppelte die Polizei von Selma mit KKK-Anhängern die friedliche Demonstration brutal und blutig nieder  
Bild: picture alliance/UPI/UPI

#### BIOWAFFEN

## Nicht nur ihr Einsatz ist verboten

Die Grausamkeit des Giftgaseinsatzes im Ersten Weltkrieg schockte die Welt. Besonders betroffen war Frankreich, das zu den Ländern gehörte, welche die ersten Opfer zu beklagen hatten. Vor diesem Hintergrund setzte es sich auf der vom 4. Mai bis zum 17. Juni 1925 tagenden Genfer Konferenz zur Überwachung des internationalen Waffenhandels erfolgreich für die Verabschiedung eines Protokolls zum Verbot des Einsatzes von C-Waffen ein. Auf Anregung Polens wurde der Geltungsbereich des Genfer Abkommens vom 17. Juni 1925 auf bakteriologische Waffen ausgeweitet.

Im Zweiten Weltkrieg haben sich die kriegsführenden Mächte überwiegend an dieses Verbot gehalten. Trotzdem oder deshalb kam nach dem Krieg der Wunsch auf, das Verbot nicht nur auf den Einsatz zu beschränken. Das Abrüstungskomitee der Vereinten Nationen arbeitete daher im Auftrag der UN-Vollversammlung einen Entwurf für ein weitergehendes Verbot aus.

Nun gelten B-Waffen, die sich weniger gezielt einsetzen lassen und deren Wirkung erst mit Zeitverzögerung eintritt, als militärisch weniger relevant denn C-Waffen, und so ließ sich über eine Ausweitung des Verbotes bezüglich biologischer Waffen schneller eine Einigung erzielen als hinsichtlich chemischer. Folglich ist die Chemiewaffenkonvention denn auch gute zwei Jahrzehnte jünger als die Biowaffenkonvention. Erst am 3. September 1992 wurde das Übereinkommen über



185 Staaten (grün) sind mittlerweile Vertragsparteien des Abkommens

das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen unterzeichnet. Am 29. April 1997 trat es in Kraft.

Die Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen wurde hingegen bereits am 16. Dezember 1971 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen angenommen. Seit dem 10. April 1972 liegt sie zur Ratifizierung bereit. Vor einem halben Jahrhundert, am 26. März 1975, trat sie in Kraft.

Mit dem Beitritt des Südsudan am 15. Februar 2023 ist die Zahl der Vertragsparteien des Abkommens auf 185 angewachsen. Wie die anderen vier ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gehören auch die USA dazu.

An der Führungsmacht der westlichen Welt ist indes 2001 eine Einigung auf einen wirklichen Kontrollmechanismus gescheitert. Damals regierte der republikanische Präsident George W. Bush. Doch an ihm und seiner Partei lässt sich das Problem nicht festmachen. So weigerte sich auch sein demokratischer Nachfolger Barack Obama, die Diskussion um ein Verifikationsregime wieder aufzunehmen. Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

**A**ngesichts der Eskalation der Berlin-Krise rief der US-amerikanische Präsident John F. Kennedy seine Landsleute im Herbst 1961 dazu auf, Atombunker auf ihren Grundstücken zu errichten. Diesem Appell folgten aber letztlich nur drei Prozent aller Haushalte in den Vereinigten Staaten, was neben den Kosten auch am allmählichen Verfliegen der Atomkriegshysterie lag. In unseren Tagen jedoch gelten nukleare Angriffe vielen Menschen wieder als ähnlich denkbar wie in den heißesten Phasen des Kalten Krieges.

So befragte die Washingtoner Denkfabrik Atlantic Council 357 Experten aus 47 Ländern, wie die Welt in zehn Jahren aussehen könnte. Darauf äußerten 48 Prozent der Konsultierten ihre Überzeugung, dass es bis 2035 zu einem Einsatz von Atomwaffen kommen werde. Vor diesem Hintergrund wächst nun auch das Interesse an unterirdischen Zufluchtsmöglichkeiten für die Allgemeinbevölkerung im Falle von Atomschlägen. Dabei gibt es zwei Länder, welche bereits in der Vergangenheit dafür sorgten, dass sie in ausreichendem Maße Atombunker besitzen. Das sind Finnland und die Schweiz.

In unserem südlichen Nachbarland entstanden seit der Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes im Jahr 1962 370.000 Schutzräume mit Platz für 9,3 Millionen Menschen. Dafür hat das Bundesamt für Zivilschutz zwölf Milliarden Franken investiert, was in Euro etwas mehr als der gleichen Summe entspricht. Weil die Schweiz nur 8,9 Millionen Einwohner hat, liegt der Deckungsgrad bei mehr als 100 Prozent, weshalb hier vom „Goldstandard“ beim Bunkerbau die Rede ist.

#### Zuckerberg baut sich Superfestung

Ähnlich stellt sich die Situation in Finnland dar, wo seit dem Zweiten Weltkrieg alle öffentlichen Gebäude und größeren Häuser Schutzräume haben müssen, die vielfach bis zu 30 Meter tief in den Granitboden hinabreichen. In den rund 500 Bunkern allein in Helsinki sollen ebenfalls deutlich mehr Menschen unterkommen können, als in der finnischen Hauptstadt leben. Recht engagiert ist man derzeit außerdem in Estland. Hier entstehen seit 2022 neue, mit blauen Dreiecken auf orangefarbenem Untergrund gekennzeichnete Schutzräume.

Dagegen beschränkt sich der beginnende Bunker-Boom in den USA bislang eher auf die Superreichen. So lässt sich der Gründer und Vorstandsvorsitzende des US-Internetkonzerns Meta Platforms, Mark Zuckerberg, der mit seinem derzeitigen Vermögen von 177 Milliarden US-Dollar der vierreichste Mensch der Welt ist, auf der Hawaii-Insel Kauai eine Festungsanlage errichten, zu der auch ein 460 Quadratmeter großer atomschlagsi-



In Friedenszeiten als Schwimmbad genutzt: Schutzbunker unter der finnischen Hauptstadt Helsinki

Bild: City of Helsinki Image Bank/Olli Häkämies

#### KRIEGSGEFAHR

## Beim Schutz der Bevölkerung ist Deutschland ein Entwicklungsland

Im Unterschied zur Schweiz oder zu Finnland steht die Bundesrepublik in Sachen Schutzräume gegen Massenvernichtungswaffen praktisch nackt da – Und Besserung ist kaum in Sicht

cherer Bunker gehört – Kostenpunkt des Ganzen: mehr als 270 Millionen US-Dollar. Die einfachen Leute in den Vereinigten Staaten investieren im Vergleich dazu deutlich weniger in ihre Sicherheit. Einem Marktforschungsbericht der Agentur BlueWeave Consulting zufolge gaben sie 2024 ganze 137 Millionen Dollar für Schutzräume aus.

Noch prekärer ist die Situation in Deutschland, das sich auf dem Gebiet des Schutzes der Bevölkerung vor Angriffen mit Massenvernichtungswaffen heute als Entwicklungsland präsentiert. Zwar verordnete die Bundesregierung 1972: „Schutzbauten sollten für die gesamte Bevölkerung in Stadt und Land vorhanden und schnell erreichbar sein“, doch passiert ist bis zur formellen Einarbeitung des Schutzraumprogramms im Jahr 2008 so gut wie gar nichts. Und dann kam es sogar zu einer unkontrollierten „Rückabwicklung von öffent-

chen Schutzräumen“. Die Folge ist, dass von den einstmals zur Verfügung stehenden 1967 Bunkern für 1,6 Millionen Zivilpersonen nach Angaben des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) lediglich noch 579 mit knapp 500.000 Plätzen zur Verfügung stehen – und das bei einer Einwohnerzahl von mehr als 83 Millionen.

#### Schwammiges Konzept

In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Abgeordneten Thorsten Lieb, Christoph Meyer und Otto Fricke teilte die Bundesregierung am 20. Januar dieses Jahres zudem mit: „Eine unverzügliche Nutzung der 579 noch gewidmeten öffentlichen Schutzräume auf seinerzeit errichtetem Schutzniveau ist aufgrund fehlender Ersatzbeschaffungen von Ausrüstungen sowie eingestellter Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten nicht möglich. Die Anlagen sind weder funktions- noch

einsatzbereit.“ Offenbar, um diesen beunruhigenden Umstand zu beschönigen, heißt es dann: „Im Gegensatz ... zu den Zeiten, als die noch bestehenden Schutzräume ... gebaut wurden, würde es heutzutage im Falle von Raketen- oder Drohnenangriffen zu deutlich kürzeren Vorwarnzeiten kommen, die im Bereich von wenigen Minuten liegen ... Daher bedarf es der Identifizierung von nähergelegenen Schutzmöglichkeiten.“ Daher prüfe die Bundesregierung „eine möglichst flächendeckende Verfügbarkeit von in Selbstschutz ertüchtigten Schutzräumen, insbesondere in Kellern von Wohnungen, Geschäften, Betrieben und öffentlichen Einrichtungen“.

Dazu sei im November 2024 eine „Bund-Länder-Arbeitsgruppe Schutzraumkonzept“ gegründet worden, welche die von ihr „hinsichtlich Nutzeneffizienz und Kosten stufenweise konzipierten und abgestimmten ... Konzeptbausteine je-

weils zeitnah ... veröffentlichen“ solle. Das klingt extrem schwammig, und dürfte zu dem auch nichts bewirken.

Zudem liegt Alicia Sanders-Zakre von der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen wohl richtig, wenn sie konstatiert: „Bunker sind in Wirklichkeit kein Mittel, um einen Atomkrieg zu überleben, sondern ein Mittel, um die Bevölkerung in die Lage zu versetzen, die Gefahr eines Atomkriegs psychisch zu ertragen.“ Doch auch mit Placebos lässt sich bekanntlich gutes Geld verdienen. Ein Beispiel ist das Deutsche Schutzraum-Zentrum, ein Unternehmen aus Fürstentum Bruck, welches modulare Fertigteilbunker aus Stahlbeton in den Ausführungen Kompakt, Standard und Groß für sechs bis zwölf Personen anbietet, wobei der Preis von den Gegebenheiten vor Ort abhängt. Auf jeden Fall gehört zum Lieferumfang stets ein Trockenklo zum entspannten Aussitzen des Weltuntergangs.

#### INTERNET

## Die Sucht nach dem Übel in der Welt

„Doomscrolling“: Die geradezu zwanghafte Suche nach unheilvollen Nachrichten im Netz kann krank machen

Während der Corona-Pandemie verbreitete sich nicht nur das Virus SARS-CoV-2, sondern auch das sogenannte Doomscrolling. „Doom“ steht dabei für „Verhängnis“, „Verderben“ und „Untergang“, während „scrolling“ den Vorgang des schnellen Verschiebens von Bildschirmhalten beschreibt. Also wird mit „Doomscrolling“ das übertriebene oder zwanghafte Konsumieren negativer Nachrichten im Internet beschrieben.

Warum Menschen hierzu neigen, hat verschiedene Gründe. Grundsätzlich konzentriert sich unser Gehirn stärker auf negative Reize als auf positive. Das ist ein Ergebnis der Evolution. Potentiellen Bedrohungen und Gefahren bevorzugt Auf-

merksamkeit zu schenken, sicherte in der Frühzeit das Überleben des Homo sapiens, und tut es noch heute. Zudem erzeugt das Doomscrolling eine Illusion von Kontrolle, welche besonders während der Corona-Pandemie unverzichtbar war, weil diese bei den meisten Menschen mit dem Erlebnis des Kontrollverlustes einherging. Wenn wir ständig schlechte Nachrichten verfolgen, glauben wir nicht nur, besser informiert, sondern auch besser vorbereitet zu sein, wenn es gefährlich wird.

Und schließlich neigen viele Menschen heute dazu, sich in der endlosen Suche nach Antworten auf schwierige, existenzielle Fragen rund um Leben und

Tod zu verlieren, weil ihnen zum einen ausreichendes Wissen über den Zustand der Welt und zum anderen ein tragfähiges mentales Fundament fehlt, was meist die Folge einer Weltanschauung ist, die letzte, Sicherheit vermittelnde Wahrheiten ablehnt, wie sie beispielsweise von Religionen geliefert werden.

#### Anbieter profitieren

Allerdings wird das Doomscrolling auch durch die Medien und Seitenbetreiber im Internet befeuert, welche sich Vorteile davon versprechen. Untersuchungen zeigen, dass negative Schlagzeilen im Vergleich zu neutralen oder positiven mehr als doppelt so oft zum Aufrufen von Arti-

keln führen – was wiederum messbare Auswirkungen auf den finanziellen Gewinn der Anbieter hat. Insofern werden diese nicht darauf verzichten, ihre Kunden weiter in die Negativspirale zu treiben und deren körperliche und geistige Gesundheit zu schädigen.

Der ständige Konsum schlechter Nachrichten führt zu kognitivem Verfall, Zukunfts- und Existenzängsten, Stressreaktionen, Pessimismus, Traurigkeit oder gar Hoffnungslosigkeit sowie einer negativen Lebenseinstellung. Manchmal verursacht die dauerhafte Konfrontation mit den schlimmen Erlebnissen anderer Personen zudem noch Symptome wie bei der Posttraumatischen Belastungsstörung.

Dazu kommen körperliche Folgen, allen voran Schlaflosigkeit und der Drang zur übermäßigen Nahrungsaufnahme mit all seinen schädlichen Auswirkungen.

Vor diesem Hintergrund ist es mehr als ratsam, auf das Doomscrolling zu verzichten. Das gelingt am besten, indem man Informationsquellen meidet, welche zum endlosen Weiterrollen verleiten oder regelmäßig reißerische Inhalte verbreiten. Ebenso hilft die Begrenzung des täglichen Zeitkontingents für den Konsum von Inhalten im Internet. Und die Lektüre positiver Nachrichten schützt ebenfalls – sofern man diese nicht mühsam unter einem Wust von Katastrophenmeldungen suchen muss. W.K.

DIETRICHSWALDE

## Kein Logistikzentrum an Wallfahrtsort

Geplantes Bauvorhaben des Lidl-Konzerns stößt auf erbitterten Widerstand der Bevölkerung

VON DAWID KAZANSKI

Mitte Februar fanden im südlichen Ostpreußen vor zahlreichen Lidl-Geschäften Proteste gegen den Bau eines Logistik- und Distributionszentrums am Rande von Dietrichswalde statt. Die Demonstranten trugen Transparente mit Aufschriften wie „Stop Lidl – Dietrichswalde ist kein Müllplatz!“ und „Dietrichswalde für Pilger und nicht für Lager!“ und hielten Bilder der Muttergottes in die Höhe.

Seit längerer Zeit schon werden regelmäßig auch in Allenstein vor den Lidl-Filialen Demonstrationen organisiert. Die Gegner führen mehrere Argumente gegen den Bau des Logistikzentrums an. Zum einen weisen sie auf potentielle Umweltgefahren hin – das Bauvorhaben ist in einem geschützten Gebiet innerhalb der Landschaftsschutzregion des Flusses Passarge [Pasłęka] geplant. Zum anderen hat der ehemalige Landwirtschaftsminister die Umwidmung von mehr als 40 Hektar Ackerland genehmigt, was für Kontroversen sorgt.

Darüber hinaus befürchten die Gegner ein erhöhtes Verkehrsaufkommen durch Lkws, die täglich durch den für seine Ruhe und Spiritualität bekannten Wallfahrtsort fahren würden. „Sollen die Pilger im Lärm der Lastwagen beten?“, fragen sie. Ein weiteres Argument betrifft die spirituelle und historische Bedeutung von Dietrichswalde. Es ist der einzige Ort in der Republik Polen, an dem die katholische Kirche Marienerscheinungen offiziell als authentisch anerkannt hat. Diese fanden 1877 statt, als Ostpreußen zum deutschen Kaiserreich gehörte. Der polnischen Legende zufolge wurden sie zum Symbol des polnischen Widerstands gegen die Germanisierung, denn die Muttergottes soll in den Erscheinungen Polnisch gesprochen haben, was viele damals als Vorhersage der



Demo in Allenstein: Seit Monaten kommt es immer wieder zu Kundgebungen vor Lidl-Filialen

Bild: D.K.

Wiedererlangung der Unabhängigkeit durch Polen interpretierten.

### Lidl beteuert Umweltverträglichkeit

Für die Protestierenden stellt der Bau eines Logistikzentrums einer deutschen Handelskette an diesem Ort eine Verletzung der Würde dieses heiligen Ortes dar. Lidl betont, dass die Befürchtungen hinsichtlich der Lagerung von Abfällen unbegründet seien. „In unseren Vertriebszentren lagern wir keine Abfälle, sondern sammeln sie und übergeben sie an spezialisierte Unternehmen“, versichert das Unternehmen in einer Pressemitteilung. Der Konzern unterstreicht zudem, dass das Bauvorhaben die Umwelt nicht schädigen, sondern durch den Einsatz moderner, ökologischer Technologien schützen wer-

de. „Unser Ziel ist es, ein guter Nachbar für die lokalen Gemeinschaften zu sein. Ein Vorbild ist unser Zentrum in Dobroszyce, wo wir unter anderem Photovoltaikanlagen, Wärmerückgewinnungssysteme, Regenwassernutzungsanlagen und zusätzliche natürliche Beleuchtung eingeschlossen haben“, argumentiert Aleksandra Robaszekiewicz, die bei Lidl für die soziale Verantwortungsstrategie des Unternehmens zuständig ist.

Das Unternehmen betont auch, dass das Zentrum in Dietrichswalde Hunderte von Arbeitsplätzen schaffen und die Entwicklung der Region fördern wird. Im Januar hob das Woiwodschaftsverwaltungsgericht in Allenstein die Entscheidung des Selbstverwaltungs-Berufungskollegiums auf, das den Bau des Zentrums ohne Um-

weltverträglichkeitsprüfung genehmigt hatte. Das Gericht stellte fest, dass die Entscheidung aus formalen Gründen aufgehoben wurde. Das bedeutet, dass das Bauvorhaben erneut administrativ geprüft werden muss.

Obwohl diese Entscheidung den Bau nicht unmittelbar stoppen wird, betrachten die Gegner des Logistikzentrums sie als wichtigen Erfolg ihres Kampfes. Sie planen weitere Aktionen, um ihren Widerstand zum Ausdruck zu bringen, und das Thema sorgt landesweit für immer größere Emotionen. Ob der deutsche Handelsriese einen Kompromiss mit den Einwohnern und Pilgern finden wird, bleibt abzuwarten. Derzeit deutet alles darauf hin, dass der Konflikt um Dietrichswalde noch lange andauern wird.

MELDUNGEN

## Hinweistafeln auf Kämpfe

Königsberg – An den Straßen des Königsberger Gebiets sind seit Jahresbeginn Hinweistafeln aufgestellt worden, mit denen Autofahrer auf Kampfhandlungen der beiden Weltkriege aufmerksam gemacht werden sollen. Darüber informierte der Minister für Kultur und Tourismus der Region, Andrej Jermak. Die Hinweisschilder wurden mit Unterstützung der Russischen Militärgeschichtlichen Gesellschaft aktualisiert. Die Schilder mit schwarzer Schrift auf gelbem Untergrund informiert über Russen, die hier den Tod gefunden haben, etwa beim Gefecht bei Kauschen am 19. August 1914, bei dem der baltendeutsche russische Offizier Peter von Wrangel einen Sieg errang. Bei Großwaltersdorf erinnert eine Tafel an den „Helden der Sowjetunion“ Jurij Malachow, der dort am 21. Oktober 1944 im Alter von 19 Jahren starb. MRK

## Fassade unter Denkmalschutz

Königsberg – Für das Haus in der Wrangelstraße 17 [Tchernjachowska] wurde ein Unternehmer gefunden, der die Fassade des aus dem Jahr 1925 stammenden Hauses mit Flachreliefs reparieren soll. Das Gebäude befindet sich auf der Liste der Kulturerbeobjekte von regionaler Bedeutung. Die Fassade ist mit einem komplexen Muster aus Rossetten und einem Flachrelief, das einen Vogel und einen Traubenzweig darstellt, verziert. Auftraggeber der Arbeiten ist der Fonds für Kapitalreparaturen, der eine Summe von umgerechnet 810.000 Euro für die Arbeiten zur Verfügung stellt. Den Auftrag erhielt die Firma „Standard GmbH“, die als einzige an der Ausschreibung teilgenommen hatte. MRK

KÖNIGSBERG

## Das nördliche Ostpreußen verzeichnet leichten Geburtenanstieg

Die Zahl der Sterbefälle übersteigt seit Jahren die der Geburten – Wladimir Putin wirbt seit Jahren für mehr Kinder

Die Geburtenrate im Königsberger Gebiet steigt wieder leicht. Dies teilte die stellvertretende Ministerpräsidentin Tatjana Golikowa auf einer erweiterten Sitzung des Staatsduma-Ausschusses für Familienschutz unter Berufung auf „vorläufige Daten“ der Statistik mit. Golikowa berichtete, dass die Geburtenrate in 18 europäischen Regionen der Russischen Föderation gestiegen sei. Dazu gehören die Regionen Smolensk, Orjol, Rjasan, Leningrad und Königsberg. Im Jahr 2023 hatte die Region Königsberg 7558 Geburten gegenüber 8177 im Jahr 2022 und 12214 Sterbefälle gegenüber 13054 im Jahr 2022. Die Zahl der Sterbefälle überstieg 2023 die der Geburten um das 62 Prozent. Das heißt übersetzt, die Zahl der Geburten sinkt weiter, aber nicht mehr so stark wie vorher, sodass der Geburtenrückgang als gestoppt gilt.

So stieg die Geburtenrate Jahr 2024 in jenen 18 Regionen, die zuvor einen Rückgang dieses Indikators verzeichnet hatten. Die Gesamtfruchtbarkeitsrate (die

Anzahl der Kinder im Durchschnitt pro Frau) sei jedoch fast unverändert geblieben, sie liege bei 1,4, sagte Golikowa. Nach den vorläufigen Daten von Rosstat blieb auch die positive Dynamik der dritten und weiteren Geburten erhalten, der Indikator stieg um 1,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Erst ab dem dritten Kind trägt eine Familie in Russland zum Bevölkerungswachstum bei.

Die Unterschiede zwischen den Regionen in Bezug auf die Geburtenrate sind nach wie vor sehr groß in Russland. Nach den vorläufigen Daten für 2024 ist die Geburtenrate in 38 Regionen (ohne die anektierten Regionen in der Ukraine) höher als das gesamtrossische Niveau, und in zweien – der Tschetschenischen Republik und der Republik Tuwa – übersteigt sie das Niveau der einfachen Reproduktion, der Indikator ist dort höher als 2,1. Allerdings gehören beide Regionen zu denen mit der niedrigsten Lebenserwartung. Sie liegt dort bei 56 Jahren, während sie in Europa derzeit bei 80 Jahren liegt.

Laut Rosstat-Daten gab es den größten Rückgang der Geburtenrate im Jahr 2024 in der Jüdischen Autonomen Region Biro-



Geburtshaus Nr. 4 in Königsberg

bidschan (minus 16 Prozent), Kalmückien (minus zwölf Prozent), Altai (minus zehn Prozent) und in der Region Belgorod (minus acht Prozent), eine Region, die an das Kriegsgebiet in der Ukraine grenzt. In allen diesen Regionen gab es große Abwanderungen nach Israel, China und Deutschland sowie ins Landesinnere. Ein Anstieg der Geburtenrate wurde in Adygeja, Dagestan, Inguschetien, Kabardino-Balkarien, Nord-Ossetien und Tschetschenien beobachtet. Dies sind allesamt muslimische Regionen.

### Bevölkerungsrückgang durch Abwanderung

Golikowa wies auch darauf hin, dass die Hauptprioritäten der staatlichen Politik im Bereich der Demographie auf mehr Kinder von Frauen im Alter von 30 bis 39 Jahren liegen. Unter diesen soll die Anzahl der dritten und vierten Geburten zunehmen, außerdem möchte die Regierung die sozioökonomischen Bedingungen für junge Familien verbessern, damit diese

wieder mehr Kinder auf die Welt bringen. Eine sehr schwierige Aufgabe in einem Land, dessen Wohlstand infolge einer politischen Bevorzugung der Oligarchie sehr ungleich verteilt ist.

Gemäß dem Präsidialdekret über die nationalen Entwicklungsziele soll die Gesamtfruchtbarkeitsrate bis 2030 auf 1,6 und bis 2036 auf 1,8 steigen. Die demographische Prognose im günstigsten Szenario von Rosstat geht davon aus, dass die Gesamtfruchtbarkeitsrate im Jahr 2030 bei 1,516 liegen wird. Zum Erhalt der Bevölkerung ohne Zuwanderung ist jedoch eine Fruchtbarkeitsrate von 2,1 erforderlich. Keine guten Prognosen für ein Land, das gerade durch eine „militärische Spezialoperation“ einen großen Bevölkerungsverlust zusätzlich in Kauf nimmt. Laut Rosstat verringerte sich die Bevölkerung Russlands im Jahr 2023 trotz militärischer Eroberung dreier Gebiete in der Ukraine um 243.000 Menschen und lag am 1. Januar 2024 bei 146,2 Millionen Menschen. Bodo Bost

## Wir gratulieren...



## ZUM 102. GEBURTSTAG

Neumann, Hildegard, aus Bärwalde, Kreis Fischhausen, am 26. März

## ZUM 100. GEBURTSTAG

Schellhorn, Helga, geb. Weiß, aus Bauditten, Kreis Mohrunge, am 24. März

## ZUM 99. GEBURTSTAG

Kuhn, Erika, geb. Wochnowski, aus Neidenburg, am 27. März

## ZUM 98. GEBURTSTAG

Kaiser, Walter, aus Eckersdorf, Kreis Mohrunge, am 26. März  
 Rega, Ruth, geb. Mrotzek, aus Borken, Kreis Lyck, am 25. März  
 Tertel, Edith, geb. Melchin, aus Prostken, Kreis Lyck, am 22. März  
 Wesolowski, Renate, geb. Huck, aus Radnicken, Kreis Fischhausen, am 26. März

## ZUM 97. GEBURTSTAG

Bednarz, Ernst, aus Groß Jeruten, Kreis Ortelsburg, am 25. März  
 Flade, Elfriede, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 22. März  
 Kosmann, Gerhard, aus Motitten, Kreis Mohrunge, am 25. März  
 Krusholz, Anneliese, geb. Pudellek, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 22. März

## Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Lotz, Irmgard, geb. Tuttas, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 25. März  
 Mengel, Maria, geb. Friedel, aus Lyck, am 24. März  
 Philipp, Willi, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 22. März  
 Scheffler, Heinz, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 24. März  
 Steinmeier, Brigitte, geb. Rhode, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 22. März

## ZUM 96. GEBURTSTAG

Bee, Alice-Lotte, geb. Embacher, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. März  
 Buchholz, Hannelore, aus Talriede, Kreis Ebenrode, am 24. März  
 Johnson, Ellen, geb. Bahlo, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 21. März

Kyewski, Gertrud, geb. Robatzek, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 27. März  
 Plotkowiak, Hedwig, geb. Kipar, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 24. März  
 Taschke, Fritz, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 24. März

## ZUM 95. GEBURTSTAG

Gruen, Hedwig, geb. Bialluch, aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 22. März  
 Schimpf, Ilse, geb. Langhans, aus Hanshagen, Kreis Preußisch Eylau, am 25. März

## ZUM 94. GEBURTSTAG

Bouwer, Erna, geb. Pertek, aus Kobbelhals, Kreis Ortelsburg, am 24. März  
 Dudek, Otto, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 22. März  
 Fabian, Gunda, geb. Wommer, aus Gimbeiler, Kreis Lyck, am 21. März  
 Gayko, Georg, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 25. März  
 Grunwald, Irmgard, geb. Peel, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 26. März  
 Grützmaker, Helmut, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 23. März  
 Müller, Ruth, geb. Masuhr, aus Treuburg, am 27. März  
 Polkowski, Erich, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 26. März  
 Rosowski, Siegfried, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 21. März  
 Salewski, Gertrud, geb. Seyda, aus Klein Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 21. März

## ZUM 93. GEBURTSTAG

Carstensen, Waltraut, aus Schorschnehen, Kreis Fischhausen, am 25. März  
 Dyceck, Willi, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 24. März  
 Guszewski, Kurt, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 22. März  
 Hanitsch, Marianne, geb. Drescher, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 21. März  
 Jakubowski, Günter, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 27. März  
 Path, Helga, geb. Skutnick, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 23. März  
 Radke, Herta, geb. Plonski, aus Sorden, Kreis Lyck, am 23. März  
 Sadlowski, Walter, aus Schönhöhe, Kreis Ortelsburg, am 26. März  
 Vanhöfen, Herbert, aus Quanditten, Kreis Fischhausen, am 22. März

## ZUM 92. GEBURTSTAG

Dormeyer, Gertraud, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 25. März  
 Drewnianska, Arnold, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 24. März  
 Gorny, Günther, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 21. März  
 Haase, Anita-Agnes, geb. Bartkowiak Zangolies, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 26. März  
 Hausmann, Edith, geb. Goldak, aus Kraukeln, Kreis Lötzen, am 26. März  
 Kauer, Elfriede, geb. Schlemminger, aus Seekampen, Kreis Ebenrode, am 23. März  
 Rilk, Erich, aus Königsdorf, Kreis Mohrunge, am 27. März  
 Sdorra, Hildegard, geb. Plaga, aus Sorden, Kreis Lyck, am 27. März



Zawadzki, Burkhard, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, am 21. März

## ZUM 91. GEBURTSTAG

Bigalke, Werner, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 24. März  
 Domnick, Richard, aus Wiese, Kreis Mohrunge, am 21. März  
 Kehler, Edeltraud, aus Lyck, am 22. März  
 Petersen, Ingrid, geb. Ossewski, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 21. März  
 Schäfer, Irmgard, geb. Schweitzer, aus Skottau, Kreis Neidenburg, am 24. März  
 Sommerfeld, Horst, aus Liebstadt, Kreis Mohrunge, am 21. März

## ZUM 90. GEBURTSTAG

Bisgiel, Erika, geb. Eim, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 24. März  
 Dinius, Edith Irmtraut, geb. Cessarek, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 21. März  
 Eilf, Hans-Georg, aus Treuburg, am 27. März  
 Heims, Gerhard, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 27. März

Kniza, Günter, aus Omulefufen, Kreis Neidenburg, am 21. März  
 Leifels, Ursula, geb. Orlowski, aus Langsee, Kreis Lyck, am 23. März  
 Masuch, Siegfried, aus Lyck, am 22. März  
 Musall, Margarete, geb. Blaudzun, aus Ebenrode, am 24. März  
 Nikolai, Kurt, aus Keipern, Kreis Lyck, am 25. März  
 Renz, Waldemar, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 21. März  
 Schelling, Edeltraut, geb. Albin, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 22. März  
 Schwettlik, Urszula, geb. Tietz, aus Sophiental, Kreis Lötzen, am 26. März  
 Turba, Hannelore, geb. Brozio, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 21. März

## ZUM 85. GEBURTSTAG

Bierlein, Werner, aus Soffen, Kreis Lyck, am 25. März  
 Magnus, Edelgard, geb. Meyer, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 24. März  
 Pietrzenuik, Rainer, aus Woinassen, Kreis Treuburg, am 26. März  
 Rosan, Manfred, aus Neidenburg, am 22. März  
 Seesko, Arno, aus Borken, Kreis Treuburg, am 26. März  
 Siegmund, Dieter, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 24. März

## ZUM 80. GEBURTSTAG

Kirmse, Helga, geb. Weber/Zielonka, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 25. März

## Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. 2025

25. bis 27. April: Kulturseminar Helmstedt

26. bis 27. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis) in Sensburg

21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrienen

19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein

6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de Internet: www.ostpreussen.de/lo

## Zusendungen für die Ausgabe 14/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 14/2025 (Erstverkaufstag 4. April) bis spätestens **Dienstag, den 25. März**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

## Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck  
 Telefon (040) 4140080  
 E-Mail: grodeck@paz.de

## Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
 Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen  
 Buchstraße 4  
 22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

## Ostpreußisches Landesmuseum

## Ausstellung

Kabinettsausstellung bis 24. August: **Auferstanden aus Ruinen – der Maler Walter Mamat (1912–1976)**. Die Motive der Kurischen Nehrung bildeten die Grundlage des künstlerischen Schaffens des in Memel geborenen Künstlers Walter Mamat. Vor allem in seinem frühen Werk steht die Landschaft im Mittelpunkt, sie zeigt in dynamischer Malweise viele Kurenkähne und die Küste der Nehrung. Folgerichtig suchte er nach seinem Abschluss als Dekorations- und Kirchenmaler die Nähe zum Umfeld der Küstenkolonie Nidden und Karl Knauf, als dessen Schüler und Assistent er sich auch später bezeichnete. Vor seiner Flucht aus Ostpreußen hielt er noch das zerstörte Memel im Bild fest. Mamat wurde anschließend, im Gegensatz zur überwiegenden Mehrheit ostpreußischer Künstler, im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands beziehungsweise der späteren DDR tätig. Nach seinem Studium an der Kunsthochschule in Weimar konnte er sich als Maler in Wittenberg etablieren. Neben den typisch sozialistischen Bildmotiven der arbeitenden Bevölkerung widmete er sich auch auf seinen Auslandsaufenthalten in der Sowjetunion, in Albanien, Bulgarien oder Georgien weiterhin der Landschaftsmalerei. Aber auch Stillleben, Porträts, Stadtansichten und Genreszenen gehörten zu seinem Repertoire. Die in Kooperation mit privaten

Sammlern konzipierte Ausstellung spürt den Lebensweg des Künstlers nach, der ihn von Memel nach Wittenberg führte.

Sonderausstellung 29. März bis 31. August: **Depicting the Future. Variations – Neue Kunst aus Estland**. Die Ausstellung ist die Fortsetzung des langjährigen Austauschs zwischen Künstlern aus den zwei Partnerstädten Tartu und Lüneburg, der bereits seit 2003 besteht.

## Veranstaltungen

Mittwoch, 26. März, 18.30 Uhr: **Lovis Corinth als Ostpreuße. Der Vortrag muss leider aus gesundheitlichen Gründen abgesagt werden.**

Mittwoch, 2. April, 18.30 Uhr, Eintritt 5 Euro: **Die Schwarze Anna – Käthe Kollwitz und ihr Bild der Bauernkriege**. Vortrag von Dr. Heinke Fabritius anlässlich des 80. Todestages von Käthe Kollwitz (1867 Königsberg – 1945 Moritzburg/Dresden). Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Sonntag, 6. April, 14 Uhr: **Das Gold der Ostsee – Eine Kulturgeschichte des Bernsteins**. Filmvorführung in der Reihe „Nordöstliche Spuren im Kino“ im SCALA-Programmkinos, Apothekenstraße 17, 21335 Lüneburg. Einführung: Dr. Jörn Barfod, Eintritt: 10 Euro.

Mittwoch, 9. April, 14 bis 17 Uhr, Eintritt: 8 Euro, inklusive Material: **Künstlerischer Ferientag: Form und Farbe** – Osterferientag für Kinder von 8 bis 12 Jahren mit Joanna Margner. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 10. April, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Das Element Luft in der Kunst** – Kinderclub mit Joanna Margner. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Dienstag, 15. April, 14.30 Uhr, 7 Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Vor 80 Jahren in Ostpreußen – Die Flucht über das zugefrorene Frische Haff**. Vortrag mit dem Kurator Dr. Eike Eckert in der Reihe „Museum Erleben“. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

**Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung** Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Internet: [www.ostpreussisches-landesmuseum.de](http://www.ostpreussisches-landesmuseum.de)

## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



**Bayern**

**Vorsitzender:** Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

### Jahresprogramm

**Hof** – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof trifft sich, wenn nicht anders angegeben, jeden zweiten Sonnabend, jeweils um 15 Uhr im Jahnheim, Jahnstraße 5, 95030 Hof:

12. April: Westpreußen, 10. Mai: Muttertag, Donnerstag, 15. Mai, 19 Uhr: Ausstellungseröffnung Museum Bayerischen Vogtland, 14. Juni: Ostpreußen, 12. Juli: Schlesien, 9. August entfällt wegen Sommerpause, 13. September: Erntedank, Sonnabend, 20. September, 11 Uhr: Tag der Heimat und gemeinsames Essen, 11. Oktober: Sudetenland, 8. November: Siebenbürgen und sonstige deutsche Siedlungsgebiete, 13. Dezember: Adventsnachmittag.

### Pommern

**Hof** – Vorsitzender Christian Joachim begrüßte im Jahnheim zum monatlichen Treffen und gratulierte den Geburtstagskindern des vergangenen Monats. Mit dem Vortrag über Pommern stellte er den zahlreich erschienenen Mitgliedern und Gästen das erste der Vertreibungsgebiete vor. Pommern, der Name ist vom slawischen „pomorje“ abgeleitet, bedeutet „am Meer“. 50 bis 60 Kilometer erstreckt sich die ehemals preußische Provinz entlang der Ostsee von Darß bis zum Zarnowitzer See. Hier lagen viele Fischerdörfer und Seebäder. Die mehr als 5000 Fischereifahrzeuge brachten jährlich 46 bis 48 Millionen Pfund Fische ein, hauptsächlich Flundern und Dorsche. An der Küste entlang waren die Seebäder aneinandergereiht wie die Perlen einer Kette. 1814 entstand dort Preußens ältestes Ostseebad, Rügenwaldermün-

de. Am bekanntesten war Kolberg, das mit seinem Sandstrand und den bis an den Dünenkamm reichenden Wäldern zu den meist frequentierten gehörte. Die schmale Küstenzone wird zum größten Teil von einem Dünenwall begleitet. Auf der Leba-Nehrung befindet sich Polens größte Wanderdüne, die jedes Jahr rund zwölf Meter vorrückt und das namengebende Dorf schon vor Jahren unter weißen Sandmassen begrub. Pommerns Endmoränenlandschaft geht von der flachen Grundmoräne allmählich in ein hügeliges Gebiet über und wird im Süden vom Pommerschen Höhenrücken begrenzt. Dieser bildet eine wichtige Wasserscheide. Die nach Norden fließenden Flüsse Persante, Stolpe und Leba sind kurz. Wasserreicher sind die im Süden in die Netze mündenden Gewässer. Die Seen und bewaldeten Berge lockten, ebenso wie die Pommerschen Schweiz mit dem Bullenberg, 219 Meter, bei Bad Polzin und der Dratzigsee mit einer Fläche von 18,6 Quadratkilometern viele Besucher an.

Pommern war geprägt von Ackerbau, Viehzucht und Forstwirtschaft. Der Boden war fruchtbar. In Vorpommern gab es hauptsächlich Großgrundbesitz, Ostpommern war vorwiegend Bauernland. Die Städte mit ihren Backsteinkirchen und -toren fungierten als wirtschaftliche Mittelpunkte des Umlandes. Im Haffgebiet waren die ausgedehnten Nadelwälder Grundlage für eine erfolgreiche Möbel- und Papierindustrie. Zwischen Naugard und Cammin, einer alten Bischofsstadt, lag das Kalkwerk Zarnglaff, das rund 75 Prozent des gesamtdeutschen Bedarfs an Düngerkalk abdeckte.

Stettin, die Hauptstadt Pommerns nach der Teilung, bezeichnete sich mit Recht als „das Tor Berlins zur Ostsee“ und war bis 1945 der wichtigste Ostseehafen. Durch die vorläufige Grenzziehung nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Provinz Pommern zerschnitten. Der kleinere, westliche Teil, Vorpommern mit den Inseln

Rügen und Usedom, lag auf dem Staatsgebiet der ehemaligen DDR. Der Hauptteil Pommerns wurde der Republik Polen zugesprochen.

Wenn man über Pommern spricht, darf man nicht vergessen zu erwähnen, dass viele bekannte Persönlichkeiten ihren Lebensmittelpunkt dort hatten: der Dichter der Freiheitskriege Ernst Moritz Arndt, der Arzt Rudolf Paul Virchow, der Gründer des Weltpostvereins Heinrich von Stephan, der Ingenieur Otto von Lilienthal und Paul Nipkow, ein Pionier des Fernsehens. Joachim erinnerte am Ende seines Vortrags an das Lied der Pommern, das die Landschaft ebenso gut beschreibt wie die Bilder der Maler Caspar David Friedrich und Philipp Otto Runge.

Nachdem die zweite Vorsitzende Organisatorisches besprach und eine Frühlingsgeschichte vorlas, saßen die Mitglieder noch lange zusammen und genossen die Gemeinschaft. Die nächste Veranstaltung findet statt am Sonnabend, 12. April, um 15 Uhr im Jahnheim zum Thema Ost- und Westpreußen. *Jutta Starosta*

### Brauchtum

**Nürnberg** – Dienstag, 25. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Nürnberg-Langwasser, Ende der U1: Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen sowie Pommern zum Thema „Brauchtum in Ostpreußen, Brauchtum in Franken“.



**Bremen**

**Vorsitzender:** Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

### Mitgliederversammlung

**Bremen** – Dienstag, 25. März, 15 Uhr, Hotel Robben Grollander Krug: Mitgliederversammlung mit

geselligen Kaffeetafel. Wahlen finden in diesem Jahr nicht statt. Hierzu laden wir herzlich ein. *H. L.*



**Hamburg**

**Erster Vorsitzender:** Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

### Elchniederung

**Hamburg** – Donnerstag, 27. März, 14 Uhr, Einlass: ab 13.30 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Niendorfer Kirchweg 17: Frühlingstreffen der Heimatkreismannschaft Elchniederung. Gemeinsames Singen mit musikalischer Begleitung. Für das leibliche Wohl wird mit Kaffee und Kuchen gesorgt. Ost- und Westpreußen, deren Freunde als auch Gäste sind herzlich willkommen.

### Delegiertenversammlung

**Hamburg** – Donnerstag, 27. März, 17 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Niendorfer Kirchweg 17: Delegiertenversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen Landesgruppe Hamburg.



**Hessen**

**Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

### Schlesische Landschaften

**Kassel** – Donnerstag, 3. April, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140, Kassel-Wolfsanger: „Schlesische Landschaften – insbesondere das Riesengebirge“, Vortrag von Bernd Nörenberg, Alfeld. *Gerhard Landau*



**Kontakt:** Fabian Hilzinger, Referat für Presse & Öffentlichkeitsarbeit, Bund der Vertriebenen (BdV) – Landesverband Hessen e.V., E-Mail: f.hilzinger@bdv-hessen.de, Telefon: (0611) 36019-24

### Exkursion

**Bonn und Königswinter** – Sonnabend, 26. April, 8 Uhr, Abfahrt ab Wiesbaden Hauptbahnhof, Zustieg in Limburg Süd möglich, bis etwa 18 Uhr: Der Bund der Vertriebenen – Landesverband Hessen e.V. lädt herzlich zur Exkursion „Vom Erinnern zum Erleben“ ein, eine spannende Reise nach Bonn und Königswinter, um bedeutende Aspekte der deutschen Erinnerungskultur und der Geschichte der Vertreibung zu erkunden und um persönliche Kontakte in Kultur und Wissenschaft zu knüpfen.

Das Programm führt nach Bonn in das Haus der Geschichte, wo in einer geführten Tour durch die Ausstellung „Nach Hitler. Die deutsche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus“ tiefere Einblicke in die historischen Entwicklungen Deutschlands nach 1945 gegeben werden. Anschließend geht es weiter nach Königswinter, wo im Haus Schlesien ein gemeinsames Mittagbuffet mit vegetarischen Alternativen wartet. Danach bietet die Besichtigung des Dokumentations- und Informationszentrums (DIZ) die Möglichkeit zur Vertiefung, zum Austausch oder zum Entspannen. Am Nachmittag kann das Haus Schlesien weiter erkundet werden – sei es durch eine interaktive Rallye, einen Archivbesuch oder eine gemütliche Kaffeepause in der Rübzahlstube. Weitere Infos unter: [www.bdv-hessen.de](http://www.bdv-hessen.de)

Die Anmeldung erfolgt über das Online-Formular auf der Internetseite oder direkt bei uns per E-Mail oder Telefon. *Fabian Hilzinger*



**Niedersachsen**

**Vorsitzende:** Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Unterlüß, Telefon: (05827) 4099850. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenaue, Telefon: (05901) 2968

### Gedenken an den 7. April 1525

**Oldenburg** – Mittwoch, 9. April, 15 Uhr, Stadthotel, Hauptstraße 36: Gedenken an den „500. Gründungstag des Herzogtums Preußen – Königreich Preußen – Ostpreußen“ am 7. April 1525. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen.

### Weltfrauentag

**Oldenburg** – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen schloss sich dem allgemeinen Gedenken anlässlich des Weltfrauentages an und zeigte einen Abriss über „Bedeutende Frauen aus den deutschen Provinzen im Osten“. Gisela Borchers stellte per Präsentation Frauen vor, die nicht im ständigen Rampenlicht der Berichterstattungen stehen, wie Gertrud Prellwitz, Johanna Ambrosius, „die Gottschedin“, Anni Weynell oder Julie Wolfthorn (Ost- und Westpreußen) oder die Schlesierinnen Martha Roegner und Käthe Kruse, schließlich noch Renée Sintenis.

Ihre Leistungen für die deutsche Kultur sind nicht hoch genug

**PAZ wirkt!**

**Fortsetzung auf Seite 16**

ANZEIGE

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

### Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-C



**Abonnieren Sie die PAZ**  
und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro Prämie**



**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!**

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)



## Reisen 2025

## Danzig-Masuren-Fahrt

**Für die Studienreise nach Danzig-Masuren, 27. September bis 4. Oktober sind noch Plätze frei.**

Louis-Ferdinand Schwarz fährt seit 1990 ins nördliche und unternimmt in diesem Jahr wieder eine Studienreise ins südliche Ostpreußen: Danzig, Masuren in einem modernen Reisebus mit erfahrenem Fahrer und qualifizierter Reiseleitung.

Die Studienreise führt zu den kulturellen Sehenswürdigkeiten der Region, beginnt in Bielefeld mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Autobahn A 2 Hannover bis Frankfurt/Oder und führt zunächst nach Thorn, am nächsten Tag über Marienburg mit Führung durch die berühmte Burganlage des Deutschen Ordens nach Danzig.

Der dritte Reisetag gilt Danzig, der alten Hansestadt an der Ostsee. Die Stadtführung zeigt die Sehenswürdigkeiten Grünes Tor, Neptunbrunnen, Artushof, Krantor und die Marienkirche, eines der größten Gotteshäuser der deutschen Backsteingotik.

Höhepunkt des vierten Tags ist die Fahrt auf dem Oberländischen Kanal, einem technischen Wunderwerk des 19. Jahrhunderts, auf dem Schiffe über Hügel gezogen werden. Nach Besichtigung von Allenstein und Empfang im Deutschen Haus durch Vertreter der deutschen Minderheit geht es weiter nach Sensburg in Masuren, wo die nächsten drei Nächte die Hotelunterkunft ist. Von dort aus sind die Ziele: Steinort mit dem Schloss der Familie von Lehndorff, Lötzen, Nikolaiken, die Masurische Seenplatte mit einer Schifffahrt, die Johannsburg Heide und die Barockkirche Heiligelinde.

Am siebten Tag führt die Rückreise nach Posen, am achten Tag von dort zurück nach Bielefeld. Der Ausstieg ist wie auf der Hinreise möglich.

Anmeldungen bitte bis Freitag, 25. April an den Reiseleiter Louis-Ferdinand Schwarz, Südstraße 6a, 49201 Dissen, Telefon (05421) 1325, E-Mails l-f.schwarz@web.de oder an Herrn Höffner, Telefon (05247) 923126.



BILD: DEUTSCHES KULTURFORUM ÖSTLICHES EUROPA

## Literarisches Reisen

**Eine Veranstaltung der Literaturtage „Leselust goes Europe“ im Rahmen von Chemnitz 2025.**

Chemnitz – Sonnabend, 22. März, 15 Uhr, das TIETZ, Moritzstraße 20: Lesung und Gespräch mit Roswitha Schieb und Marcin Wiatr, Moderation: Ariane Afsari, Eintritt frei, Informationen unter [www.kulturforum.info](http://www.kulturforum.info)

Roswitha Schieb und Marcin Wiatr zeigen anhand ihrer Literarischen Reiseführer zu Nieder- und Oberschlesien, wie sich Regionen durch ihre jeweiligen teils spezifischen, teils überlappenden Literaturlandschaften erschließen lassen.

Dass Niederschlesien nicht nur vielfältige Naturräume, sondern auch eine reiche literarische Landschaft bietet, legt die Literatur- und Kunstwissenschaftlerin Roswitha Schieb überzeugend dar: Am Zobten [Ślęza] und um die Stadt Breslau [Wrocław] macht sie sich

auf die Suche nach den Ursprüngen der Region. Schauplätze religiöser und nationaler Kämpfe stellt sie in „Krieg und Frieden“ den Zeugnissen von Versöhnung und Verständigung gegenüber. Das Kapitel „Schlesische Mystik“ spürt Schwarmgeister und Exzentriker von Görlitz über Bober-Katzbach- und Isergebirge bis Agnetendorf [Jagniątków] auf. Riesengebirge, Hirschberger Tal und Rübzahl stehen im Zentrum der „Bergromantik“, und soziale Widersprüche und Einheit in Gottesgewissheit im Waldenburger und Glatzer Bergland führt das Kapitel „Getupeltes, Gedoppeltes“ vor Augen.

Marcin Wiatr, Germanist und Historiker, lädt alle Interessierten zu einer kulturgeschichtlichen Erkundung Oberschlesiens ein: auf den Spuren von Baukunst, Industrievierern, Grenzlandschaften, Naturgewalten und Mystik. Hier kann man in Polnisch Müllmen [Mionów] geboren und im benachbarten Ort Deutsch Müllmen [Wiercz] getauft worden sein. Deutsch-polnische Ortstafeln zeugen von den vielgestaltigen kulturellen Einflüssen, die sich in Oberschlesien durchdringen. Polen, Deutsche, Oberschlesier – Impulse für regionale Identität gibt die mehrsprachige Literatur. Joseph von Eichendorff, Max Herrmann-Neiße oder Horst Bienek stammen von hier, Janosch setzte seiner Heimat ein belletristisches Denkmal, Tadeusz Różewicz lebte und schrieb hier, Jaromír Nohavica besang die Region und Kazimierz Kutzi hielt sie filmisch fest.

Die Veranstaltungsreihe ist Teil des Programms von Chemnitz 2025 und eine Kooperation des Deutschen Kulturforums östliches Europa mit der Stadtbibliothek Chemnitz, dem Tschechischen Zentrum Berlin und zahlreichen weiteren deutschen, tschechischen, polnischen und ukrainischen Partnern. Sie wird vom Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds gefördert.



BILD: DEUTSCHES KULTURFORUM ÖSTLICHES EUROPA

## Mit dem Fahrrad durch die Geschichte

**Teilnehmende für Bildungsreise vom 26. Juli bis 3. August durch das Memelland gesucht.**

Statt Bücher zu wälzen oder PowerPoint-Präsentationen vorzubereiten, wird geschwitzt. Reifen werden aufgepumpt, die Kondition trainiert und Karten studiert. Die Vorbereitung auf dieses Geschichtsseminar sieht für Vincent Regente und Markus Nowak anders aus als üblich: Sie findet auf dem Fahrrad statt.

„Geschichte kann man sich aneignen. Aber wir werden sie wortwörtlich erfahren“, sagt Regente von der Deutschen Gesellschaft e.V. aus Berlin. „Wir wollen auf Rädern die gemeinsame Kultur und Geschichte des Memellandes entdecken“, freut sich Nowak

vom Deutschen Kulturforum östliches Europa e.V. in Potsdam. Strampeln im Freien statt stickige Seminarluft.

„Grenzen und Begegnungen“ lautet der Titel der Bildungsradtour in Litauen entlang der Memel [Nemunas]. Vom 26. Juli bis 3. August wollen die beiden im dritten Jahr in Folge zusammen mit 16 jungen Menschen aus Deutschland und Litauen fast 500 Kilometer durch Litauen radeln.

„Die Reise wird eine intensive Begegnung mit der Geschichte und Kultur des Memellandes“, sagt Regente. „Unsere Route führt an wichtigen kulturellen und historischen Stätten, wo wir Geschichte ‚erfahren‘ und diskutieren können“, ergänzt Nowak.

Für die Bildungsradreise werden noch Teilnehmer gesucht: Studenten zwischen 18 und 35 Jahren sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen Bildung bis 45 Jahren können sich noch bis zum 8. April bewerben, weitere Infos und den Link zum Bewerbungsportal, unter [www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/studienreisen/1971-memelland-2025.html](http://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/studienreisen/1971-memelland-2025.html), Kontakt: Markus Nowak, E-Mail: [nowak@kulturforum.info](mailto:nowak@kulturforum.info)



BILD: MANFRED LIETZOW

## Studienfahrt nach Niederschlesien

**Die OMV OH lädt vom 14. bis zum 19. September zu ihrer diesjährigen Studienfahrt, der „Preußentour“ nach Niederschlesien ein. Die Fahrt wird mit dem Bus ab Bad Schwartau (ZOB) vorgenommen.**

Manfred Lietzow leitet diese einzigartige Herbst-Studienreise durch das schöne Niederschlesien mit folgenden aufregenden Programmpunkten:

Anreise über Görlitz nach Breslau, Besuch des Hirschberger Tals, der Sommerresidenz der preußischen Könige und des Adels, Tagesausflug in die Metropole Schlesiens Breslau. Besichtigung der restaurierten Altstadt mit ihren Kirchen, Barock-Patrizierhäusern und einer Schifffahrt auf der Oder, Riesengebirgsfahrt zur Schneekoppe und Besuch der Ferienorte Krumhübel und Schmiedeberg sowie die Villa des deutschen Dichters und Nobelpreisträgers Gerhart Hauptmann in Agnetendorf, Besichtigungen des spätbarocken Klosters Grüssau bei Waldenburg und der Friedenskirche in Schweidnitz, auf der Rückfahrt wird die berühmte Geschir-Manufaktur in Bunzlau besucht.

Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus mit Klimaanlage, WC und Kaffeeküche, fünf Übernachtungen mit Halbpension im Hotel „Mercur Jelenia Gora“ in Hirschberg, geführter Altstadtspaziergang in Görlitz, ganztägiger geführter Ausflug durch das Hirschberger Tal mit Führung in Schloss Lomnitz, Besuch von Erdmannsdorf, Eintritt in den Miniaturpark in Schmiedeberg, Kaffeetrinken in Schloss Stonsdorf, Stadtführung in Breslau inklusive Eintritt in der Aula der Universität „Leopoldina“

und Schifffahrt auf der Oder, ganztägige geführte Riesengebirgsrundfahrt mit Besuch der Kirche Wang in Krumhübel und des Gerhart-Hauptmann-Hauses in Agnetendorf, ganztägiger geführter Ausflug mit Führung durch das Kloster Grüssau und Besuch der Friedenskirche in Schweidnitz, Eintritt und Führung in der Keramikmanufaktur Bunzlau, sachkundige deutschsprachige Reiseleitung, Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen. Anmeldungen und weitere Informationen bei Manfred Lietzow, Telefon (04504) 7080503.



BILD: SHUTTERSTOCK

## Studienfahrt

## #gerhartunterwegs

**Vom 13. bis 17. Oktober auf den Pfaden von Klassik und Demokratie, Studienfahrt nach Weimar.**

Diese Fahrt wendet sich an politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger, die sich nicht nur mit der deutschen Demokratiegeschichte beschäftigen, sondern auch Pfade der klassischen Literatur und Musik erkunden möchten. Von Düsseldorf und Erkrath führt unser Weg zunächst nach Eisenach. Dort ist eine Führung durch das Bach-Haus vorgesehen, aber auch das Luther-Haus kann besucht werden.

Weiter geht es auf dem „klassischen Pfad“ nach Weimar, wo wir im Stadtmuseum eine fundierte Einführung in die Geschichte erhalten und uns bei einem geführten Rundgang mit der Stadt vertraut machen. Natürlich steht auch der Besuch des Goethe- und des Schiller-Hauses sowie der Anna-Amalia-Bibliothek auf dem Programm. Im Haus der Weimarer Republik beschäftigen wir uns mit der ersten deutschen Demokratie, und im Bauhaus-Museum mit Design und Architektur des frühen 20. Jahrhunderts. Den dunklen Pfad von der Demokratie zur Diktatur jenseits der leuchtenden Klassik erkunden wir mit einem Besuch des Konzentrationslagers Buchenwald. Hier werden wir zu einem Gespräch und einer Führung auf den Spuren beider deutscher Diktaturen erwartet. Die Studienfahrt endet mit dem Besuch der Landeshauptstadt Erfurt, die mit ihrem mittelalterlichen Stadtkern und vielen weiteren historischen Bezügen aufwartet.

Die Studienfahrt wird begleitet von Dr. Sabine Grabowski. Die Unterbringung erfolgt im Best Western Premier Grand Hotel Russischer Hof, Weimar.

Anmeldung und weitere Informationen zur Studienfahrt beim Reiseveranstalter: Neandertours, Bahnstraße 6, 40699 Erkrath, Telefon (0211) 2496634, E-Mail: [info@neandertours.com](mailto:info@neandertours.com) Die Reise ist für mobil eingeschränkte Menschen nicht geeignet.

Eine gemeinsame Veranstaltung von Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, VHS Düsseldorf.

Die Studienfahrt ist als Bildungsurlaub nach dem Bildungsurlaubsgesetz anerkannt. Wenn Sie davon Gebrauch machen

möchten, melden Sie sich bitte über die VHS Düsseldorf an: <https://vhs.duesseldorf.de/kursuche> Kursnummer: F080007.



## „Wege zum Nachbarn“

**Eine Studienreise des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg und der Internationalen Johannes-Bobrowski-Gesellschaft in Berlin auf den Spuren von „Levins Mühle“ von Johannes Bobrowski vom 14. Juli bis 22. Juli.**

Johannes Bobrowski wurde am 9. April 1917 in Tilsit, heute Sowjetsk im Königsberger Gebiet geboren. Sein Weg führte ihn unter anderem über Rastenburg und Königsberg schließlich nach Berlin (Ost), wo er im Alter von 48 Jahren 1965 starb. Bobrowskis Stimme war eine der markantesten in der deutschen Literatur der Nachkriegszeit. 1961 veröffentlichte er seinen ersten Gedichtband „Sarmatische Zeit“; er erhielt 1962 den Preis der Gruppe 47 in West-Berlin und damit internationale Anerkennung. Sein Roman „Levins Mühle. 34 Sätze über meinen Großvater“, ein moderner Klassiker, wurde verfilmt. Bobrowskis wichtiges Thema war das Verhältnis der Deutschen zu ihren östlichen Nachbarn, diese „lange Geschichte aus Unglück und Verschuldung seit den Tagen des Deutschen Ordens“. In seinen Werken plädiert er für Verstehen und Toleranz, gegen nationalistische, ethnische oder religiöse Vorurteile und Abgrenzungen.

Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg und die Internationale Johannes-Bobrowski-Gesellschaft in Berlin laden Sie zu einer Reise nach West- und Ostpreußen ein, wo Sie auf den Spuren von Leo Levin und dem Großvater Johann aus „Levins Mühle“ wandeln und Bobrowskis „sarmatische Landschaften“ kennenlernen. Die Reise beginnt in Thorn [Toruń] und endet in Danzig. Sie führt über Allenstein, Briesen [Wąbrzeźno] und weitere Orte von „Levins Mühle“, Rastenburg, Frauenburg und Marienburg.

Bei Besichtigungen, Besuchen kulturgeschichtlicher Einrichtungen, Vorträgen, Gesprächen und gemeinsamer Lektüre greifen wir Bobrowskis Themen und Motive auf und fragen, inwieweit seine Wunschorstellung von Mitteleuropa als Raum freier Begegnungen über alle Grenzen hinweg in Erfüllung gegangen ist.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Edda Fricke, Internationale Johannes-Bobrowski-Gesellschaft, E-Mail: [Edda.Fricke@t-online.de](mailto:Edda.Fricke@t-online.de) oder an Agata Kern, Kulturreferentin für Ostpreußen und das Baltikum am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, E-Mail: [a.kern@ol-ig.de](mailto:a.kern@ol-ig.de), Telefon (04131) 75995-15.



BILD: ATRUCEWITZ

## Sommerreise nach Goldap

**Vom 16. bis zum 23. Juli fährt die Kreisgemeinschaft Goldap in Zusammenarbeit mit einem erfahrenen Reiseunternehmen nach Danzig, Marienburg, Goldap und Thorn.** Neben einem interessanten Reiseprogramm haben die Goldaper Reisetelnehmer Gelegenheit, ihre Familien-Heimatorte im Kreis Goldap und/oder den Nachbarkreisen zu besuchen. Der Besuch des Sommerfestes der Kreisgemeinschaft im Garten des „Haus der Heimat“ in Goldap wird ein fester Programmpunkt sein.

Geplant ist, dass das Ehepaar Trucewitz den Bus in Goldap erwartet und in Goldap für die Reisegruppe als Ansprechpartner und als Busbegleitung vor Ort ist.

Start: Lehrte mit Zustiegmöglichkeiten in Potsdam (Hauptbahnhof) und mit Absprache des Reiseunternehmens entlang der Fahrtroute. Übernachtungen: In Danzig, Allenstein, Goldap und Thorn in guten Mittelklassehotels, alle Übernachtungen sind mit Frühstück und Halbpension. Im Preis, bitte bei Annelies Trucewitz anfragen, inbegriffen sind Stadtführungen, Besichtigungen, Masurienrundfahrt, Rundfahrt Kreis Goldap/Rominter Heide, Kloster Wigry, Schifffahrt auf dem Oberländischen Kanal und vieles mehr. Sachkundige, deutschsprachige Reiseleitung zu allen Programmpunkten.

Die Reise wird in dieser Form bei einer Mindestteilnehmerzahl von 25 Personen stattfinden, eine Reiserücktrittversicherung wird empfohlen und kann mit gebucht werden. Anmeldungen und weitere Auskünfte zu Preisen, Fahrtrouten und Erkundungsfahrten im Kreis Goldap bei: Annelies Trucewitz, stellvertretende Kreisvertreterin, Telefon (04142) 3552.



BILD: SHUTTERSTOCK

## 600 Jahre Lyck

**Reise der Kreisgemeinschaft Lyck zum Stadtjubiläum vom 25. Mai bis zum 1. Juni.** Stettin wird am 25. Mai den Auftakt zur acht-tägigen Reise durchgeführt von Bärbel Wiesensee.

Leistungen: Busfahrten im Fernreisebus, eine Übernachtung mit Halbpension im Hotel Panorama in Stettin, eine Übernachtung mit Halbpension im Hotel Novotel Centrum in Danzig, vier Übernachtung mit Halbpension im Hotel Rydzewski in Lyck, eine Übernachtung mit Halbpension im Hotel Ilonn Hotel in Posen, sieben Mal Halbpension als Dreigang-Abendessen oder Buffet, Zimmer mit Dusche oder Bad/WC, Stadtführung Stettin, Stadtführung Danzig, Ortstaxe Polen. Weitere Infos: Kreisgemeinschaft Lyck, Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313, E-Mail: [bwiesensee@aol.com](mailto:bwiesensee@aol.com).

WORMDITT

# Brennen wegen teuflischer Frömmigkeit

Peter Zwicker wurde Ostpreußens schlimmster Inquisitor und schickte viele Unschuldige zum Sterben auf den Scheiterhaufen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Einer der bekanntesten Inquisitoren des Mittelalters war Bernardo Gui. Der Dominikaner, der auch in Umberto Ecos Bestseller „Der Name der Rose“ eine ausnehmend finstere Rolle spielt, schickte allerdings nur 42 der fast eintausend Ketzer, die er verurteilte, auf den Scheiterhaufen. Insofern wurde Gui von Peter Zwicker aus Wormditt in Ostpreußen an grausamer Effizienz weit übertroffen, weil dieser nach Aussage einiger noch existierender Quellen mindestens 200 angebliche Häretiker verbrennen ließ.

Zwicker, der Mitte des 14. Jahrhunderts auf die Welt gekommen sein soll, studierte an der Prager Karls-Universität Theologie und bekleidete danach das Amt des Rektors am Gymnasium in Zittau. Dann trat er 1381 in das von Kaiser Karl IV. gegründete Kloster auf dem Berg Oybin ein, wobei er später auch noch zu dessen Prior avancierte. Das Kloster gehörte dem Orden der Cölestiner, der 1244 als Abspaltung des Benediktiner-Ordens entstanden war und auf den späteren Papst Coelestin V. zurückging.

## Österreicher im Ketzervisier

Im Jahr 1390 wurde Zwicker gemeinsam mit dem Priester Martin von Prag von Karl IV. und Papst Bonifatius IX. mit der Verfolgung der „ketzerischen“ Waldenser beauftragt. Diese waren bereits lange vor dem Aufkommen der Reformation schon Protestanten und standen seit 1184 im Konflikt mit der katholischen Kirche, weil sie deren Heiligenverehrung und die Ablässe ablehnten, welche eine wichtige Einnahmequelle des Klerus darstellten. Der setzte deshalb die Inquisition auf die Waldenser an, die ab 1230 in verschiedenen Regionen des Heiligen Römischen Reiches tätig wurde.

Zwicker begann seine Inquisitoren-Laufbahn in Prenzlau, Angermünde und



Die Inquisition im Mittelalter: Frauen, Kinder, alte Menschen – niemand war vor der blutig-mörderischen Raserei der von der Kirche beauftragten Inquisitoren sicher, trotz per Folter erzwungener Geständnisse Bild: mauritius images/Paul Fearn/Alamy/Alamy Stock

dem angrenzenden Pommern, bevor er ab 1391 auf Initiative des Passauer Fürstbischofs Georg von Hohenlohe ein ständiges Tribunal in der oberösterreichischen Stadt Steyr einrichtete. Im gleichen Jahr verfasste der Ostpreuße zudem unter dem Pseudonym Petrus de Pillichsdorf eine Streitschrift mit dem Titel „Tractatus contra articulos Waldensium“.

## Radikalisierung nach Attentat

Steyr galt als Zentrum der Waldenser-Bewegung in Österreich. Allerdings fahndete Zwicker von 1392 bis 1394 auch in Gera, Erfurt und Stettin nach Ketzern. In der letztgenannten Stadt leitete er unter anderem ein Massenverfahren gegen gleich

443 Angeklagte. Dann kam das Jahr 1395, in dem der Inquisitor wieder in Österreich agierte. Nun residierte Zwicker im Kloster Garsten bei Steyr, wo ein Mordanschlag auf ihn fehlschlug: Unbekannte versuchten dabei vergeblich, seine Unterkunft niederzubrennen.

Dabei war Zwicker bis dahin noch relativ milde als Inquisitor vorgegangen. Die meisten der von ihm verhängten Strafen waren Bußstrafen, allen voran die Verpflichtung zum Tragen eines Schandzeichens in Form des blauen Ketzerkreuzes an der Vorder- und Rückseite der Bekleidung. Das Attentat führte bei dem Cölestiner-Mönch jedoch nun zur Radikalisierung. So appellierte er voller Leidenschaft

an den gesamten Klerus und die weltlichen Herrscher seiner Zeit, härter als bislang gegen die Waldenser vorzugehen: „Mögen Acht haben alle katholischen Fürsten, mögen sie sich anstrengen, dass alle die nichtswürdigen Häretiker, die mit Mord und Brand drohen, gefangen, peinlich verhört und zur Einheit des katholischen Glaubens zurückgebracht werden!“

## Selbst Kinder ließ er foltern

Außerdem intensivierte Zwicker die Verfolgung der angeblichen Ketzer in Österreich, wo er allein im Jahre 1397 mehr als tausend Personen vor Gericht zerterte und rund einhundert davon verbrennen ließ. Dabei schreckte der Inquisitor auch nicht

vor Folter und der Verurteilung von Kindern zurück. Aus den überlieferten Akten lassen sich etliche Einzelschicksale wie das von Elsa Feuer aus Dambach rekonstruieren. Die Frau erhielt 1391 zunächst eine Bußstrafe und wurde dann später auf Geheiß Zwickers verbrannt.

## Vor neuem Morden selbst gestorben

Nachdem er die Waldenser-Bewegung in Österreich weitestgehend zerschlagen hatte, operierte Zwicker ab 1400 in der heutigen Slowakei und Ungarn. Wie aus den Quellen hervorgeht, war sein Furore zu dieser Zeit so heftig, dass er in Ödenburg (Sopron) sogar die Häuser angeblicher Waldenser schleifen ließ und den Befehl gab, die Leichname verstorbener Ketzer aus ihren Gräbern zu reißen, um sie dann auf den Scheiterhaufen zu werfen und sie quasi noch einmal zu töten.

Im Jahr 1403 reiste Zwicker nach Wien, wo er sein Wirken fortsetzen wollte. Dabei ereilte ihn allerdings vor dem Beginn weiterer Untersuchungen gegen die ortsansässigen Häretiker der Tod. Der Leichnam des Cölestiner-Mönchs mit den ostpreußischen Wurzeln wurde anschließend ins Kloster Garsten überführt und dort bestattet.

## Päpstliche Bitte um Verzeihung

Das Inquisitorenamt Zwickers ging nach dessen Tod an einen gewissen Stephan Lamp, Pfarrer von Gutau in Oberösterreich. Der strengte offenbar keine weiteren Verfahren gegen Waldenser mehr an, was zeigt, mit welcher unbarmherziger Gründlichkeit sein Vorgänger agiert haben muss. Andererseits erfolgte aber keine vollständige Ausrottung der Waldenser in Europa.

In der Schweiz und Italien konnte die Bewegung sogar bis heute überdauern. Und 2015 bat Papst Franziskus dann schließlich die Waldenser inständig um Vergebung für die gnadenlose Verfolgung während der Zeit des Mittelalters.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

## Regionales darf auch mal gruseln

Auch in der Woiwodschaft Lebus ist die deutsche Regionalgeschichte aktuell sehr en vogue

Rechtzeitig zum Frühlingsbeginn bieten Bibliotheken der Woiwodschaft Lebus [województwo lubuskie] – also in Ostbrandenburg und nördlichen Teilen Niederschlesiens – Workshops, Autorentreffen oder Diskussionen an, die an das deutsche Erbe anknüpfen.

So feiert Landsberg an der Warthe [Gorzów Wielkopolski] Christa Wolf. Die 2011 verstorbene Schriftstellerin kam am 18. März 1929 in Landsberg zur Welt. Die Tochter der Kaufleute Otto und Herta Ihlenfeld lebte 16 Jahre lang in Landsberg und ging dort bis kurz vor Kriegsende zur Schule. Nach der Flucht vor der Roten Armee fand die Familie 1945 in Mecklenburg eine neue Heimat. Von 1949 bis 1953 studierte sie Germanistik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Universität Leipzig. 1951 heiratete sie ihren Studienfreund sowie späteren Schriftsteller und Verleger Gerhard Wolf, mit dem sie bis zu ihrem Tod zusammenblieb.

Christa Wolfs Erfahrungen aus ihrer Landsberger Zeit gaben ihr, wie Herausgeberin Angela Drescher in „Christa Wolf: Auskunft“ schreibt, „einen elementaren Antrieb für ihren weiteren Werdegang als Schriftstellerin“. Im Rahmen der Geburtstagsveranstaltungen organisierte die

Landsberger Herbert-Bibliothek in der Villa Lehmann gleich mehrere Begegnungen. Darunter wurde die Erzählung „Was bleibt“ vorgestellt. Unter dem Motto: „Zurück in die Vergangenheit. Christa Wolf und ihr Koffer voller Erinnerungen“ sprach Małgorzata Czabańska-Rosada über Wolfs Leben in Landsberg und ihr späteres Schicksal als von der Stasi beobachtete und drangsalierete Schriftstellerin. Auch ein Floristikurs unter dem Namen „Ein Blumenstrauß für Christa“ erinnert an die deutsche Schriftstellerin.

Die Heimatstadt Christa Wolfs bietet ebenso Geschichtsvorträge zur besseren Einordnung ihrer literarischen Werke und des deutschen Erbes generell an. „Die vergessene Provinz Neumark und das Lebusser Land – gemeinsame Wurzeln“, ist eines der Themen, die sich mit dem östlich der Oder gelegenen Landstrich befassen. Diese historische Landschaft bildete von 1535 bis 1815 neben der Kurmark einen der beiden Landesteile der Mark Brandenburg. Sie gehörte anschließend bis 1945 zur preußischen Provinz Brandenburg.

„Groß Damme [Dąbrówka] – Neu Bentschen [Zbąszynek] oder das deutsch-polnische Fußballspiel. Einige Worte zu Grenzüberschreitung“ heißt ein Vortrag von Ka-



Die Saganer Stadtbibliothek in barocken Gemäuern widmet sich neuer polnischer Literatur mit deutschem Bezug Bild: Wagner

tarzyna Zielińska in der Villa Lehmann in Landsberg, das historische Rivalitäten entlang der einstigen deutsch-polnischen Grenze der Zwischenkriegszeit aufgreift und damit das weitere Hinterland ins Spiel bringt. Allein schon der Sitz der Herbert-Bibliothek, die Lehmann'sche Villa, das Jugendstilgebäude aus dem frühen 20. Jahrhundert in der einstigen Küstriner

Straße [ul. Władysława Sikorskiego 107], erzählt ein Stück deutscher Geschichte der Stadt. Es war das Wohnhaus der Industriellen Hans und Liesbeth Lehmann. Dort kann man die originale Ausstattung bewundern: einen floralen Kamin, einen Kachelofen, einen Tresor, einen Kronleuchter, ein prächtiges Glasfenster an der Ostfassade und Holzschnitzereien.

Die Stadtbibliothek im 160 Kilometer entfernten Sagan [Żagań] auf der bereits schlesischen Seite der Woiwodschaft widmet sich neuer polnischer Literatur, die das deutsche Erbe erzählt. So wird eine Lesung mit der Autorin Paulina Pudło organisiert, die einen im 19. Jahrhundert spielenden Gruselroman verfasste. Sie beschreibt darin, wie ein junger Pfarrer, Erich von Reuss, ins Dorf Kay [Kije] kommt. Kay liegt in der Gemeinde Züllichau [Sulechów]. Bald stellt sich heraus, dass seine neue Arbeitsstelle nur auf den ersten Blick ein ruhiger Ort am Waldrand ist. Denn er birgt dunkle Geheimnisse. Als ein Mord ans Licht kommt und eine schöne Fremde das Pfarrhaus heimsucht, beschließt von Reuss dem Rätsel nachzugehen. Unterstützt von einem Freimaurer und einer exzentrischen Gräfin muss er entscheiden, ob er seine große Liebe oder seine Seele opfert. Pudło ist Archivarin und Antiquitätensammlerin. Sie absolvierte die Universitäten Lodsch [Łódź] und Krakau im Fach Literatur, Theater und audiovisuelle Künste. Vor allem junge Leser wollen die Geschichten ihrer Heimatorte lesen, denn Regionalismus sei en vogue, so die Autorin. Darauf setzen wohl auch die Bibliotheken. Chris W. Wagner

## BELOWSCHER BEWEGUNG

## Auf der Suche

Verschiedene Strömungen auf dem Weg der „richtigen“ Glaubensfindung

VON TORSTEN SEEGER

Wir sind bereits auf die Pommersche Erweckungsbewegung mit einem seiner Führer Adolf von Thadden (1796–1882) eingegangen (siehe PAZ vom 24. Januar) und hatten uns auch mit der pommerschen Mission des Methodismus auseinandergesetzt. Zwischen beiden Glaubensströmen gibt es Verbindungen. Denn der pommersche Methodismus speiste sich, wie wir heute wissen, aus der Belowschen Bewegung, und diese wiederum war auch Teil der Pommerschen Erweckungsbewegung.

Rückblick: Die Erweckungsbewegung hatte Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts auch in Pommern ihre Wurzeln gleich einer Graswurzelbewegung geschlagen – wobei sie Zeitzeugen hier als weitaus kräftiger, gesünder, nüchterer und viel tiefer gehend beschrieben als anderswo: Pflugrade, Rützow, Simoizel, Robe, Zedlin, Voigtshagen, Nehmer, Semerow, Wusterwitz oder Zarben waren nur einige der Orte, die von der Bewegung mitgerissen wurden.

Sie entwickelte sich nach den Befreiungskriegen. Damals wandte man sich zunächst einem frühen Anführer der „Erweckung“ in Berlin zu: Hans Ernst von Kottwitz. Der schlesische Adlige war Teil der Erweckungsbewegung und gab nach den Napoleonischen Kriegen arbeitslos gewordenen Handwerkern eine Beschäftigung an Spinnrad und Webstuhl und wurde so Inspiration für die Pioniere der protestantischen Diakonie und der Inneren Mission.

1822 begann man sich auch in den pommerschen Kreisen Stolp, Schlawe und Rummelsburg vom geordneten öffentlichen Gottesdienst abzusondern. Und dies geschah unter der besonderen Führung der drei Brüder von Below, auf Reddentin, Gatz und Seehof. Die Bewe-



Zirka zwölf Kilometer westlich von Stolp: Schloss Reddentin, einst Zentrum der Belowschen Bewegung. Es überstand den Krieg, wurde 1973 gesprengt

egung speiste sich aus dem Pietismus und verstand sich als Gegenbewegung zur vom preußischen König Friedrich Wilhelm III. verordneten Kirchen-Union reformierter und lutherischer Gemeinden.

In Bibelstunden und Gebetsversammlungen fand man sich zusammen unter Vermeidung sogenannter „weltlicher Luft“ wie Theater, Tanzen, Spielen, Rauchen und Trinken. Während man anfänglich noch die Verständigung mit den örtlichen Pastoren suchte, strebte man schon bald danach „gläubige Pastoren“ zu erhalten. Da an der Spitze der Bewegungen pommersche Adlige standen, übten diese ihren Druck mit dem Patronatsrecht als Grundherren aus.

Bis dahin, das zeigen sowohl die Beispiele der Rittergutsbesitzer Adolf von Thadden auf Trieglaff und Heinrich Friedrich von Below (1792–1855) auf Seehof, übernahmen sie als Grundherren selbst die Predigten und erweiterten die An-

dachten zu vollständigen Gottesdiensten. Da die Menge der Gläubigen, besonders in Seehof, durch Heilsbegierige und Neugierige rasch anwuchs, mussten die Zusammenkünfte ins Freie in den Hof und Garten verlegt werden.

Obleich die Regierung, ebenso wie die alten Pastoren der Kirchen-Union, die neuen Umtriebe beargwöhnten und sogar mit Verboten und Strafen belegten, ebnete die Belowsche Bewegung erst ab, als zwei der Brüder von Below, Karl und Gustav – auf Gatz und Reddentin – die Versammlungen einstellten und sich mehr der Theosophischen Lehre hingaben. Lediglich Heinrich Friedrich von Below hielt weiterhin in Seehof Glaubensversammlungen ab.

Die Durchsetzung der Kirchen-Union, wie bereits am Beispiel von Trieglaff beschrieben, setzte nicht nur eine Auswanderungsbewegung nach Amerika in Gang, sondern traf auch auf den massiven Wi-

erstand der „Erweckten“. Innerhalb der neuen Kirchen-Union kam es einerseits zu Gruppierungen wie der „Evangelischen Gemeinschaften innerhalb der Landeskirche“ und andererseits zu Kirchenaustritten.

Von Below trat mit seiner Seehofer Gemeinde zusammen mit der von Dünnow zu den „Altlutheranern“ über. Um sich nach einem anderen Pastor umzusehen, war er bereits im März 1825 nach Berlin gereist und fand ihn dort in Adolf Zahn, der zuvor Hauslehrer beim Grafen Anton Stolberg war. Die gemeinsame Fahrt nach Pommern führte Heinrich von Below und Adolf Zahn im offenen Wagen über Stettin, Trieglaff und Rottenow.

Überall, wo er zu außerkirchlichen Versammlungen kam, musste er, eben vom Wagen gestiegen, sofort vor hundert Seelen predigen. Ihm fiel auf, dass es eine innere Bewegung der Menschen gab, begleitet von lautem Seufzen, Schluchzen und lebhaften Gebärden. Auffällig für Zahn: Es wurde stehend gebetet, und zum Glaubenssatz hatte man erkannt, sich von der falschen Lehre in der Kirche „in jeder Form und unter jeder Bedingung fernzuhalten“.

Die seligen Nachwirkungen der Erweckungsbewegungen waren vielfältig: Neben der Gründung von Rettungs- und Waisenhäusern, wurden auch Herbergen zur Heimat begründet. Die separierten „Belowianer“, wie die Anhänger der Belowschen Bewegung genannt wurden, gingen später als gläubige Strömungen in die Methodisten, Irvingianer und Baptisten Pommerns über. So endet dieser Teil der pommerschen Glaubensgeschichte.

Ihr Beginn wurde aber bereits in den Befreiungskriegen gelegt, durch die Begegnung der Brüder von Below mit der Frömmigkeit und dem Pietismus. Für Karl, Gustav und Heinrich Friedrich war es mehr als ein Abschied von „Glas, Karten und Pfeife“.

## SAKRALES JUWEL

## Otto von Bamberg war der Gründer

Gotteshaus im Herzen von Stettin – St.-Peter-und-Paul gilt als älteste Kirche Pommerns

Die St.-Peter-und-Paul-Kirche im Stadtzentrum von Stettin entstand nach Plänen des Baumeisters Heinrich Brunsberg vor 600 Jahren. Vorausgegangen waren einfache Vorgängerbauten. Sie überstand die Wechselfälle der Geschichte und gilt heute als älteste Kirche der Stadt und Pommerns. Einst evangelisch, wird sie inzwischen von der Katholischen Kirche Polens als Gotteshaus genutzt.

Die Kirchengeschichte Stettins begründete Bischof Otto von Bamberg, der während einer Missionsreise 1124 eine kleine Holzkirche für die Fischer erbauen ließ, die 1189 durch einen Brand zerstört wurde. Es folgte ab 1223 eine erste kleine Kirche aus Backstein, die dann nicht mehr ausreichte. Der Pommernherzog und die reichen Bewohner der Unterwiek von Stettin verlangten nach einem größeren und repräsentativeren Sakralbau. Damit wurde der damals bereits berühmte Baumeister Brunsberg beauftragt.

Brunsborg, von dem nur wenige schriftliche Quellen überliefert sind, stammte aus dem Deutschordensland. Er wirkte zunächst in Danzig, ehe er nach Stettin ging und maßgeblich die gesamte mittelalterliche Backsteingotik im östlichen Norddeutschland prägte. Seine Bauspuren lassen sich heute von Sachsen-An-

halt über Brandenburg bis ins Pommerland zurückverfolgen.

Eine Hauptwirkungsstätte war Stettin. Die Palette der Stettiner Brunsberg-Bauten reichte vom Umbau des historischen Rathauses über die Kathedrale St. Jacobi bis zur St.-Peter-und-Paul-Kirche in der Nähe des ehemaligen Klosterhofes.

Brunsborg schuf am Standort des Vorgängerbaus eine gotische Hallenkirche mit fünf Jochen und drei Schiffen. Hinzu kam am nördlichen Seitenschiff eine Sakristei mit Krypta. Einen Blickfang bilden außen die Nischen mit Konsolen und recht realistisch gestalteten Terrakottaköpfen als Porträts von Stettiner Bürgern. Die ge-

samte Außenansicht ähnelt stark der Stettiner Jakobikirche, die ebenfalls von Brunsberg geschaffen worden war.

Das Kircheninnere wurde nach der Fertigstellung mit Altären und Kunstschätzen reich ausgestattet, die allerdings über die Zeitenwechsel mehrheitlich verloren gingen. Nach der Reformation war die Gemeinde zum Verkauf von Kirchenschätzen gezwungen, um eine überfällige Sanierung finanzieren zu können.

1677 gab es dann einen Großbrand mit umfangreichen Zerstörungen. Der vollständige Wiederaufbau dauerte bis 1792. Ab dieser Zeit überspannte den Innenraum ein Holzgewölbe, das danach vom Maler Philipp Hans Eichner mit „Polychromien“ gestaltet wurde. Darunter versteht man eine vielfarbige Verzierung von Kunstgegenständen.

Im 18. Jahrhundert kamen durch Stiftungen neue Kunstwerke in die Kirche, die anteilig erhalten blieben. Aus heutiger Sicht verdienen besondere Beachtung die Polychromien mit Darstellungen der Ägyptischen Plagen, drei besondere Kronleuchter und 21 Epitaphe. Die evangelischen Kirchenbücher der Kirche blieben erhalten und befinden sich heute im Evangelischen Zentralarchiv in Berlin-Kreuzberg. *Martin Stolzenau*



Herausragendes Kunstwerk in der Kirche: die Polychromie auf dem Gewölbe

## MELDUNGEN

## Diagnostik, Windpark und „Vor 80 Jahren“

**Greifswald** – Ein neues Verfahren zur präzisen Diagnostik des Greifswalder Unternehmens Nipoka soll die Versorgung von Nierenpatienten revolutionieren. Zum Einsatz gebracht wird es in Kooperation mit der Universität Texas Medical Branch nun vorerst in den Vereinigten Staaten. *TS*

**Schlawe** – Der Bau der Schnellstraße S 6 zwischen Schlawe und Zanow geht voran. Der 23,17 Kilometer lange Abschnitt mit seinen vier Überführungen soll bis Ende August 2025 abgeschlossen werden. Die Investitionen betragen nach gegenwärtigen Informationen etwa 156 Millionen Euro. *TS*

**Stettin** – Ein Flug aus Gollnow nach London hätte am 8. März in einer Tragödie enden können. Bei der Landung auf dem Flughafen London-Stansted sank das Flugzeug unkontrolliert 160 Meter in die Tiefe. Einem davon betroffenen Hubschrauber gelang allerdings noch ein Ausweichmanöver. *TS*

**Pasewalk** – Bei der Vorpommern-Auswahl der U18-Kegler sind die Pasewalker eine echte Stütze, allerdings haben sie ein Problem: Um zukünftig auch wieder in der zweiten Bundesliga spielen zu können, fehlt Geld und eine wettkampffähige Bahn. *TS*

**Stolp** – Die „Baltic Digital Library“, die sich in der Städtischen Bibliothek befindet, hat seltene Aufnahmen aus dem wirtschaftlichen Leben Stolps digitalisiert, darunter Fotos aus einem Wettbewerb von 1937. Der Betrachter erhält interessante Einblicke in das damalige Berufs- und Wirtschaftsleben. *BS*

**Stettin** – Der traditionelle Ostermarkt findet auch in diesem Jahr vom 11. bis 13. April am Königsplatz/Blumenallee statt. Traditionelle Handwerkskunst, leckere kulinarische Spezialitäten und Musikdarbietungen versprechen eine perfekte Einstimmung in die Osterfeiertage. *BS*

**Damerkow** – Der fast 100 Kilometer lange Fluss Lupow, der Hinterpommern in Süd-Nord-Richtung durchzieht und in die Ostsee mündet, soll am 22. März gesäubert werden. Organisiert wird die Aktion durch Damerkower Angler, die so einen Beitrag zu Natur- und Umweltschutz leisten. *TS*

## Vor 80 Jahren: Kolberg 1945

Nach Gollnows Fall ist der hinterpommersche Raum am 10. März von der Roten Armee besetzt. Kolberg leistete wie die Brückenköpfe Dievenow, Langenberg und Stettin noch Widerstand. Bis zum 14. März verwandelte sich Kolberg in eine wahre Hölle. Zehntausende schutzloser Menschen irrten umher, die Verteidigung bestand nur noch aus zirka 2200 kämpfenden Soldaten. Entscheidend war der 17. März: Am späten Abend wurde die Waldenfellschanze, die bisher immer gehalten werden konnte, erobert. Viele Menschen versuchten einen Platz auf einem der Schiffe zu ergattern, um gen Westen zu entkommen. Cajus Bekker schrieb in seinem Buch „Ostsee – Deutsches Schicksal 1944–1945“: „Während der elftägigen Schlacht sind rund 70.000 Flüchtlinge, 2000 Verwundete – und in den letzten beiden Nächten nochmals 5500 Soldaten – und somit nahezu alle Deutschen, die sich in der Stadt befanden, über See gerettet worden.“ *BS*

# „Die Gedanken sind frei“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Die PAZ ist eine wichtige Alternative zu unseren ‚Staats-Einheitsmedien‘. Machen Sie weiter so, das ist Licht am Ende des Tunnels“

Dr. Dietzmann, Buchholz



Ausgabe Nr. 10

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## EUROPÄISCHE SCHLAFWANDLER ZU: GERÄT EUROPA IM UKRAINE- KRIEG ZWISCHEN ALLE FRONTEN? (NR. 10)

Es wird leider immer deutlicher, welche große Chance für eine dauerhaft friedliche Welt mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch der UdSSR seit 1990 verschlafen wurde. Um es mit den Worten des Historikers Christopher Clark zu sagen: Das Talent europäischer Politiker scheint seit 1914 darin zu liegen, einem ausgeprägten Schlafwandel zu frönen. Dass es überhaupt zu dieser Frontenbildung kommen konnte, ist der abenteuerlichen angloamerikanischen Politik des militärisch-industriellen Komplexes der Nachkriegsjahre zu verdanken, die ausschließlich auf ein Wettüben ausgerichtet gewesen war. Krieg als Geschäftsmodell ist finanziell lukrativer als Friedenspolitik.

Mit den positiven Impulsen von der in Insolvenz befindlichen sowjetischen Regierung wusste man nicht umzugehen und war darauf gar nicht eingestellt. Die sich zunächst zaghaft und dann immer weiter vertrauenswürdig entwickelnden Schritte führten letztlich in eine Politik, die zur Teil-Wiedervereinigung Deutschlands führte. Diesen Politikwandel hatten die EU-Politiker nicht im Ansatz kommen sehen und zeigten sich zum Teil auch in ihren Äußerungen erkennbar hilflos.

Die „Eiserne Lady“ Margaret Thatcher tat sich schwer mit dem Zulassen der Wiedervereinigung, weil ein weiteres wirtschaftliches Erstarken durch ein vereintes Deutschland den englischen Wirtschaftsinteressen diametral entgegenstand. Andererseits bestand erheblicher Aufholbedarf in den Staaten, die nun in die EU drängten.

Nach der Zusage, dass keine NATO-Osterweiterung erfolgen würde, wurde der Warschauer Verteidigungspakt von 1955 aufgelöst. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte in Brüssel die Aufgabe bestanden, über europäische Erfordernisse, Interessen und Möglichkeiten nachzudenken, Handel und Verteidigung neu zu

definieren und die NATO ebenfalls – wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage – aufzulösen.

Leider hatte man sich aber in über 40 Jahren daran gewöhnt, dass selbstständig europäisch zu denken nicht gefragt war und man lieber angloamerikanische Vordenker politische Vorgaben formulieren ließ. Es lag also nahe, dass man sich das Fell des erlegt geglaubten russischen Bären zu günstigen Bedingungen teilen könnte, wenn man sich die gedanklichen Vorgaben des amerikanischen Präsidentenberaters Zbigniew Brzezinski zu eigen machte. Dieser sah den Schlüssel zur Aufteilung Russlands in viele kleinere Teilstaaten unter anderem auch in der Ablösung der Ukraine vom russischen Staatenverbund.

Wie wechselhaft US-amerikanische Politik sein kann, hat sich in den letzten Dekaden seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges öfter gezeigt. Wenn Kriege verloren oder nicht zu gewinnen sind, gelten die kaufmännischen Grundsätze, dass man gutes Geld schlechtem nicht hinterwirft. Man verzichtet sich über Nacht, wenn der Kampf unlukrativ wird und hinterlässt unter Abschreibung beziehungsweise Zurücklassung von Verbündeten und Material den Kampfplatz. Vietnam und Afghanistan sind hierfür unter anderem beste Beispiele.

Donald Trump hat nun, im Gegensatz zu seinem bisherig in der Sache versagendem Vorgänger, einen neuen Weg eingeschlagen, indem er die Strategie verfolgt: „Kannst Du Deinen Gegner nicht schlagen, dann verbünde Dich mit ihm.“ So ist jedenfalls gewährleistet, dass der bisher geleistete Kapitaleinsatz in Form von Bodenschätzen kompensiert werden kann. EU-Politiker, die bestenfalls durch fragwürdige Geschäfte mit Impfdosen auffällig geworden sind, können ihre politischen Interessen in dieser Form zur Wahrung des Allgemeinwohls nicht durchsetzen, weil sie ihre der Ukraine zur Verteidigung überlassenen Waffen und Gerätschaften unentgeltlich zur Sicherung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit zur Verfügung gestellt haben.

Abschließend sei angemerkt, dass die Ukraine kein EU-Mitglied ist und die EU zu gar nichts verpflichtet gewesen wäre. Die vielbelächelte frühere deutsche Verteidigungsministerin Christine Lambrecht hatte mit der Lieferung von Schutzhelmen den richtigen militärischen Ansatz, der Krieg wäre heute lange zu Ende gewesen, und das Töten hätte sich in wesentlich kleinerem Umfang in Grenzen gehalten. Experten, ob wissenschaftlicher oder militärischer Natur, können sich für den kleinen zur Wahlurne eilenden Bürger zu einem wahrhaften Fluch entwickeln. *Rudolf Neumann, Ahrensburg*

## VERTRETER NACH DEM TOD ZU: ZWISCHEN EBERT UND HINDENBURG (NR. 10)

Zu dem sehr informativen Beitrag seien zwei zusätzliche Anmerkungen erlaubt.

Erstens: Es ist korrekt, dass im Artikel 51 der Weimarer Reichsverfassung festgelegt war, dass der Reichspräsident im Falle seiner Verhinderung „zunächst“ durch den Reichskanzler zu vertreten sei. Dies war zum Zeitpunkt des Todes Eberts Hans Luther, der daher auch vorerst kommissarisch das Amt des Reichspräsidenten mit ausübte. Bei einer längeren Vertretung jedoch, mit der in diesem Fall zu rechnen war, sollte ein Reichsgesetz die Vertretung regeln. Ein solches gab es aber noch nicht, sondern es musste erst kurzfristig geschaffen werden.

Am 10. März 1925 wurde dann das Gesetz über die Stellvertretung des Reichspräsidenten verabschiedet, welches bestimmte, dass dem Präsidenten des Reichsgerichts bis zum Amtsantritt eines neuen Reichspräsidenten die Vertretung obliege. Am folgenden Tag trat es in Kraft, und so fungierte denn bis zum Amtsantritt Hindenburgs am 12. Mai des Jahres der seinerzeitige Präsident des Reichsgerichts, Walter Simons, kommissarisch als Staatsoberhaupt. Gleichwohl galt Artikel 51 zunächst weiter, nach dem die kurzfristige Vertretung vom Reichskanzler ausgeübt werden sollte, und erst das verfassungs-

ändernde Gesetz vom 17. Dezember 1932 bestimmte dann endgültig, dass grundsätzlich der Präsident des Reichsgerichts Stellvertreter des Reichspräsidenten sei.

Zweitens: Aufschlussreich ist auch der Hinweis in dem Beitrag, dass der Reichsrat laut Artikel 65 der Verfassung nicht einmal einen Präsidenten, sondern nur einen Vorsitzenden hatte, den „ein Mitglied der Reichsregierung“ führen sollte. Hierzu sei gesagt, dass dies in der Regel der Reichsinnenminister war, aber eben nicht immer, sodass sich auch nur schwerlich eine Liste der jeweiligen Vorsitzenden des Reichsrates erstellen lässt, wozu man nämlich sämtliche Protokolle der Sitzungen einsehen müsste. Im Gegensatz dazu können die Präsidenten des heutigen Bundesrates, die jährlich wechseln, seit 1949 allesamt namentlich aufgeführt werden, und gleiches gilt für den Bundesrat des Kaiserreiches zwischen 1871 und 1918, dem als Vorsitzender (auch nicht als Präsident!) der Reichskanzler vorstand. *Wolfgang Reith, Neuss*

## GENSCHER HATTE VORFAHRT ZU: KÖNIGSBERG – WAS KOMMT NACH DEM „ROBOTERKOPF“ (NR. 7)

Wir, das heißt mein Sohn und ich, waren 1992 in Königsberg. Nicht alle konnten direkt in Königsberg untergebracht werden, und so mussten wir außerhalb wohnen. Wir hatten eine russische Lehrerin als Betreuung.

Als wir mit einem Kleinbus unterwegs waren, hieß es, schnell an den Straßenrand fahren. Es kam uns ein Konvoi entgegen. Die Betreuerin sagte, „das ist euer Genscher“. Damals wollte uns Russland das Land zurückgeben, und wir haben es nicht genommen. Keiner in Deutschland wusste davon.

Wenn ich an die Reise von Olaf Scholz zu Wladimir Putin denke und an sein Gesicht bei der Rückkehr, da werden Sie wohl glauben, woran ich gedacht habe. Es mag stimmen oder auch nicht. Die Gedanken sind frei. *Dorothea Jahnke, Blaustein*

ANZEIGE

## Eines der wohl größten Verbrechen in der Geschichte der Menschheit

■ Der islamistische Terror geht in Deutschland in einen Bürgerkrieg über, immer mehr Kinder sterben, immer mehr Frauen werden vergewaltigt, Messerangriffe nehmen drastisch zu, die Gewalt explodiert, der öffentliche Raum ist zur Gefahrenzone geworden. In den Schulen stürzt das Bildungsniveau ab, der durchschnittliche IQ der Bevölkerung sinkt, Konzerne und Leistungsträger wandern ab, die Infrastruktur zerfällt, Andersdenkende werden verfolgt und kriminalisiert: Überall in Staat und Gesellschaft sind die Zerfallerscheinungen unübersehbar. **Deutschland und Europa werden unwiederbringlich zerstört.**

Ein Buch für alle, die die Hintergründe der aktuellen Entwicklungen verstehen wollen – schockierend, unbequem, aber unverzichtbar!

»Deutschland liegt längst auf der Intensivstation, allerdings ist weit und breit kein Arzt in Sicht, sondern nur linke Scharlatane.« *Werner Reichel*



Werner Reichel: Endspiel – Der Multikulticrash • gebunden • 383 Seiten • Best.-Nr. 991 330 • 23,- €

[www.kopp-verlag.de](http://www.kopp-verlag.de)

## GESUNDHEIT I

## Ein kosmisches Organ

Das menschliche Herz – Wunder- und Kraftwerk des Organismus, aber auch ein weltweites Sorgenkind

VON STEPHANIE SIECKMANN

Das menschliche Herz ist mit seinen 250 bis 350 Gramm (beim Erwachsenen) ein Leichtgewicht. Dabei leistet das nur faustgroße Organ permanent Schwerstarbeit. Jeden Tag bewegt das Herz das Blut durch die Gefäße des Körpers. Dazu nur ein paar Fakten: Mit jedem Schlag pumpt das Herz ungefähr 80 Milliliter Blut in den Körper. Bei einem Ruhepuls von 60 Schlägen pro Minute wird in dieser Zeit die gesamte, im Schnitt etwa fünf Liter umfassende Blutmenge einmal durch den gesamten Körper transportiert. Bei sportlicher Höchstleistung oder Aufregung dreht das Herz kräftig auf. Dann schlägt es bis zu 200-mal in der Minute und pumpt bis zu 30 Liter Blut in der Minute durch seine vier Kammern.

Der einzelne Herzschlag ist bereits beeindruckend. Doch die Kontinuität dieser Organarbeit bewirkt das wahre Wunder. Das Blut wird durch insgesamt rund 100.000 Kilometer Arterien, Venen und Kapillaren gepumpt, es reist also täglich rund zweieinhalbmal um die Erde. Den größten Teil dieser Wege machen dabei mit rund 80.000 Kilometer die Kapillaren aus. Wie beeindruckend die Leistung des Herzens ist, zeigt die Überlegung, dass man mit dem Auto für die Strecke bei 100 Kilometern pro Stunde etwa 40 Tage benötigen würde.

Das Herz schlägt mit Selbstverständlichkeit, meist pünktlich und verlässlich wie ein alter Wecker. Es leistet seine Arbeit Tag und Nacht im Hintergrund, im Takt des Lebens, in dem die Aufmerksamkeit meist anderen Dingen gehört: der Arbeit, den Verabredungen, den Abenden vor dem Fernsehen oder mit Freunden oder Familie und deren kleinen und großen Problemen. Man schenkt dem eigenen Herzen selten einen Gedanken – bis zu jenem Tag, an dem ein winziger Schmerz im Brustkorb einen Moment des Innehaltens bringt. Plötzlich ist sie da, diese Ahnung: Die stillen Dienste des Herzens sind keineswegs selbstverständlich.

**Einfluss der Psyche auf das Herz**

Bei Wissenschaft und Forschung steht das Herz seit Langem im Fokus. Laut der Weltgesundheitsorganisation werden jährlich 18 Millionen Todesfälle auf Herz-



Im Brustkorb schlägt es unaufhörlich: Das Herz bewegt im Schnitt fünf Liter Blut durch Arterien und Venen KI-Bild: Shutterstock

Kreislauf-Erkrankungen zurückgeführt. Das entspricht einem Drittel aller Todesfälle weltweit. Herzinfarkte machen einen sehr großen Anteil dieser Todesfälle aus.

Allein in Deutschland erleiden jährlich rund 200.000 Personen einen Herzinfarkt. Studien, die Ursachen von Herzkrankungen herausarbeiten wollen, werden ebenso durchgeführt wie Forschungsreihen zu Medikamenten, die helfen sollen, den Herztod zu verhindern. Es wird erforscht, wie KI bei der Erkennung von frühen Anzeichen einer koronaren Erkrankung unterstützen kann und wie mit Hilfe eines 3D-Druckers Herzmuskelzellen generiert werden können.

Für die Pharmaindustrie ist die große Anzahl der Herzkrankungen ein „Geschenk“, das Jahr für Jahr hohe Summen in die Kassen spült. Im Jahr 2022 wurden in Deutschland mehr als 500 Millionen Verordnungen für Herz-Kreislauf-Medikamente ausgestellt. Allein in der Kategorie ACE-Hemmer und Sartane zur Behandlung von Bluthochdruck waren es

rund 200 Millionen Verordnungen. Die sogenannten Betablocker brachten es auf rund 120 Millionen Verordnungen. Es gibt etliche weitere Herzmedikamente und Wirkstoffe, die auf die Herzgesundheit Einfluss haben.

Der US-amerikanische Arzt Thomas Cowan hat sich darüber Gedanken gemacht. In seinem Buch „Menschliches Herz, kosmisches Herz“ stellt er vieles in Frage. Ein grundlegender Gedanke ist: Betrachten wir das Herz wirklich aus dem richtigen Blickwinkel und der richtigen Perspektive? Stellen wir die richtigen Fragen? Sein Fazit: Wenn ein so intensiv erforschtes Organ trotz aller Bemühungen von Wissenschaftlern und Medizinern weiterhin so hohe Krankheits- und Todesfallzahlen bewirkt, müssen wir entscheidende Aspekte des Herzens und der Herzgesundheit bislang übersehen haben.

Dass seine These Potential hat, zeigt ein Exkurs in den Volksglauben: Die Redewendung „jemandem das Herz brechen“ ist uralte. „An gebrochenem Herz sterben“

galt lange als Aberglaube. Die Forschung hat sich bereits im 20. Jahrhundert mit dieser These beschäftigt. Doch erst in den 1990er Jahren wurde mit dem sogenannten Broken-Heart-Syndrom die medizinische Erkenntnis beschrieben, dass ein Mensch nach großem emotionalen Stress wie zum Beispiel dem Verlust eines geliebten Menschen durchaus an einem „gebrochenen Herz“ sterben kann.

**Es lauscht den Lebens-Rhythmen**

Cowan vermutet, dass das Herz weit mehr kann und ganz anders vernetzt ist, als wir bislang herausgefunden haben. Als ein Beispiel führt er an, dass Patienten nach Herztransplantationen Eigenschaften und Vorlieben des verstorbenen Herzspenders übernehmen. So können sie eine Vorliebe für eine ganz andere Musikrichtung entwickeln, sich zu ganz anderen Menschen hingezogen fühlen, oder sie verändern ihr Kommunikationsmuster, das Freizeitverhalten, Sportinteresse, Gestik oder Mimik.

Ein ganz besonderer Zweig der Medizin, die Anthroposophie, weicht in seiner Betrachtung des Herzens von der rein naturwissenschaftlichen Denkweise ab. Hier wird das Herz nicht als mechanische Pumpe gesehen, die das Blut durch den Körper bewegt. Hier wird das Herz als Sinnesorgan beschrieben, das auf die Rhythmen des Lebens lauscht. Als Zentrum des inneren Erlebens, als Vermittler zwischen Körper, Geist und Seele.

Nach Rudolf Steiner, dem am 30. März vor 100 Jahren gestorbenen Begründer der Anthroposophie, bewegt das Blut durch sein Fließen das Herz, nicht umgekehrt. Er betrachtete das Herz als Bindeglied zum kosmischen Rhythmus, das mit den Zyklen von Tag und Nacht, Mond und Sonne verbunden ist. Steiner ging davon aus, dass das Herz in Harmonie mit den Kräften des Universums schwingt.

Kurz: Herzkrankungen könnten nach der Anthroposophie ein Hinweis darauf sein, dass ein Mensch seine Verbindung zum Kosmos verloren hat. Aus dem universellen Rhythmus herausgefallen ist. Die Anbindung an die Natur verloren hat. Dieser Rhythmus steht für Harmonie, Balance und damit auch für Entspannung. In diesem Punkt unterscheidet sich die Anthroposophie gar nicht so sehr von der naturwissenschaftlichen Medizin. Auch hier wird Stress als ein Faktor angesehen, der erheblichen Einfluss auf die Herzgesundheit hat.

Eine gute Methode zur Herzunterstützung besteht darin, das Nervensystem, und hier vor allem den Parasympathikus des Menschen, zu unterstützen. Zur Verfügung stehen dafür Methoden wie Meditation, Entspannung oder das sogenannte Waldbaden, den Ruhezustand in der Natur. Die Forschung ist offensichtlich dabei, sich auf anderen, neuen Wegen an die Herzgesundheit heranzuarbeiten. Trotzdem scheint der Weg angesichts der vielen Herzkrankungen pro Jahr noch weit.



● **Dr. Thomas Cowan: „Menschliches Herz, kosmisches Herz“**, Kopp Verlag, Rottenburg a. N. 2024, Hardcover, 192 Seiten, 20 Euro

## GESUNDHEIT II

## Rauchen nur noch die Narren?

Ein ungesunder Lebensgenuss, der zunehmend aus der Mode gerät – Über den Bedeutungsverlust des Tabaks

Weltweit rauchen immer weniger Menschen. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation ist der Anteil der Raucher in den vergangenen 20 Jahren um ein Drittel gesunken. Heute gibt es auf der Erde 118 Millionen weniger Tabakkonsumenten als noch im Jahr 2005. Ganz radikal gehen die Briten vor: Von 2027 an sollen in England die Jahrgänge ab 2009 in ihrem Leben überhaupt keine Tabakwaren mehr erwerben dürfen.

Der frühere britische Premierminister Boris Johnson, selbst Nichtraucher, kann diesem Gesundheitsdiktat nichts abgewinnen. Das geplante britische Rauchverbot sei mit der angelsächsischen Idee der Freiheit nicht in Einklang zu bringen, so Johnson, der derweil an Winston Churchill erinnerte, der täglich acht bis zehn Zigarren paffte, vorzugsweise die kubanische Marke Romeo y Julieta.

Rauchen stand in früheren Zeiten für Genuss, Freiheit, Stimulanz, Erotik und Macht. Der Basta-Brioni-Kanzler Gerhard Schröder war ohne Rotwein und Zigarre nicht denkbar. Heute hat der bei den Sozialdemokraten in Ungnade gefallene Ex-Kanzler den Cohibas längst abgeschworen und wird von seiner südkoreanischen Ehefrau auch sonst auf Diät gehalten.

Während der Gründungskanzler Konrad Adenauer aufgrund eines Bronchialleidens strikter Nichtraucher war, qualmten seine Kollegen Ludwig Erhard, Willy Brandt, Herbert Wehner oder Helmut Schmidt parteiübergreifend ganze Tabakfelder leer. Auch Franz Müntefering und Peer Steinbrück griffen zumindest hin und wieder gern zum Zigarillo. Seit Deutschlands älteste Partei zumindest in der Spitze und in der Öffentlichkeit weitestgehend rauchfrei auftritt, ist sie viel-



Die Zigarette gehört zum Lebensstil dazu

leicht gesünder, aber mit Sicherheit nicht erfolgreicher.

Die lässig im Mundwinkel wippende Zigarette machte Marlene Dietrich erst zur Femme fatale und Humphrey Bogart zum harten Kerl in Gangsterfilmen. Überhaupt scheint das Rauchen unter Künstlern immer noch weiter verbreitet zu sein. Der feine Rauch der Zigarette soll die Phantasie freisetzen, selbst wenn Heinrich Heine und Johann Wolfgang von Goethe auch mutmaßlich ohne Glimmstängel dichten konnten.

Der Vegetarier George Bernhard Shaw, der im biblischen Alter von 94 Jahren verstarb, nannte die Kippe sogar „eine Prise Tabak, eingerollt in Papier mit Feuer an einem und einem Narren am anderen Ende“. Für seinen Landsmann Oscar Wilde hingegen war die Zigarette das „Urbild des perfekten Genusses“. Sie sei köstlich

und lasse uns zugleich unbefriedigt zurück – was natürlich sofort Lust auf die nächste Zigarette macht, die dann auch nicht zur Erlösung führt.

In seiner 1930 erschienenen „Geschichte des Rauchens“ ging der österreichische Autor Egon Caesar Conte Corti noch davon aus, dass die Gegner der „trockenen Trunkenheit“ eine „verschwindende, machtlose Minderzahl“ seien. Ihr Kampf sei schon deshalb „ein Streit gegen Titanenmacht, weil alle Staaten und ihre Regierungen, welche Herrschaftsform immer sie aufweisen, die Rauchleidenschaft ihrer Bevölkerung schon um des Staatsäckels willen in jeder nur denkbaren Weise ermutigen und fördern“. Auf lange Sicht könnte dies ein Trugschluss sein, denn bei der Suche nach neuen Steuerquellen ist die Phantasie des Staates schier unerschöpflich. *Ansgar Lange*

## ● FÜR SIE GELESEN

Stadtgeschichte  
in Bildern

Wer in den 1980er Jahren vom Westen aus nach Potsdam fuhr, wurde oft enttäuscht – verfallende Hausfassaden und sozialistische Propaganda an allen Ecken. Von der geschichtsträchtigen, ehemals preußischen Residenzstadt war nicht viel übrig geblieben.

Da die nachfolgenden Generationen wenig davon wissen, hat der 1981 in Potsdam geborene Robert Leichenring, der als Gästeführer tätig ist, sich zur Aufgabe gemacht, bisher nie gezeigte Aufnahmen aus der Fotosammlung des Potsdam Museums-Forums für Kunst und Geschichte in dem Bildband „Potsdam. Fotografien aus den 80-er Jahren“ zu veröffentlichen.

Im Vorwort führt der Autor an, dass laut Beschluss des ZK der SED von 1973 „bis 1990 die Wohnungsfrage als soziales Problem zu lösen“ gewesen sei. So entstanden in Potsdam, insbesondere „auf der grünen Wiese“, viele Neubaugebiete, während die Altbauten mehr und mehr verfielen. Das gefiel der jungen Generation immer weniger, und es entstand lautstarker Widerspruch. Es ist ein sehr aufschlussreiches und informatives Buch, das vielen in doppelter Hinsicht die Augen öffnen wird für einen Blick in die Vergangenheit. *Silvia Friedrich*

**Robert Leichenring: „Potsdam. Fotografien aus den 80er-Jahren. Historischer Bildband“**, Wartberg Verlag, Gundersberg-Gleichen 2024, gebunden, 72 Seiten, 17,90 Euro



## RATGEBER DER WOCHE



BILD: SHUTTERSTOCK

**Schnarchen** stellt eine Partnerschaft auf eine harte Probe, denn wenn es nachts laut wird, weil einer der Partner laute Säegeräusche von sich gibt, ist auch der Schlaf des Partners gestört.

Der Medizinprofessor Clemens Heiser und die Zahnmedizinerin Sarah Breu haben mit „Die Anti-Schnarch-Formel“ einen Hoffnung verheißenden Ratgeber herausgegeben, der Betroffenen helfen soll, das Phänomen Schnarchen zu verstehen und Hilfsmittel zur Behebung oder Linderung an die Hand zu geben. Heiser ist wissenschaftlicher Leiter des HNO-Schlaflabors an der TU München. Breu ist eine führende Expertin in der

dentalen Ästhetik und Spezialistin in der zahnärztlichen Schlafmedizin.

In Deutschland schnarchen 45 Prozent der Männer und 35 Prozent der Frauen, wobei 95 Prozent der Betroffenen angeben, dass sie sich durch das Schnarchen ihrer Partner gestört fühlen. Eine durch Sägekonzerte gestörte Nachtruhe kann zu ernsten Gesundheitsschäden wie Herz- und Kreislauferkrankungen, Stoffwechselstörungen sowie psychischen Problemen führen.

Das Buch ist in fünf Kapitel mit zahlreichen Unterkapiteln mit anschaulichen Zeichnungen unterteilt, in denen die Autoren ihr Wissen über den Schlaf und seine

Funktion weitergeben, etwa welche Rolle Übergewicht und Lebensgewohnheiten spielen, wann man zum Arzt gehen sollte und welche medizinischen Hilfsmittel helfen oder ob eventuell eine Operation sinnvoll ist. *MRK*



**Clemens Heiser/Sarah Breu: „Die Anti-Schnarch-Formel. Warum wir schnarchen, wie du damit umgehen kannst und wie es endlich aufhört“**, Humboldt Verlag, Hannover 2024, broschiert, 160 Seiten, 22 Euro

## PHILOSOPHIE &amp; PSYCHOLOGIE

Sich neu justieren und den  
Sinn des Lebens überdenken

Was wäre, wenn alles, woran wir glauben, falsch wäre? Eine Frage, die an den individuellen Grundsätzlichkeiten eines jeden rüttelt. Grund genug für Timothy Hill in seinem Buch „7 Lügen des Lebens“ neue, andere Antworten zu finden

VON JENS EICHLER

Seit Donald Trump wieder als US-Präsident ins Weiße Haus eingezogen ist, wird es immer moderner und ebenso erforderlicher, alles einmal neu zu denken. Sein Vorschlag zur „finalen Befriedung“ des Gaza-Streifens spricht dafür Bände. Ansichten, Einstellungen und Denkmuster aus einer völlig neuen, anderen Perspektive. Wer den Blickwinkel auf eine Sachlage oder auf eigene Glaubenssätze verändert, der kommt zweifelsohne zu völlig neuen Ergebnissen. Einer, der das konsequent gemacht hat, ist Timothy Hill

Was wäre, wenn alles, was du glaubst, falsch ist? Eine Frage, die aufrührt, die fasziniert, zerstört, neu kriert. Und eine Frage, die uns vielleicht bald früher beschäftigen wird, als wir es uns vorstellen können. Hill, Co-Moderator des bekanntesten Podcasts „SinnSafari“ und aktuell einer der gefragtsten Akteure im Coaching-Bereich, hat sich daher auf die Suche nach Antworten gemacht. Seine aufregende Reise führt ihn dabei tief in die Welt der Psychologie, der Philosophie und der Wissenschaft.

Allerdings geht der Ex-Bundeswehrsoldat diese Frage ganz neu und damit anders an, als viele es wohl vermuten würden. Statt ständig nach neuen Antworten zu suchen, fordert er die Leserschaft auf, endlich von alten Mustern loszulassen.

**Im Hamsterrad funktionieren**

Dabei weiß Hill genau, wovon er spricht. Bereits mit 17 Jahren verließ er unter erschwerten Lebensumständen und völlig unvorbereitet das Elternhaus und verpflichtete sich bei der Bundeswehr. Der gebürtige Stuttgarter wurde schnell zum Vorzeigesoldaten, der durch Fleiß und Disziplin hervorstach. Fortan lebte er nach dem Motto „Höher, schneller, weiter“: Nach seiner Zeit beim Militär startete er seine Karriere im Bereich Social Media und baute einige der ersten und erfolgreichsten Fashion-Bands in den sozialen Medien auf.

Doch der Erfolg hinterließ Spuren, und immer öfter stellte sich der heute 30-Jährige die Frage nach dem Sinn seines Lebens. Diese Suche führte ihn zu einer intensiven Beschäftigung mit Psychologie und Philosophie. Er las alles,

was Philosophen zu Papier gebracht hatten, und integrierte diese Erkenntnisse in seine Arbeit und seinen Alltag.

Mit seiner positiven Art zeigt Timothy Hill, dass echter und nachhaltiger Erfolg auch außerhalb des „Hamsterrads des Lebens“ funktionieren kann. Es geht um Identität und die eigenen Wurzeln, ums Erwachsenwerden und um Vertrauen. Und darum, die vermeintliche Unveränderbarkeit des eigenen Lebens zu demontieren.

In die „7 Lügen des Lebens“ hinterfragt Hill gängige Überzeugungen und deckt auf, wie bestimmte Vorstellungen unser Denken prägt. Dieses Buch lädt dazu ein, die eigene Perspektive zu überprüfen und hinderliche individuelle Grundsätze loszulassen.



**Timothy Hill „7 Lügen des Lebens und die harte Wahrheit“**, Next Level Verlag, Gräfelfing 2025, Taschenbuch, 240 Seiten, 20 Euro

## BELLETRISTIK

Eine Begegnung mit  
Thomas Mann

Tilo Eckardt erzählt die Geschichte eines litauischen Übersetzers, der ein politisch brisantes Manuskript des berühmten Schriftstellers entwendet hat

VON ANGELA SELKE

Der 100-jährige litauische Übersetzer Zydrunas Miuleris erinnert sich an seine Zeit in Nidden zurück. 1930 hat er dort den berühmten Schriftsteller Thomas Mann aufgesucht, um die Erlaubnis zu bekommen, sein Werk „Buddenbrooks“ ins Litauische zu übersetzen.

Bei der Begegnung am sonnigen Strand an der Kurischen Nehrung, wo Mann ein Haus besitzt, fliegen dem Schriftsteller gerade erstellte Notizen durch böigen Wind davon. Miuleris, auf Deutsch Müller, fängt sie ein und betrachtet sie. Da er über ein fotografisches Gedächtnis verfügt, hat er die drei Seiten sofort erfasst und gibt sie dem Autor zurück.

Müller gelingt es, den abweisenden Mann zu einem weiteren Treffen zu bewegen. In seiner Pension notiert der Litauer die gesehene Notizen auf Papier und bemerkt, dass der Inhalt sehr heikel ist, da es sich um eine Rede Manns handelt, in der er das deutsche Volk vor dem erstarkenden Nationalsozialismus warnen will. Nach einem ausgiebigen Kneipbesuch bemerkt Müller, dass er Manns

Notizen verloren hat. Mann ist sehr wütend, als er davon erfährt, und bittet darum, diese Notizen einer politischen Rede zu finden und zu vernichten. Mithilfe der neugierigen und aufdringlichen Pensionswirtin Bryl macht sich Müller auf die Suche nach dem Dieb.

Tilo Eckardts Roman „Gefährliche Betrachtungen“ hebt sich von vielen anderen durch die bildreiche Erzählweise ab, bei der die Diebe und die handelnden Personen, nicht ohne Selbstironie, beschrieben werden. Es ist ein sehr unterhaltsamer Roman vor einem realistischen historischen Hintergrund.

Eckardt ist Lektor, Verleger, Autor und Literaturagent. Das Buch hat er in unmittelbarer Nachbarschaft zum Thomas-Mann-Haus in Nidden geschrieben.



**Tilo Eckardt: „Gefährliche Betrachtungen“**, Droemer Verlag, München 2024, gebunden, 301 Seiten, 22 Euro

## KÖNIGSBERG

## Glück und doch ein schweres Herz

Ein ergreifendes Bekenntnis

VON BÄRBE BEUTNER

Die Königsberger Dichterin Agnes Miegel (1879–1964), die im März 1945 ihre zerbombte Vaterstadt verließ, betrauerte die Zerstörung ihrer Heimat Ostpreußen in dem Gedicht „Es war ein Land“, welches mit folgenden Versen Herz und Seele tief berührt:

„Es war ein Land – wir liebten dies Land.  
Aber Grauen sank drüber wie Dünensand.“

Das Schicksal der Menschen, die dieses Land liebten, beschreibt sie mit wenigen, aber starken Worten:

„Sie erstarren im Schnee, sie verglühen im Brand,  
Sie verdarben elend in Feindesland,  
Sie liegen tief auf der Ostsee Grund,  
Flut wäscht ihr Gebein in Bucht und Sund ...“

Die das Land verließen, „treiben heimatlos“, leiden unter Heimweh und Einsamkeit, und das „Joch drückt hart“. Zurück blieb ein verwüstetes Land, über das die Apokalypse hereingebrochen war.

Für alle ging das Leiden weiter. Der „Königsberger Express“ hatte bereits im Januar diese Schicksale von Millionen Menschen beleuchtet, über die es inzwischen zahllose und ebenso erschreckende Berichte gibt. Wie tief diese Menschen traumatisiert sind, hängt nicht zuletzt von ihrem Alter ab. Es ist ein Unterschied, ob sie in dem Inferno Flucht und Heimatverlust Heranwachsende oder Kleinkinder waren. Wenige Jahre sind da plötzlich von großer Bedeutung.

**Vergessen oder Schuldgefühle**

Wer die Schrecknisse bewusst miterlebt hat, ob als Erwachsener im Überlebenskampf und mit Verantwortung für die Kinder und alten Verwandten, oder als Jugendlicher, der plötzlich die Eltern und Geschwister begraben musste, war oft auch als älterer Mensch nicht fähig, über das Erlebte zu sprechen. Die Stimme versagte. Umherirrende Kinder wie die sogenannten Wolfskinder gaben mitunter später vor, alles vergessen zu haben. Anderen blieb eine panische Angst vor den Erober-



Die Dorfkirche Heiligenwalde (o.l.), die Gemeindepforte (o.r.) weist auf das Baujahr hin, dazu das Pfarrwitwenhaus (u.l.) und eine Impression der Pregelwiesen bei Hochwasser (u. Mitte). Der Gedenkstein (u.r.) ist den vielen Opfern von 1945 gewidmet

ern im Gedächtnis. Hinzu kamen Schuldgefühle, weil man überlebt hatte, während die Geschwister verhungert waren und Verwandte oder Nachbarn erschossen worden waren.

Eine schwere Hypothek lastete auf allen Beteiligten, als sie nach Jahrzehnten die alte Heimat wieder besuchen konnten. Die Menschen aus der Königsberger Oblast, Deutsche wie auch Russen, waren besonders betroffen, denn ihre Heimat war 46 Jahre lang militärisches Sperrgebiet. Erst 1991 konnte ein Miteinander von Deutschen und Russen beginnen.

Darf ich als Autorin dieses Beitrags an dieser Stelle mein persönliches Schicksal darlegen? Ich selbst bin am 27. Januar 1945 auf der Flucht aus meinem Heimatdorf Heiligenwalde bei Königsberg geboren. So wurde mein Geburtsort die Stadt Stolp in Pommern, heute im polnischen Bereich.

„Es war ein Land  
– wir liebten  
dieses Land,  
doch Grauen  
sank drüber wie  
Dünensand“

Agnes Miegel  
ostpreußische Dichterin  
(1879–1964)

## HEIMAT IN ÜBERSEE

## Pommern wird jetzt brasilianisch

Der brasilianische Bundesstaat Rondônia im Amazonasgebiet hat das Pommernfest als immaterielles Kulturerbe anerkannt

Die Stellungnahme wurde vom Sekretariat für Jugend, Kultur, Sport und Freizeit – Sejucel – ausgearbeitet und vom Staatsrat für Kulturpolitik genehmigt. Das Pommernfest wurde in das Buch der Feierlichkeiten des Bundesstaates eingetragen. Für den Gouverneur von Rondônia, Marcos Rocha, zielt die Anerkennung darauf ab, die pommersche Kultur zu fördern und die Tradition dieses geschichtsreichen Volkes am Leben zu erhalten.

„Wir müssen die Geschichte von Menschen wertschätzen, die Teil der Geschichte unseres Staates sind, und dieser Erlass garantiert die Aufwertung dieser deutschen Kultur, die insbesondere in Espigão do Oeste zur Entwicklung der lokalen Landwirtschaft beigetragen hat“, sagte er. Der Bundesstaat hat die größte Kolonie von Pommern im Amazonasgebiet. Das Pommernfest zielt darauf ab, die kulturelle Identität des Volkes zu bewahren, wie Gewohnheiten, Bräuche, Gastronomie und Religion. Die Eröffnung des Festes, die vom Präsidenten des Pommerischen Verbandes geleitet wurde, findet jedes Jahr im pommerschen Dialekt mit Übersetzung ins Portugiesische statt.

Die Einwanderungsnation Brasilien gilt weltweit als das Land mit der höchsten Konzentration von Pommern, die auch noch den ursprünglichen Dialekt sprechen. Die Pommern ließen sich seit 1859 in den Bundesstaaten Rio Grande do Sul, Santa Catarina und Espírito Santo nieder. Allerdings hat bislang noch keine dieser Bundesstaaten ein Pommernfest zur nationalen Identität erklärt. Das größte Migrationskontingent von Nachkommen, die seit 1967 nach Rondônia kamen, stammt aus Espírito Santo. Der Bundesstaat Rondônia hat ein Register der immateriellen Kulturgüter eingerichtet, das die historischen und kulturellen Manifestationen anerkennt, die zur Identitätsbildung der Bevölkerung Rondônias beigetragen haben und weiterhin beitragen, und ihre Wertschätzung fördert. Dazu gehört jetzt auch das Pommernfest.

Edson Saibel kam im Alter von acht Jahren, Mitte 1992, nach Rondônia. Für ihn ist die Anerkennung des Festes ein Meilenstein für die gesamte pommersche Gemeinschaft. „Meine Familie kam 1979 in die Region, und es gab viele Kämpfe, um das Gebiet zu erschließen. Es besteht

„Dieser Erlass  
garantiert die  
Aufwertung  
dieser  
deutschen  
Kultur, die zur  
Entwicklung ...  
der lokalen  
Landwirtschaft  
beigetragen hat“

Marcos Rocha  
Gouverneur von Rondônia

kein Zweifel daran, dass die Anerkennung der pommerschen Kultur als kulturelles Erbe uns für die kommenden Generationen prägen wird.“



BILDER: © BILDARCHIV OSTPREUSSEN

Dann kam „Perestroika“ und endlich wurde die Reise „nach Hause“ möglich. Nur wenige Landsleute haben ein solches Glück wie ich erlebt. Mein Heimatdorf Heiligenwalde stand, mit der Kirche, der Schule, mit Häusern aus deutscher Zeit und mit meinem Elternhaus. Die russischen Bewohner empfingen die deutschen Besucher gefühlt wie lange erwartete Gäste. Der Schulleiter Georg Artemjew war Germanist. So hatte man auf Anhieb den eigenen Dolmetscher. Ein Füllhorn von Glück wurde über mich gegossen. Am 5. April 1992 sah ich mein Dorf zum ersten Mal – mein Herz zersprang beinahe. Im Sommer 1992 wohnte ich bereits dort ...

**An der Hoffnung festhalten**

Unbelastet von Erinnerungen an die deutsche Zeit, unbelastet von schlimmen Erfahrungen, unbelastet von irgendwelcher „Russenangst“ – ich bekam meine Heimat wiedergeschenkt. Doch es meldeten sich oft schwere Gedanken. Unsere Gerda aus Fuchsberg fand nur ein Stück Dachfirst vom Stall ihres Hofes. Und doch reiste sie noch oft in die Heimat. „Ich muss noch einmal über meine Felder gehen!“

Ich hingegen hatte alles, wirklich alles. Andere wurden von furchtbaren Erinnerungen heimgesucht, über die die Reisekameraden sich entsetzten. Und ich genoss die schönsten Ferien und die fröhlichsten Feste. „Prasnick“ war stets angesagt. Es geht nicht gerecht in der Welt zu.

Das schwere Herz mahnt zur Tätigkeit. Gerade so viel Glück ruft zum Einsatz für Freundschaft und Verständigung auf, zumal man noch ein Versäumnis eingestehen muss. Die Deutschen, die endlich die Heimat sehen durften, hatten nicht genug Verständnis für die russischen Freunde, für die Perestroika ein schwerer Einbruch war. „Es war eine schwere Zeit!“, konnte man später noch oft von russischer Seite her hören, und dann meldet sich das schlechte Gewissen.

Aber: Die Zeiten waren immer schwer. Nur an der Hoffnung können und müssen wir immer wieder festhalten.

Die Traumata der Flucht, der Lagerzeit in Dänemark und der Ankunft 1947 im zerbombten Westdeutschland haben mich nicht getroffen. Das deutsche Königsberg und das deutsche Heimatdorf habe ich nicht gekannt.

Durch Erzählungen im Familienkreis und in der Landsmannschaft Ostpreußen wurde die unbekannte Heimat zu einem Sehnsuchtsort, zu einer Obsession, verstärkt dadurch, dass es ein verschlossenes Land war. Die Schicksale im Familien- und Bekanntenkreis riefen Schuldgefühle hervor. Andere hatten Schreckliches durchmachen müssen – man selbst wusste nichts davon. Überhebliche Bemerkungen, wenn es um die Kenntnis der verlorenen Heimat ging, riefen eine Granatenwut hervor. „Du kennst das ja alles nicht!“

Oder noch schmerzlicher die Frage: „Woher weißt Du das denn?“

Die Pommern sind Nachkommen von Familien, die aus Hinterpommern stammen. Im 19. Jahrhundert lösten politische und wirtschaftliche Veränderungen in Pommern eine Krise aus, und die soziale Instabilität förderte die Abwanderung. Die meisten von ihnen kamen nach Brasilien, dort wiederum gingen die meisten von ihnen nach Espírito Santo. Die Gruppe der ersten Einwanderer bestand aus 27 Familien mit insgesamt 117 Personen. Es handelte sich um lutherische Bauern, die im April 1859 mit dem Schiff Eleonor von Hamburg aus nach Brasilien kamen.

**Pommernwanderung seit 1967**

Dutzende von pommerschen Familien wanderten in den 1960er Jahren, als in Brasilien unter der Militärherrschaft der „Drang nach Westen“ begann, nach Rondônia weiter. In der 4500 Quadratkilometer großen Gemeinde, das doppelte des Saarlandes, an der Grenze zu Mato Grosso leben heute 40.000 Einwohner, von denen 60 Prozent pommerscher Herkunft sind. In der Region Espigão do Oeste trugen sie zur Entwicklung der lokalen Landwirtschaft bei, wobei der Schwer-

punkt auf dem Kaffeeanbau und der Viehzucht lag.

**Ein Festival der Traditionen**

Die Isolation der Region und die Verwurzelung der Pommern in landwirtschaftlichen Berufen führte dazu, dass sich dort Traditionen länger erhalten haben als in anderen pommerschen Siedlungsgebieten Brasiliens. Innerhalb der Gemeinde pflegen die Pommern ihre Kultur und Sprache und bringen ihre Traditionen und kulturellen Eigenheiten auch zur Entwicklung der Region ein. Heute ist Espigão do Oeste zu einer der landwirtschaftlichen Kornkammern Rondônias geworden, ein Vorbild für den gesamten Amazonas, die grüne Lunge der Erde.

Das Pommernfest vereint Gewohnheiten, Bräuche, Gastronomie und Religion der Pommern. Auf dem Fest werden auch Tänze, musikalische Darbietungen, Umzüge, die Wahl der Miss Pommern, typisches Essen und Kunsthandwerk, Sportwettbewerbe in pommerscher Tradition etc. dargeboten. Die meisten dieser Traditionen werden von Generation zu Generation weitergegeben. *Bodo Bost*

● **AUFGESCHNAPPT**

Im November hatte Călin Georgescu die erste Runde der rumänischen Präsidentschaftswahl gewonnen. Kurz vor der entscheidenden Stichwahl annullierte das Verfassungsgericht jedoch diese Runde. Begründung: Georgescu habe unrechtmäßige Unterstützung aus Moskau erhalten. Dem rechten Politiker wird eine allzu enge Beziehung zum Kreml vorgeworfen, was ihn zu einer Gefahr für die Demokratie mache. Nun wollte der Kandidat erneut zu der auf kommenden Mai verschobenen Wahl antreten. Diesmal hat die Wahlkommission Georgescus Kandidatur kurzerhand für ungültig erklärt. Begründung: Die eingereichten Wahlunterlagen seien nicht vollständig. Der Einwand ist interessant, weil die russische Regierung bei der dortigen Präsidentschaftswahl 2024 dem einzigen profilierten Anwärter aus der Opposition, Boris Nadeschdin, die Kandidatur mit genau dem gleichen Argument verhängelt hat: unvollständige Wahlunterlagen. Verteidigt sich „Europa“ jetzt gegen Putins angebliche Einflussnahme mit den Methoden Putins? **H.H.**

● **STIMMEN ZUR ZEIT**

Jan Schnellenbach, Wirtschaftsexperte von der Uni Cottbus, warnt gegenüber der „Bild“-Zeitung (16. März) eindringlich davor, das Ziel der „Klimaneutralität bis 2045“ ins Grundgesetz aufzunehmen:

„Falls DAS ins Grundgesetz kommt, ist damit zu rechnen, dass das Bundesverfassungsgericht Investitionen verhindert, Wachstum verlangsamt oder ganz ablehnt. Umweltgruppen könnten dann gegen so gut wie alle Investitionen klagen. Jede Autobahn-Sanierung stünde auf der Kippe!“

Und in der „Welt“ (17. März) warnt Jan Philipp Burgard:

„Die Mehrheit der Bürger in Deutschland hat gegen eine Fortsetzung der wirtschaftsfeindlichen Klimapolitik der Ampel votiert – und bekommt sie nun doch wieder aufgezwungen. An der Wählerbasis brodelt es. Viele Konservative fühlen sich verraten und verkauft.“

Auch der Journalist Stefan Aust sieht in der Grundgesetzänderung einen schweren Fehler. Auf der Social-Media-Plattform X (17. März) schreibt er:

„Zusammen mit Rot-Grün den Klimaschutz ins Grundgesetz reinzuschreiben – damit öffnet Merz das wirkliche Höllentor. Denn dann kann jede NGO gegen alles klagen.“

Alexander Wendt schreibt bei „Tichys Einblick“ (14. März) zur Forderung des Chefs der Grünen Jugend, Jakob Blasel, „Europas Freiheit auch mit Waffen“ zu verteidigen:

„Ginge es nach der reinen Lehre unter Beachtung des Kampfs gegen Rechts, dann müssten die neuen Bundeswehrdivisionen aus politisch porentief reinen Sörensen und Ann-Sophies bestehen, die mit ihren Panzerlastenrädern Stubentiger I und II vorstoßen.“

Nena Brockhaus wundert sich im „Focus“ (16. März) über die große Zustimmung, welche den Grünen in den Medien entgegen schlägt:

„Es ist mir schleierhaft, wie es die Grünen geschafft haben, sich als moralische Instanz der Republik zu inszenieren, inklusive Rückenwind gestandener Medienmenschen. Dass hinter der Fassade eine Politik steckt, die den Wirtschaftsstandort Deutschland massiv schwächt, scheint kaum jemanden zu stören. Doch spätestens, wenn die Arbeitsplätze verschwinden und die Strompreise explodieren, wird sich zeigen, wie viel von der grünen Heiligensprechung übrig bleibt.“

● **WORT DER WOCHE**

„Man stelle sich den Aufschrei vor, wenn die Regierung Trump Demonstrationen gegen die parlamentarische Opposition in den USA mit Staatsgeldern finanzierte.“

Andreas Rödder, Historiker, in der „Welt“ vom 17. März zur Steuergeld-Finanzierung rot-grüner NGOs in Deutschland

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Wo das Geld verrottet

Worauf sich die grünen Prozesshansel schon freuen, und was die Mehrheit nicht mitbekommt

VON HANS HECKEL

Der kluge Mensch lernt nicht nur fleißig während seiner Schul- und Ausbildungszeit. Nein, er lernt sein ganzes Leben lang Neues hinzu. Ist im Grunde ja was Gutes. Aber nicht immer, denn was wir in dieser Woche dazulernen mussten, hätten die meisten von uns wohl lieber nicht erlebt.

Bislang war es so, dass nach einer Wahl ein neugewähltes Parlament eine neue Regierung einsetzt, wonach beide die künftige Richtung der Politik aushandeln. Neuerdings ist es so, dass das abgewählte Parlament die künftige Politik festnagelt und eine abgewählte Partei wie die Grünen dabei wesentlich den Kurs bestimmt.

Mit dem Ziel der „Klimaneutralität bis 2045“ wird dabei erstmals sogar ein ideologisches Ziel ins Grundgesetz getackert. Das kannten wir bislang nur aus den Staaten des untergegangenen Ostblocks, wo der Sozialismus als Staatsziel festgenagelt war. Freiheitliche Staaten vermeiden solche Festlegungen, weil sie die freie Entscheidung des Volkes und seiner Repräsentanten über Gebühr einschränken. Das war einmal, zumindest in Deutschland. Statt Sozialismus lauert nun der Öko-Sozialismus in der Verfassung.

CDU-Politiker beruhigen uns, dass der Klimazusatz im Grundgesetz ja eigentlich ganz unbedeutend sei. Das ist schön zu hören. Nur fragen wir uns, warum er dann überhaupt kommen soll, wenn er angeblich fast gar nichts verändert. Hm? Eben, wir ahnen, was kommt: Die Phantasie der grünen Prozesshansellobby dürfte bereits Purzelbäume schlagen, welche wunderbaren neuen Klagemöglichkeiten sich aus dem Klimajoch im Grundgesetz ergeben, mit denen man die heimische Wirtschaft noch viel „nachhaltiger“ zum Erliegen bringen kann.

Grüne und SPD finden es übrigens nur recht und billig, dass sie trotz Wahlniederlage weiter die Politik bestimmen. Sie fühlen sich nämlich betrogen. Dabei hören sich manche Rot-Grüne fast an wie Donald Trump, der 2020 schimpfte, man habe ihm die Wahl gestohlen. Ob das stimmte, ist bekanntlich schwer umstritten. Bei Grünen und Roten dagegen trifft die Beschwerde im doppelten Sinne ins „Schwarze“. Schließlich hat Friedrich Merz tatsächlich die Wahl nur gewinnen können, indem er Wahlkampf machte gegen genau die Politik, die er jetzt im Schweinsga-

lopp selber durchsetzt. Wenn er sie gelassen hätte, hätten Rot und Grün das auch ohne ihn hingekriegt.

Die eigentlich Bestohlene aber ist doch wohl die Bürgermehrheit, die für eine Politikwende gestimmt hat. Oder nicht? Wie man's nimmt. Umfragen lassen Zweifel aufkeimen. Denn wenn man den Resultaten der Meinungsforscher glaubt, findet die Mehrheit der Deutschen die Billionen-Schulden-Party ganz fabelhaft! Dass das alles Schulden sind, für die sie auf die eine oder andere Weise aufkommen müssen, scheinen die Befragten nicht bemerken zu wollen. Vielmehr fühlt sich die entzückte Umfragemehrheit offenbar wie ein Kind, dem man einen Goldesel geschenkt hat, der mit einer heftigen Duka-ten-Diarrhoe infiziert wurde und ihnen nun sagenhafte Reichtümer kostenlos vor die Füße äpfelt. Vorbei die Qual des Sparens! Jetzt wird mal richtig hingelangt!

Und alles wird wieder glänzen – die Straßen, Brücken, Schulen und die Bahn und so weiter. Auch die Bundeswehr reift zu alter Stärke. Klingt herrlich, ist nur leider eine Illusion, die einen hässlichen kleinen Aspekt übersieht, den man uns – pünktlich auf die Minute! – nur einen Tag vor der großen Bundestagsabstimmung zum Schuldenberg unter die Nase gerieben hat.

## Sind wir denn blöde? Leider ja!

Die „Bild“-Zeitung hat groß aufgemacht mit dem „Skandal ums Bürgergeld“: 6,5 Milliarden Euro verschlingt die Bürokratie, um 3,8 Milliarden Euro an die Bürgergeldempfänger auszuteilen. Außerdem fanden die Forscher heraus: „Wie viele Menschen am Ende in Arbeit gebracht werden, spielt eine untergeordnete Rolle.“ Nicht nur das Missverhältnis von Bürokratiekosten und den Aufwendungen für die eigentliche Aufgabe ist haarsträubend. Der Bürokratie geht es auch weniger ums eigentliche Ziel als um bürokratische korrekte Abläufe zum Selbstzweck.

Der deutsche Staatskrake nimmt mehr Steuern ein denn je seit dem Mittelalter. Trotzdem kommt dieses immer gewaltigere Ungeheuer mit unserem Geld nicht aus und kriegt obendrein immer weniger gebackten. Wieso? Das fragen wir uns schon lange. Mit der Studie zum Bürgergeld haben wir ein prächtiges Stück Antwort in der Hand.

Und zudem eine ziemlich präzise Vorstellung davon, was mit den Abermilliarden neuer Schulden erreicht werden wird. Und was

Die Deutschen fühlen sich wie ein Kind, dem man einen Goldesel geschenkt hat



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)